

146/KOMM XXIII. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten (129/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (129/GO) 7. Sitzung, 29. April 2008 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten hat am 7. März 2008 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
hinsichtlich**

**der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht
insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für
Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten**

7. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag , 29. April 2008

Gesamtdauer der Sitzung:

10:10 Uhr – 17:47 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 29. April 2008

Mag. Johann Maier

Schriftführer

Dr. Peter Fichtenbauer

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

hinsichtlich

**der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht
insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den
Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale
Angelegenheiten**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

7. Sitzung

Dienstag, 29. April 2008

10.10 Uhr – 17.47 Uhr

(öffentlicher Teil)

BR-Sitzungssaal

Auskunftspersonen

(7. Sitzung; 29. April 2008)

<i>Mag. Johannes RAUCH</i>	3
<i>Mag. Philipp ITA</i>	41
<i>Dr. Erik BUXBAUM</i>	80

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses beginnen um 10.10 Uhr und finden bis 10.11 Uhr unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. (Siehe dazu gesonderte Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.)

10.11

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer leitet – um 10.11 Uhr – zum *öffentlichen* Teil der Sitzung über und ersucht darum, als *erste Auskunftsperson* Herrn **Mag. Johannes Rauch** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Mag. Johannes Rauch wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn **Mag. Rauch** als *Auskunftsperson*, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt seine Personalien wieder, die von der Auskunftsperson als korrekt bestätigt werden: **Mag. Johannes Rauch**; geboren am 3.8.1971; Adresse: 3871 Kufstein; Beruf: Angestellter.

Der Obmann weist Herrn Mag. Rauch – der im Frühjahr 2006 Angestellter der Niederösterreichischen Versicherung und an das Innenministerium sozusagen verliehen war und somit nach eigenen Angaben kein öffentlich Bediensteter war, allerdings in einem Dienstverhältnis zu einer öffentlichen Behörde stand – darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, dass seine damals vorgesetzte Dienstbehörde von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei und keine Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussagen für erforderlich halte.

Der Obmann verweist auf die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe gemäß § 7 der Verfahrensordnung und fragt die Auskunftsperson, ob einer dieser Gründe bei ihr vorliege. (**Mag. Rauch verneint dies.**) Da auch die Frage des Obmannes an die Auskunftsperson, ob diese von ihrem Recht Gebrauch machen wolle, vor Eingang in die Befragung ein generelles Statement abzugeben, von dieser **verneint** wird, erteilt der Obmann als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ein ganz wichtiger Punkt: Sind Sie sich sicher, dass Sie zur Zeit Ihrer Tätigkeit im Kabinett der Bundesministerin **kein** Beamter waren? **Mag. Johannes Rauch (Pressesprecher von BM Liese Prokop):** Ich war kein Beamter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gilt in strafrechtlicher Hinsicht für Sie für Ihre damalige Tätigkeit – Ihrer eigenen Ansicht und Wahrnehmung nach – die Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses?

Mag. Johannes Rauch: Aus meiner Sicht ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus meiner Sicht nämlich nicht, weil zwar – und das ist meiner Meinung nach ein wesentlicher Punkt – dienstrechlich, aber wahrscheinlich nicht strafrechtlich, die §§ 74 und 302 des Strafgesetzbuches in Verbindung zumindest die Möglichkeit ergeben, dass es sich im Spezialfall bei Mitarbeitern von Kabinetten – noch dazu, wenn sie Leihgaben privater Firmen sind – **nicht** um Beamte im Sinne des § 74 handelt.

Ich sage Ihnen auch, warum das wichtig ist: Herr Salomon vom Bundeskriminalamt hat in seiner Zeugenvernehmung vor der Staatsanwaltschaft am 6. März 2008 Folgendes erklärt:

Ich gebe weiters an, dass wir, SOKO BAWAG, uns natürlich auch Gedanken machen, wie derartige Erhebungs- und Einvernahmevergebnisse jeweils an die Presse gelangt sein könnten. Für mich hat diesbezüglich der Journalist Worm in der „NEWS“-Ausgabe 27/06 eine interessante Bemerkung angeführt. Er schrieb nämlich, dass er seine Informationen von einer Person, die das Amtsgeheimnis sicher nicht verletzt hätte, erhalten habe. Das lässt meiner Ansicht nach den Rückschluss zu, dass dafür möglicherweise Personen aus dem Kabinett, die den Beamtenstatus nicht haben müssen, in Frage kommen könnten. – Zitatende.

Das ist also der Grund, warum ich Sie da frage: Ist das in irgendeiner Art und Weise eigentlich im Kabinett geklärt worden, ob Sie dem Amtsgeheimnis unterliegen, ob Sie im Sinn des § 74 des Strafgesetzbuches in strafrechtlicher Hinsicht Beamter sind oder nicht?

Mag. Johannes Rauch: Als ich damals ins Kabinett kam, war ich Vertragsbediensteter; ich bin erst später dann sozusagen Leasing-Arbeitnehmer oder Leiharbeitnehmer gewesen. Aber es war für uns immer klar, dass wir der Amtsverschwiegenheit unterliegen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es war für Sie klar, aber es ist nicht Ihnen gegenüber dezidiert rechtlich geklärt worden?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Nicht ganz nahe zum Mikrophon ...

Mag. Johannes Rauch: Jetzt habe ich die Frage nicht verstanden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wiederhole sie gerne. Können Sie sich daran erinnern, ob das Ihnen gegenüber dezidiert erklärt worden ist, juristisch begründet, dass Sie der Amtsverschwiegenheit unterliegen?

Mag. Johannes Rauch: An das kann ich mich nicht mehr genau erinnern, aber das war für mich Voraussetzung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. Das ist einmal der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, bevor ich zu den konkreten Vorhalten in Bezug auf „Kronen Zeitung“-Veröffentlichungen und so weiter komme: Wenn man Akten und Dokumente durchsieht, ist es auffällig, dass es keinen nennenswerten E-Mail-Verkehr gibt, der zumindest für das Parlament nachvollziehbar ist, was die Pressearbeit des Kabinetts betrifft, auch den Informationsfluss innerhalb des Kabinetts.

Können Sie dem Ausschuss erklären, ob es über Ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Pressearbeit der Bundesministerin regelmäßigen E-Mail-Verkehr innerhalb des Kabinetts, zwischen dem Kabinett und Dienststellen des BMI und auch zwischen Ihnen und Redakteuren oder Redakteurinnen gegeben hat?

Mag. Johannes Rauch: Selbstverständlich gab es E-Mail-Verkehr. Ich erinnere nur an Kriminalstatistiken und so weiter und so fort, was eben im tagtäglichen Umgang eines Pressesprechers voneinander waren. Da gab es natürlich einen E-Mail-Verkehr, selbstverständlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, es war für Sie völlig normal im Rahmen Ihrer Tätigkeit im Kabinett als Pressesprecher/Pressereferent, sich auch regelmäßig des E-Mail-Verkehrs zu bedienen oder an ihm teilzunehmen?

Mag. Johannes Rauch: Das hängt ganz davon ab, was man jetzt als Tätigkeit des Pressesprechers versteht. Wenn es schneller Abklärung bedurfte, hat man natürlich eher zum Telefon gegriffen, aber grundsätzlich, wenn es um Informationen ging, wie Kriminalstatistiken oder et cetera, fällt mir gerade ein, gibt es natürlich E-Mail-Verkehr, wo die Statistiken in Anhängen, meistens in Excel-Dateien, zum Beispiel dann verschickt werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie in Vorbereitung dieses Untersuchungsausschusses vom Bundesministerium für Inneres ersucht worden, mitzuhelpen, dass dem Untersuchungsausschuss alle im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand stehenden E-Mails, im Zusammenhang mit Ihrer Person, übermittelt werden?

Mag. Johannes Rauch: Ich hatte mit dem Bundesministerium für Inneres in dieser Sache keinen Kontakt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich erinnern, dass es regelmäßige Wochenberichte der SOKO BAWAG an Herrn Dr. Haidinger und dann weiter an das Kabinett gegeben hat?

Mag. Johannes Rauch: Von diesen Wochenberichten, dass sie regelmäßig waren, das weiß ich nicht. Ich kann mich erinnern, dass ich Anfang/Mitte Mai einen einmal gesehen habe, aber sonst habe ich diese Wochenberichte nicht gesehen – und sie sind mich auch nichts angegangen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Haidinger erklärt in seinen Zeugenaussagen vor der Staatsanwaltschaft, später auch in seiner Aussage als Auskunftsperson vor diesem Untersuchungsausschuss, dass er insbesondere Ihnen, aber auch anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Kabinetts regelmäßig Informationen über den Ermittlungsstand BAWAG zukommen hat lassen.

Mag. Johannes Rauch: Ich habe über die Ermittlungen BAWAG keine regelmäßigen Informationen bekommen, weil ich im Kabinett dafür nicht zuständig war, sondern da waren zuständig die Referenten für die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Ich bekam keine Informationen, was die BAWAG-Ermittlungen betraf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie haben Sie dann die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zusammenhang gemacht?

Mag. Johannes Rauch: In diesem Fall war kaum eine Öffentlichkeitsarbeit zu machen, weil die Ministerin mich klar beauftragt hat, wenn es Medienanfragen gibt, diese unverzüglich an sie weiterzuleiten.

Die Medienarbeit war dann in dem Sinne, dass man natürlich von der Sprachregelung her sagte – das war aber durch Wochen hindurch die gleiche –, man soll die Ermittler in Ruhe ermitteln lassen und für alles andere sind wir also nicht zuständig. Es gab also keine konkreten Informationen an die Medien über irgendwelche Ermittlungsgegenstände oder sonst etwas.

Die Ministerin wollte genau wissen, wenn Journalisten anrufen. Es waren im Verhältnis zur medialen Berichterstattung, zur medialen Welle relativ wenig Anfragen im Kabinett selber an die Ministerin oder eben an die Pressestelle der Ministerin.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie jemals Informationen über die Funde bei der Hausdurchsuchung Weninger erhalten?

Mag. Johannes Rauch: Diese Information sagt mir nichts, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie jemals Informationen über die ganze Causa BAWAG und über Ermittlungsergebnisse von Kabinettschef Ita erhalten?

Mag. Johannes Rauch: Noch einmal: Ich bin über die Ermittlungen nicht informiert worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe etwas anderes gefragt, ob Sie jemals von Kabinettschef Ita in diesem Zusammenhang Informationen erhalten haben.

Mag. Johannes Rauch: Da kann ich mich im Detail nicht mehr erinnern, aber ich glaube nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie glauben nein. Sie können es also nicht ausschließen?

Mag. Johannes Rauch: Ich kann mich nicht mehr im Detail erinnern, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie jemals von Herrn Pilsler im Kabinett diesbezügliche Informationen erhalten?

Mag. Johannes Rauch: Weder von Herrn Pilsler noch von Herrn Treibenreif habe ich direkt Informationen erhalten. Meines Wissens wurde, wenn etwas berichtet wurde, direkt an die Ministerin berichtet, nicht an mich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Salomon hat sich, gemeinsam mit Dr. Haidinger, beschwert – in den Aussagen von Salomon ist dies auch festgehalten –, dass es bei den ersten Wochenberichten Informationen an Medien, insbesondere an die „Kronen Zeitung“, über geplante Einvernahmetermine gegeben hat. – Das ist ja etwas, was nicht nur den Kriminalbeamten, sondern auch dem Staatsanwalt zunehmend Sorge bereitet hat.

In welcher Art und Weise hat sich das Kabinett mit diesen offensichtlichen Informationslücken und dem Verdacht auf Bruch des Amtsgeheimnisses beschäftigt?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich war es so, dass also wir zum Teil selber aus den Medien erfahren haben, dass Zeugen oder Verdächtige geladen sind und die Ministerin oft auch verärgert und verwundert war, wie solche Dinge an die Öffentlichkeit gehen konnten. Im April, Anfang April, wo die Ermittlungen losgegangen sind, wusste ich von keinen Zeugenladungen oder Verdächtigen-Ladungen et cetera.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja quasi alles, alle Vorhaben der ersten Wochen und Monate sind verraten worden: die Einvernahmen Elsner, die Einvernahmen Flöttl, die Einvernahmeprotokolle Verzetsnitsch, die Hausdurchsuchungen, die Weninger-Funde und, und und.

Ich könnte Ihnen eine lange Dokumentation vorlesen, was alles, durchaus in Vorbereitung des Nationalratswahlkampfes, an die Öffentlichkeit und insbesondere an die „Kronen Zeitung“ geraten ist.

Es liest also das die Ministerin in den Zeitungen, ist verärgert, spricht mit Ihnen über diese Verärgerung, dass das Amtsgeheimnis gebrochen wurde. Gut.

Frage: Was hat die verärgerte Ministerin dann unternommen, um diesen ständigen, dauernden und systematischen Bruch des Amtsgeheimnisses – möglicherweise mit politischen oder sonstigen Absichten – zu stoppen?

Mag. Johannes Rauch: Ich kann ausschließen, dass irgendwelche Informationen von meiner Seite an die Medien gegangen sind.

Wenn die Ministerin mich darauf angesprochen hat, dann hat sie nur gesagt, sie versteht das nicht, warum wir das nicht wissen, hat mir aber keinerlei Aufträge erteilt, dem irgendwie nachzugehen oder sonst etwas. Sie hat das halt nur ab und zu in Gesprächen

mitgeteilt, dass sie das nicht versteht, warum wir das nicht wissen und die Dinge in den Medien stehen.

Ich war aber für diese Dinge auch nicht zuständig. Ich war dort Pressesprecher und habe mit Ermittlungen und Zeugenladungen et cetera nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat das Ihrer Wahrnehmung nach zu irgendwelchen Folgen geführt, dass eine verärgerte Ministerin immer wieder festgestellt hat, dass in einer durchaus das Verfahren schädigenden Art und Weise ständig das Amtsgeheimnis gebrochen wurde?

Mag. Johannes Rauch: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich für diese Aufgaben im Kabinett nicht zuständig war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da haben Sie schon recht: Sicherlich ist es vernünftiger, diese Frage an den damaligen Kabinettschef zu richten; das werden wir heute noch tun können.

Letzte Frage in diesem Zusammenhang und in dem Zeitraum, zu dem wir die Fragen stellen – Beginn also der Arbeit Sonderkommission BAWAG bis zur Nationalratswahl 2006 –: Zu welchen Journalisten der „Kronen Zeitung“ hatten Sie intensiv Kontakt in dieser Zeit?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich sollte ein Pressesprecher zu ***allen*** Journalisten – nicht nur zu denen der „Kronen Zeitung“ – Kontakt haben, und es war natürlich zu vielen Journalisten von vielen Medien Kontakt da. Mit wem ich wann wo genau telefoniert, mit wem ich Kontakt gehabt habe, weiß ich jetzt nicht mehr, es war das aber natürlich mit sehr vielen Journalisten von sämtlichen Printmedien und elektronischen Medien. Das ist ja auch die Tätigkeit eines Pressesprechers.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wiederhole meine Frage gerne: Mit welchen Journalisten der „Kronen Zeitung“ hatten Sie in diesem Zeitraum intensiven Kontakt?

Mag. Johannes Rauch: Mit sehr vielen Journalisten von allen Medien, auch mit Journalisten der „Kronen Zeitung“; mit wem genau, das weiß ich jetzt auch nicht mehr. Die Sache ist zwei Jahre her. (Abg. Dr. Pilz: Danke!)

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Mag. Rauch, wir haben vernommen, dass Sie in der BAWAG-Causa vom Kabinett her nicht zuständig waren. Wer war Ihrer Wahrnehmung nach im Kabinett für die Causa BAWAG zuständig?

Mag. Johannes Rauch: Die Zuständigkeit war eindeutig aufgrund der Aufgabenverteilung im Kabinett geregelt. Das waren also jene Referenten, die für die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit zuständig sind.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Welche Person können Sie uns dann namentlich nennen?

Mag. Johannes Rauch: Das war erstens Andreas Pils, zweitens Bernhard Treibenreif.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wurden Sie von Herrn Dr. Haidinger über die Causa BAWAG in irgendeiner Form persönlich informiert? Wenn ja: in welcher Form?

Mag. Johannes Rauch: Über Ermittlungen wurde ich von Dr. Haidinger nicht informiert. (Abg. Neubauer: Von wem dann?) – Es wurde von den Zuständigen im Kabinett an die Ministerin berichtet. Sonst wurde das Kabinett grundsätzlich über die Ermittlungsvorgänge nicht informiert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, Sie haben von Dr. Haidinger auch nicht die entsprechenden Ladungstermine erbeten?

Mag. Johannes Rauch: Bei Herrn Dr. Haidinger – daran kann ich mich genau erinnern – habe ich mich einmal Ende April/Anfang Mai über einen Ladungstermin

erkundigt. Ich weiß nicht mehr genau, ob das ein Zeuge oder ein Verdächtiger war, ich habe aber die Vermutung, dass es Flöttl junior war, bin mir da aber nicht ganz sicher. Die Frau Ministerin ist auf einer Veranstaltung oder bei einem Termin außer Haus von einem Journalisten darauf angesprochen worden – und beim Verlassen der Veranstaltung hat sie mich dann gefragt, ob ich wüsste, dass jener oder jene in den nächsten Tagen zur Einvernahme kommt. – Ich habe gesagt, tut mir leid, ich weiß das nicht.

Dann hat mir die Frau Ministerin den Auftrag gegeben, mich da zu erkundigen; weil ich sie eben begleitet habe. Ich habe zuerst versucht, unsere Referenten im Kabinett zu erreichen – und da ich diese nicht erreicht habe, habe ich dann den Herwig Haidinger angerufen. Er hat mir dann bestätigt, dass in den nächsten Tagen jemand – ich glaube, es war Flöttl junior; bin mir da aber wirklich nicht sicher – zur Einvernahme oder zur Aussage kommt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung darüber, ob die Frau Minister oder der Kabinettschef intern Ermittlungen angestrebt haben, um zu erfahren, wo vielleicht die Lücke sein könnte, aus der immer wieder Informationen an die Medien weitergegeben wurden?

Mag. Johannes Rauch: Zu mir hat die Ministerin – außer, dass sie ab und zu verärgert war – nichts gesagt und auch keine Aufträge erteilt. Deshalb kann ich auch nicht sagen, ob sie irgendjemanden beauftragt hat, zu suchen, wo die Informationen hinausgehen. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie das nicht als bemerkenswert empfunden, dass gerade eine Innenministerin keinen Wert auf eine entsprechende Aufklärung legt, wenn immer wieder Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, die die Ermittlungen massiv behindert haben?

Mag. Johannes Rauch: Ich habe nicht gesagt, dass die Ministerin *keinen Wert* darauf gelegt hat, sondern habe gesagt, dass die Ministerin mir da keine Aufträge gegeben hat.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, Sie haben auch nicht den Herrn Dr. Haidinger beauftragt, konkrete Unterlagen betreffend Daten über Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ an das Kabinett zu übermitteln? (**Mag. Rauch:** *Nein!*) – Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, wer im Kabinett solche Informationen angefordert hat?

Mag. Johannes Rauch: Ist mir nichts bekannt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wie oft haben Sie insgesamt in der Causa BAWAG mit Herrn Dr. Haidinger in etwa Kontakt gehabt – und wenn Sie den gehabt haben: Was wurde in der Vielzahl dieser Kontakte besprochen?

Mag. Johannes Rauch: Es war nicht eine „Vielzahl“ von Kontakten; das beschränkt sich auf einige wenige. Einen habe ich gerade erwähnt: Das war Ende April/Anfang Mai, wo es um die Aussage eines Zeugen, eines Verdächtigen gegangen ist. Des Weiteren habe ich zirka Mitte Mai mit Herrn Haidinger telefoniert, und zwar betreffend eine Unterlage, die die Ministerin gebraucht hat: wie denn sozusagen eine Auslieferung vonstatten geht, ob das in der Strafprozessordnung oder sonst wo geregelt ist, ob das ein europäischer Haftbefehl ist. Dazu wollte die Frau Ministerin eine Information haben, damit sie eine Unterlage hat, wenn sie das von Journalisten gefragt wird, weil ja damals auch gefragt wurde, wie es denn sein kann, dass gewisse Verdächtige in der Causa BAWAG nicht in Österreich sind, sondern im Ausland.

Es gab dann noch ganz sicher einen E-Mail-Verkehr Mitte Juni über die Pressestelle des Bundeskriminalamtes, über Haidinger an mich, wo ein E-Mail mit der Anfrage des ORF ergangen ist, ob ein Interview mit Herrn Dr. Haidinger möglich sei. Daraufhin habe ich, glaube ich – das weiß ich aber nicht mehr genau, weil ich nicht mit E-Mail geantwortet

habe –, gesagt, das obliegt eurer Entscheidung. Einige Tage später – ich glaube, zwei Tage später – kam dann eine Bestätigung von der Pressestelle an Haidinger, der mir das zur Info weitergeleitet hat, dass dieses Interview, auch in Absprache mit der Staatsanwaltschaft, stattfinden wird.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, wer im Kabinett sonst noch mit Herrn Dr. Haidinger in dieser Sache Kontakt hatte?

Mag. Johannes Rauch: Ich gehe davon aus: die bereits zwei Erwähnten im Kabinett, die zuständig waren für die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, weil die meines Wissens auch die Ministerin informiert haben.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie selber diese Kontakte persönlich wahrgenommen – oder gehen Sie nur davon aus, dass aufgrund der Zuständigkeit diese Kontakte erfolgten?

Mag. Johannes Rauch: Welche Kontakte meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Persönliche Gespräche oder die Übergabe von Informationsmaterial zum Beispiel, wie das Herr Dr. Haidinger auch angesprochen hat, dass er Herrn Generalmajor Treibenreif Informationen direkt ins Kabinett gebracht hat.

Mag. Johannes Rauch: Ich habe nie irgendwelche Schriftstücke gesehen, die eventuell Pilsler oder Treibenreif erhalten haben. Ich kenne das lediglich aus den Medien. Ich selbst habe nie einen Akt, ein Einvernahmeprotokoll oder dergleichen gesehen. Ich weiß auch nicht, ob das jemand anderes im Kabinett gesehen hat. Ich kann es für mich ausschließen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wie erklären Sie den Umstand, dass Sie selbst gesagt haben, dass Sie mit fast allen Medien permanent als Pressesprecher in Kontakt waren, die Ausschussmitglieder aber betreffend E-Mail-Verkehr eigentlich über keinerlei Akten verfügen, weil uns diesbezüglich keine überreicht wurden?

Mag. Johannes Rauch: Es ist nicht meine Aufgabe, das zu beurteilen. Ich bin Angestellter der Tiroler Volkspartei. – Das muss man im Innenministerium klären, ob E-Mails zu Verfügung gestellt werden, ja oder nein. Da kann ich mich nicht einmischen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Nach Ihren eigenen Aussagen müssten ja zahlreiche E-Mail-Verkehrdaten zu Verfügung stehen.

Mag. Johannes Rauch: Ich selber habe natürlich nur in meinen eigenen E-Mail-Account geschaut – und nicht in E-Mail-Accounts fremder oder anderer Leute im Kabinett. Das weiß ich nicht. – Ich hatte natürlich E-Mails, ja.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Inwieweit hat es zur Causa BAWAG im Kabinett selbst Besprechungen in dieser Angelegenheit gegeben? Wer hat an diesen teilgenommen?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich: Es gab zur Causa BAWAG im Kabinett keine Dienstbesprechung oder dergleichen. Das hat's nicht gegeben.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, da gibt es einen der größten Kriminalfälle der Zweiten Republik – und das zuständige Ressort, das Innenministerium bespricht das nicht in einer Dienstbesprechung? Ist das so richtig zusammengefasst?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich – ich habe es bereits erwähnt –: Es waren zwei Referenten hiefür zuständig; diese haben der Ministerin berichtet. Und es macht doch wenig Sinn, die zuständige Referentin für Zivildienst oder für Mauthausen beispielsweise mit Ermittlungen zu beschäftigen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, es hat Besprechungen gegeben, aber Sie als Pressesprecher selber haben daran nicht teilgenommen?

Mag. Johannes Rauch: Ich habe an keiner Besprechung teilgenommen – ich weiß auch nicht, ob es eine solche gegeben hat –, in denen es um Ermittlungen oder um den Fall ÖGB/BAWAG ging.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wie haben Sie dann – wenn Sie an diesen Besprechungen nicht teilgenommen haben – die Möglichkeit gesehen, die entsprechenden Medien davon in Kenntnis zu setzen? – Es fällt mir schwer, das zu glauben; das sage ich ganz offen.

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich war es so, wie bereits am Anfang erwähnt: Die grundsätzliche Aussage war, man solle die Ermittler in Ruhe arbeiten lassen, die Politik habe sich da nicht einzumischen. Und das war eigentlich die Standardaussage, die ich auch als Pressesprecher verwendet habe, wenn Medien angerufen haben.

Wenn konkrete Fragen waren, hatte ich den klaren Auftrag, erstens der Ministerin zu sagen, welches Medium oder welcher Journalist angerufen hat, und des Weiteren hatte ich den klaren Auftrag, keine Auskunft zu geben beziehungsweise zu sagen, da ist das Kabinett oder der Pressesprecher der Ministerin nicht zuständig.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie als Pressechef mit dem Kabinettschef Ita diese Causa jemals besprochen?

Mag. Johannes Rauch: Ich kann mich an keine Besprechung mit Philipp Ita erinnern, weil ich an Besprechungen, die BAWAG/ÖGB-Inhalte zum Gegenstand hatten, als Pressesprecher überhaupt nicht teilnahm. Wenn es etwas gegeben hat, was von medialer Relevanz war, habe ich das in allen Fällen mit der Ministerin geklärt, weil das bei uns so Usus war, dass ich Ansprechpartner der Ministerin war und umgekehrt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Hat des in der Causa BAWAG vom Kabinettschef oder von der Frau Ministerin oder sonst von irgendjemandem eine entsprechende Weisung in der Vorgehensweise gegeben? (*Ein Bediensteter der Parlamentsdirektion unterweist die Auskunftsperson in der Handhabung des Mikrofons.*)

Mag. Johannes Rauch: Könnten Sie bitte die Frage noch einmal wiederholen, weil ich gerade eine Einschulung betreffend Mikro bekommen habe?

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gerne: Hat es in der Causa „BAWAG“ an die entsprechenden Kabinettsmitglieder, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder an sonst jemanden eine Weisung in der Vorgehensweise seitens der Ministerin oder des Kabinettschefs gegeben?

Mag. Johannes Rauch: Ich hatte den klaren Auftrag der Ministerin, alles mit ihr abzusprechen, jede Medienanfrage zu melden, wobei, wie bereits am Anfang erwähnt, für den medialen Widerhall die Medienanfragen eher gering waren.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Vorerst letzte Frage: Hatten Sie in der ganzen Angelegenheit Kontakte zum Journalisten Worm?

Mag. Johannes Rauch: Ich hatte zu dieser Zeit, April/Mai, keinen direkten Kontakt zu Alfred Worm.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Was heißt „keinen direkten Kontakt“?

Mag. Johannes Rauch: Indem wir telefoniert oder gemailt hätten. Es gab keinen Kontakt direkt mit Alfred Worm, sondern: Wenn Anfragen waren, waren es in Interviews der Ministerin; da haben selbstverständlich nur Journalisten angefragt. In der Causa BAWAG bin ich von keinem „NEWS“-Journalisten angesprochen worden. Das waren andere politische Aussagen oder Interviews, die die Ministerin gemacht hat. Mit Alfred Worm hatte ich in dieser Sache keinen Kontakt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Zu irgendjemand anderem bei „NEWS“, wie etwa Herrn Kurt Kuch, auch nicht? (*Mag. Rauch: Nein!*)

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sehr geehrter Herr Mag. Rauch, es hat überhaupt keine regelmäßigen Sitzungen, zum Beispiel in Form von Bürobesprechungen oder Kabinettsbesprechungen gegeben? – In unserer Zeit hat es Pressesprecherbesprechungen gegeben, wo man sich nur mit den Pressesprechern getroffen hat.

Hat es irgendwelche regelmäßigen, turnusmäßigen Besprechungen gegeben, an denen Sie persönlich einmal in der Woche, einmal in 14 Tagen, einmal im Monat, wann auch immer, teilgenommen haben?

Mag. Johannes Rauch: Es gab im Kabinett Besprechungen, diese waren ursprünglich einmal pro Woche, dann eher regelmäßig, aber nicht periodisch jede Woche, weil das vom Terminkalender der Ministerin abhängig war. Das waren sogenannte Teamsitzungen. In diesen Teamsitzungen wurde der Kalender für die nächste Woche besprochen, wer wo mit geht, was wo zu tun ist, aber in diesen Sitzungen ging es nie um konkrete Inhalte, zum Beispiel in der Causa BAWAG. Das wurde dort nie thematisiert oder erzählt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Diese Teamsitzungen haben mit oder ohne Ministerin stattgefunden?

Mag. Johannes Rauch: Mit der Ministerin.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): In diesen Besprechungen ist nie das Wort **BAWAG** – auch nicht in der „heißen“ Zeit – gefallen?

Mag. Johannes Rauch: Ich glaube, es hat in dieser Zeit ganz Österreich über die BAWAG diskutiert. Ich kann nicht ausschließen, dass einmal das Wort **BAWAG** fiel, aber es wurde nicht über Übermittlungen berichtet.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Vor ein paar Minuten haben Sie gesagt, dass Sie von Ihrer Zuständigkeit her mit dieser Causa an und für sich im Ministerium nichts zu tun hatten. – Stimmt das?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich hat man im Ressort eine Aufteilung bei den Pressesprechern. Ich war eigentlich für polizeiliche Agenden nicht zuständig. Ich war zuständig für die innenpolitischen Agenden, für Integration, Asyl, Migration, und ich war auch zuständig, was die meiste Zeit in dieser Zeit in Anspruch nahm, für die laufende EU-Präsidentschaft.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Jetzt halte ich Ihnen aus Ihrer Aussage vor der SOKO Vorarlberg Folgendes vor – ich zitiere Sie wörtlich –: Faktum war, dass Frau Bundesminister Prokop einige Male verwundert und verärgert war, dass Ladungs- oder Vernehmungstermine von Verdächtigen oder Zeugen in den Medien erschienen waren, zum Teil bevor sie oder die Ressortleitung überhaupt davon Kenntnis hatte. – Zitatende.

Wenn Sie das ausgesagt haben, was der Fall sein dürfte, dann sind Sie doch offenbar mehrmals – Sie sagen es ja selber – von der Ministerin angesprochen worden oder haben zumindest Ihre Verärgerung oder Verwunderung zum Ausdruck gebracht, dass offensichtlich mehrmals Ladungstermine an Journalisten gegangen sind.

Mag. Johannes Rauch: Das habe ich zuvor bereits erwähnt: In concreto einmal, wo ich selber dabei war, wo sie angesprochen worden ist, und noch ein, zwei weitere Male, wo sie nicht verstanden hatte, wie solche Dinge passieren beziehungsweise woher diese Dinge stammen, weil wir zum Teil diese Informationen beziehungsweise laut Ministerin sie diese Informationen noch gar nicht hatte.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Da hat Sie nicht der Ehrgeiz gepackt, als Pressesprecher zu sagen: Den finde ich aber, den holen wir uns, den, wo da immer diese Lecks sind!?

Ich stelle mir das so vor: Wenn Sie da Verantwortung hatten und die Ministerin jeden Tag sagte: Das ist wirklich eine Gemeinheit, dauernd steht da etwas in der Zeitung, wir wissen nichts, geh, Rauch, schauen Sie sich das doch einmal an, da raucht es irgendwo hinaus!, dann muss Sie das doch irgendwie gepackt haben.

Ich selbst war lange Pressesprecher, nicht in einer so hohen Funktion wie Sie, sondern einfach nur in einer kleinen, bescheidenen Partei, aber wenn mir mein Chef seine Verärgerung über etwas gesagt hätte, hätte mich wirklich der Ehrgeiz gepackt, das dingfest zu machen, herauszufinden, wo das hinausgeht.

Das war Ihnen völlig egal?

Mag. Johannes Rauch: Nein, das war mir nicht völlig egal. Aber ich habe nur dann gehandelt, wenn die Ministerin zu mir gesagt hat: Bitte, kümmere Dich darum! Das hat sie zu mir nicht gesagt. – Punkt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Die zweite Sache, die ebenfalls in diesem Zeitraum stattfand – Ende April/Anfang Mai 2006 –, war die „Worm-Geschichte“, wo Sie mit dem Herrn Worm nicht persönlich gesprochen haben, sondern wo Ihnen die Frau Ministerin wieder in der Causa BAWAG mitgeteilt hat: Das ist sehr unangenehm, der Herr Worm nimmt uns nicht ernst, der kritisiert das BKA, es sei nicht gut ausgestattet und der Herr Haidinger besitze keine besondere Qualifikation! – Der Herr Worm hatte offensichtlich keine hohe Meinung vom Herrn Haidinger; das geht aus den Protokollen hervor.

Das hat Ihnen wieder die Ministerin mitgeteilt. Daraufhin haben Sie gehandelt und haben versucht, einen Termin zwischen Worm und Haidinger zu vereinbaren. – Ist das richtig?

Mag. Johannes Rauch: Das war kein Versuch, denn der Termin hat ja stattgefunden. Die Geschichte hat sich so ergeben: Es dürfte ein Gespräch – da war ich nicht anwesend – zwischen Liese Prokop und Alfred Worm gegeben haben. Mir hat die Ministerin nach diesem Gespräch berichtet, dass es ein Gespräch mit Alfred Worm gab, wo Alfred Worm festgestellt hat, dass das Innenministerium respektive das Bundeskriminalamt nicht besonders gut aufgestellt sei, was die BAWAG-Ermittlungen betrifft – es ist um Personal, es ist um Räumlichkeiten gegangen –, und dass der Herr Worm eine sehr schlechte Meinung da hat und dass es da offensichtlich eine schlechte Stimmung zwischen Herrn Worm und den Ermittlern gibt.

Dann hat mich die Ministerin beauftragt, einen Termin zwischen Herwig Haidinger und Alfred Worm zu organisieren. Diesem Auftrag bin ich nachgekommen. Ich habe dann dem Pressesprecher des Bundeskriminalamts angerufen und ihn gebeten, ein Treffen mit Worm und Haidinger zu terminieren, und ihm gesagt, das Thema ist die Causa BAWAG. Da habe ich ihm auch erklärt, worum es in diesem Gespräch zwischen Worm und Prokop gegangen ist, dass sich Herr Worm betreffend die Qualifikation des Herrn Haidinger und auch betreffend die Ausstattung des Innenministeriums und der SOKO geäußert und gesagt hat, dass das Know-how nicht vorhanden ist, und ich habe ihm gesagt, um diese atmosphärischen Störungen zu bereinigen, bitte ich um ein Gespräch. Das habe ich dann mit dem Herrn Heszter vereinbart. Herr Heszter hat mich zurückgerufen und mir den Termin bestätigt beziehungsweise gesagt, dass es einen Termin zwischen Herrn Haidinger und Herrn Worm gibt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sie haben es nicht für notwendig befunden, Herrn Worm direkt zu kontaktieren und zu fragen: Was ist da, unsere Ministerin hat Sorge, dass Sie einen wichtigen Teil unseres Ministeriums nicht ernst nehmen!?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich: Wenn mir die Ministerin etwas gesagt hat, dann habe ich das sehr ernst und natürlich für bare Münze genommen. Da hat es keinen Rückruf bei irgendeinem Journalisten, in diesem Fall beim Herrn Worm, bedurft, denn wenn die Ministerin mir einen Auftrag gab, ein Gespräch zu organisieren, dann war das für mich sonnenklar. Und ich konnte das auch vollkommen nachvollziehen, wie mir die Ministerin das Gespräch mit Alfred erläutert hat.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Zu dieser Zeit hat es außer den Ministerienbesprechungen noch andere Besprechungen gegeben. Zum Beispiel bin ich in Kenntnis davon, dass es sogenannte ÖVP-Pressesprecherrunden und -Sitzungen gegeben hat. – Haben Sie daran jemals teilgenommen?

Mag. Johannes Rauch: Es gab regelmäßige Besprechungen der Ministersprecher, wo auch, glaube ich, die damalige Pressesprecherin der ÖVP dabei war. Das hat es regelmäßig im Rahmen der Ministerräte gegeben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ist da über die BAWAG und über die Strategie in beug auf BAWAG auch gesprochen worden? – Das wäre zu dieser brennend aktuellen Zeit wahrscheinlich ein wichtiges Thema gewesen.

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich: Es war natürlich in ganz Österreich ein Thema. Es wird auch dort ab und zu die BAWAG thematisiert worden sein, aber das Ziel dieser Sitzungen war, die Medienpläne, die Interviews der einzelnen Minister und der ÖVP-Abgeordneten zu besprechen: dass man keine Überschneidungen hatte, dass man nicht an einem Tag drei oder fünf Interviews und am nächsten Tag kein Interview hatte. Das waren rein administrative Sitzungen, um sozusagen die Medienpläne abzugleichen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Es sagte uns Herr Haidinger – auch aus manchen Mails an verschiedenste, wichtige Personen des Innenressorts geht das hervor –, dass er mindestens zweimal, wahrscheinlich öfter – aber zweimal ist es dingfest gemacht –, von der **Ressortleitung**, nennt er das immer, beauftragt worden ist, bei den Ermittlungen über die BAWAG direkt Bericht zu erstatten beziehungsweise, wenn es da etwas Interessantes gibt, direkt dem Kabinett Mitteilungen zu machen. In einem Fall ist das ja auch passiert. Wenn wir noch einmal die Akten des Herrn Weninger am PC, den Fund über den angeblichen Nachweis von Zahlungen an die SPÖ heranziehen, so ist zu sagen: Es hat uns Weninger gesagt, dass er sich direkt an Herrn Treibenreif gewendet und dass der das dann im Büro, im Kabinett empfangen und der Ministerin übergeben hat.

Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen, dass es zu dieser Zeit einerseits eine Art Auftrag, eine Bitte an Herrn Haidinger gegeben hat, in dieser Zeit direkt an das Ministerium zu berichten beziehungsweise zu sagen, ob da Unterlagen wirklich übergeben worden sind?

Mag. Johannes Rauch: Mir ist da nichts bekannt, ob Unterlagen übergeben worden sind. Ich weiß jetzt auch nicht, von welchem Zeitraum Sie sprechen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Genau von dem Zeitraum, in welchem die Ermittlungen gelaufen sind.

Mag. Johannes Rauch: Sie haben gerade vorhin etwas von einer Hausdurchsuchung und von Ermittlungen gesagt. (*Abg. Ing. Westenthaler: Genau!*) Wann soll die gewesen sein?

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Die war am 21. Juni 2007.

Mag. Johannes Rauch: Das sagt mir nichts!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Und in Bezug auf den Auftrag, der erteilt worden sein soll, wissen Sie auch nichts? (*Mag. Johannes Rauch: Ich kenne keine Aufträge, die ...!*) Haben Sie noch immer einen Kontakt zu Herrn Treibenreif?

Mag. Johannes Rauch: Derzeit seit einigen Wochen nicht, aber grundsätzlich treffen sich natürlich alle Kabinettsmitarbeiter aus den Ernst-Strasser-Kabinetten ab und zu auf ein Bier. Ich natürlich jetzt weniger, weil ich in Tirol bin, aber es gibt natürlich da einen Kontakt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Die SOKO BAWAG war – hat uns Herr Salomon – entrüstet berichtet, einigermaßen irritiert, als sie erfahren hat, und zwar über Umwege, dass parallel auch das BIA in dieser Causa ermittelt; offiziell nicht eingebunden, inoffiziell dann an die Oberfläche gedrungen.

Wissen Sie, dass sich da jemand von der SOKO BAWAG beschwert hat, oder wissen Sie, dass es da Parallelermittlungen gegeben hat? (**Mag. Rauch:** Nein!)

Haidinger hat uns mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft – das ist ja auch eine interessante Rolle der Staatsanwaltschaft – ihm mitgeteilt hätte, dass es zu dieser Zeit, wo Sie auch letztlich zur Verfügung standen, keine vordringliche Behandlung irgendeiner BAWAG-relevanten Geschichte gab, das heißt, die sind – das wollte uns Haidinger mitteilen – ziemlich auf der Bremse gestanden.

Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen? Haben Sie mit Staatsanwalt Krakow irgendwann einmal Kontakt gehabt?

Mag. Johannes Rauch: Ich kenne Herrn Staatsanwalt Krakow persönlich nicht, ich kenne ihn nur aus den Medien. Ich hatte nie Kontakt mit Ermittlern, natürlich auch nicht mit der Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen in Bezug auf die vorzeitige Übergabe von BAWAG-Akten, die eigentlich dem Untersuchungsausschuss des Parlaments zugeleitet werden sollten, zuvor an eine Partei, in diesem Fall an die ÖVP?

Mag. Johannes Rauch: Ich glaube, Sie sprechen jetzt von einem Zeitraum, in welchem ich nicht mehr im Kabinett war.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ja, ich frage nur, ob Sie Wahrnehmungen haben. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie mit Herrn Treibenreif bis heute dann und wann Kontakt haben. Vielleicht haben Sie mit Herrn Ita auch Kontakt, und vielleicht hat der Ihnen etwas erzählt.

Mag. Johannes Rauch: Ich habe Herrn Treibenreif – das kann jeder wissen – gratuliert, weil er vor einigen Wochen Vater geworden ist. Ich glaube, es verlangt der Anstand, dass man da auch einmal anruft. Beruflich hatte ich keinen Kontakt mit den Kabinettsmitgliedern, weil jeder seinen Weg geht. Und es interessiert sicher nicht jedes Kabinettsmitglied die Tiroler Volkspartei, und umgekehrt interessiert mich nicht mehr alles, was im Innenministerium vonstatten geht. – Aber jetzt habe ich die Frage vor lauter Babyglück des Herrn Treibenreif vergessen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Wissen Sie etwas davon – das ist auch in den Medien berichtet worden – oder hat Ihnen das zum Beispiel der Herr Ita erzählt, dass Akten zuerst an die ÖVP übermittelt werden sollten?

Mag. Johannes Rauch: Nein. Das habe ich nie gehört.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Hatten Sie in den letzten Wochen mit Herrn Ita Kontakt?

Mag. Johannes Rauch: Wir haben vor ein paar Wochen einmal telefoniert. Sonst bin ich mit Herrn Ita gut bekannt, es gibt da einen Kontakt, aber man redet dann nicht über Dinge im Innenministerium, sondern man redet vielleicht ... – Der letzte Kontakt war, glaube ich, das Formel 1-Rennen. Der vorletzte war in Bahrein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich will jetzt nur ein bisschen Rahmenfragen aufklären. – Sie haben vorhin gemeint, Sie waren zunächst Vertragsbediensteter, als Sie im Kabinett Strasser waren?

Mag. Johannes Rauch: Zirka ein Jahr. Ich bin, glaube ich, Ende April 2003 in das Kabinett gekommen, und zwar als Pressesprecher, war dann zirka – ich kann mich nicht mehr genau erinnern – ein Jahr Vertragsbediensteter und habe dann einen anderen Vertrag bekommen, wie ich bereits am Anfang erwähnt habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zirka im April 2003 sind Sie in das Kabinett Strasser gekommen, waren ein Jahr Vertragsbediensteter, sind dann ausgeschieden und zur Niederösterreichischen Versicherung gegangen?

Mag. Johannes Rauch: Ja. Aber ich war *immer* im Kabinett!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wo haben Sie denn da bei der Niederösterreichischen Versicherung gearbeitet? Wo war denn da Ihr Arbeitsplatz?

Mag. Johannes Rauch: Das sind ja Arbeitsleihverträge. Der Arbeitsplatz war im Innenministerium.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sinn macht ein Arbeitsleihvertrag, wenn man wo arbeitet und dann wo hinverliehen wird. Das heißt, Sie haben keine Minute für die Niederösterreichische Landesversicherung gearbeitet? (*Mag. Johannes Rauch: Nein!*) Aber Sie waren dort angestellt und wurden dann verliehen an das Kabinett?

(*Mag. Johannes Rauch: Exakt!*) Welchen Sinn macht das?

Mag. Johannes Rauch: Der Sinn ist ein sehr persönlicher Nutzen, weil man etwas mehr Geld verdient.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. – Bevor Sie in das Kabinett als Pressesprecher im April 2003 gekommen sind, was haben Sie da gemacht? (*Abg. Mag. Kukacka spricht mit Ab. Parnigoni und einem Mitarbeiter aus dem SPÖ-Klub über den Gang zwischen den Sitzreihen.*)

Mag. Johannes Rauch: Jetzt habe ich nicht aufgepasst.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kann man das von der Zeit abziehen, wenn Herr Kukacka ...?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte herzlich, auf Zwischentöne, die die Wahrnehmung der Aussage verhindern, verzichten zu wollen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was haben Sie vor dem April 2003 gemacht, bevor Sie in das Kabinett kamen?

Mag. Johannes Rauch: Ich war in Tirol bei der Tiroler Volkspartei angestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie lange waren Sie dann im Kabinett? Dann war der Ministerwechsel. (*Abg. Mag. Kukacka spricht neuerlich mit Abg. Parnigoni und einem Mitarbeiter aus dem SPÖ-Klub.*) – Kollege Kukacka, wenn Sie etwas zu sagen haben, dann gehen Sie hinaus!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege Kukacka, Sie werden das ja auch nicht gerne haben, wenn Ihre energiereiche Befragung durch SPÖ-Zwischenrufe gestört wird. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Kukacka.*) Ich bitte herzlich um Ruhe! Man versteht das auch sonst so schwer; der Raum ist akustisch problematisch.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann war der Ministerwechsel. Sie sind dann nach dem Ministerwechsel im Kabinett geblieben: von wann bis wann?

Mag. Johannes Rauch: Ich war im Kabinett bis Ende Juni 2006.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und was haben Sie dann gemacht?

Mag. Johannes Rauch: Dann bin ich in die ÖVP-Bundespartei gewechselt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was haben Sie dort gemacht?

Mag. Johannes Rauch: Ich war Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie lange haben Sie das gemacht?

Mag. Johannes Rauch: Bis Mitte November.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie waren dann für den Wahlkampf, für Medienarbeit und Kommunikation in der ÖVP zuständig?

Mag. Johannes Rauch: Für die Wahlstrategie, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War da von vornherein klar, dass das nur befristet ist, und zwar für diese drei, vier Monate?

Mag. Johannes Rauch: Das war eine persönliche Entscheidung meinerseits, dass das befristet ist. Ich habe das aber nur einer Person mitgeteilt beziehungsweise zwei Personen. Für mich persönlich war klar, dass diese Zeit befristet ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sind dann mit 30. Juni aus Ihrem Dienstverhältnis bei der Niederösterreichischen Landesversicherung ausgeschieden?

Mag. Johannes Rauch: Nein. Zuvor, im Frühjahr 2006, bin ich wieder zurückgekehrt in das Vertragsbedienstetenverhältnis und bin dann karenziert worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann sind Sie denn da zurückgekehrt?

Mag. Johannes Rauch: Das dürfte im Mai 2006 gewesen sein; Mai oder Juni.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wussten Sie zu diesem Zeitpunkt schon, dass Sie dann ab 1. Juli die Wahlkampfstrategie der ÖVP mit leiten werden?

(Mag. Johannes Rauch: Ja!) Und dann sind Sie zurückgekehrt in das Vertragsbedienstetenverhältnis. Dann sind Sie karenziert worden.

Wie lange war diese Karenzierung?

Mag. Johannes Rauch: Die Karenzierung wäre länger gewesen, aber ich bin dann Mitte November wieder ins Ministerium zurückgekehrt: als Bereichsleiter.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, im November 2006 sind Sie ins Ministerium zurückgekehrt? *(Mag. Rauch: Exakt!)* – Wie lange waren Sie dann wieder im Ministerium als Vertragsbediensteter?

Mag. Johannes Rauch: Vertragsbediensteter bis 1. Oktober letzten Jahres.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann sind Sie ausgeschieden aus dem Ministerium?

Mag. Johannes Rauch: Dann bin ich karenziert worden im Ministerium bis 31. März dieses Jahres, und ich habe um Verlängerung der Karenzierung um weitere zwei Jahre ersucht. Ich bin also derzeit karenziert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Damit wir jetzt ein bisschen die Rahmen kennen, weil das so kompliziert ist, wo und für wen Sie gerade gearbeitet haben und wann Sie gerade karenziert waren. Das wollte ich nur einmal aufklären.

Sie haben gesagt, Sie hatten das letzte Mal mit Herrn Ita vor ein paar Wochen Kontakt. – Wie oft hatten Sie seit Anfang Februar 2008 Kontakt mit Herrn Ita: persönlich, telefonisch, per E-Mail?

Mag. Johannes Rauch: Da kann ich mich nicht erinnern. Nicht regelmäßig, auch nicht unregelmäßig, aber ich protokolliere nicht jedes private Telefongespräch mit Freunden, Bekannten oder sonst jemandem.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War das jemals Thema, diese Frage, um die sich jetzt der Untersuchungsausschuss dreht, bei diesen Telefonaten und Treffen?

Mag. Johannes Rauch: Nein. Es war nur ein Thema, dass wir ein „Klassentreffen“ haben werden, weil ja sehr viele Kabinettsmitglieder geladen sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ein Klassentreffen? *(Mag. Rauch: Scherhaft gemeint!)* Aha. – Waren Sie der einzige Pressereferent bei der Frau Bundesminister im Zeitraum April 2006 bis Ende Juni 2006?

Mag. Johannes Rauch: Im Kabinett waren immer zwei Pressereferenten vorgesehen. Nur im Frühjahr oder Frühsommer 2006, wo mein Wechsel schon bekannt war, waren wir kurzfristig drei Pressereferenten. Aber grundsätzlich waren wir immer zwei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wer waren die beiden anderen?

Mag. Johannes Rauch: Es sind mehr als “die beiden anderen”. Als ich im April 2003 ins Kabinett kam, war Karin Holdhaus Pressesprecherin. Die verließ dann das Ministerium. Dann kam Michaela Huber ins Innenministerium. Als Michaela Huber ins Verteidigungsministerium ging, kam Iris Müller-Guttenbrunn ins Kabinett und dann meine Wenigkeit ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich unterbreche Sie, denn mich interessiert nur der Zeitraum April 2006.

Mag. Johannes Rauch: Im April 2006 waren wir zwei Pressesprecher: Iris Müller-Guttenbrunn und Johannes Rauch.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und dann ist ein dritter gekommen, als klar war, dass Sie das Kabinett verlassen?

Mag. Johannes Rauch: In den letzten Wochen, ja. (Abg. **Krainer:** Wer war das?) – Das war Markus Amann.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie war die Arbeitsaufteilung zwischen Ihnen in dieser Zeit?

Mag. Johannes Rauch: Sie meinen jetzt von den Themen her?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Arbeitsaufteilung. Schauen Sie: Wie Sie Ihre Arbeit aufteilen, ob Sie nach Wochentagen oder nach Themen aufteilen, das weiß ich nicht.

Mag. Johannes Rauch: Ich habe schon am Anfang erwähnt: Ich war in dieser Phase zuständig für die laufende EU-Präsidentschaft, für Asyl, Migration und sämtliche innenpolitischen Fragen und natürlich auch dann im Mai 2006 für die Integrationsstudie.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gesagt, es gab E-Mail-Verkehr im Juni mit Herrn Haidinger, wo Sie ein E-Mail bekommen haben, und das haben Sie aber nicht beantwortet. – Woher wissen Sie das heute noch?

Mag. Johannes Rauch: Sonst hätte ich wahrscheinlich ein gesendetes Objekt drinnen. Ich hatte kein gesendetes Objekt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben Sie das letzte Mal Ihren E-Mail-Account angeschaut?

Mag. Johannes Rauch: Es sind natürlich nicht alle E-Mails, aber ich habe mir jene E-Mails mitgenommen, die irgendwie Presse-Wordings oder auch private Fotos oder Fotos von Dienstreisen enthalten, und da war eben dieses Mail zufällig dabei, und das habe ich bei meiner Aussage vor der SOKO Marent auch übergeben. Ich habe keine gesammelten Werke meiner E-Mails, weil ich auch nicht mehr auf den Server im Innenministerium zugreifen kann.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie haben sich eine Archivdatei gemacht und mitgenommen, als Sie aus dem Kabinett ausgeschieden sind?

Mag. Johannes Rauch: Nein, nicht als ich ausgeschieden bin aus dem Kabinett, sondern als ich nach Tirol wechselte, zur Tiroler Volkspartei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War Ihr E-Mail-Account noch offen, während Sie Mitarbeiter von der ÖVP-Wahlkampfzentrale waren?

Mag. Johannes Rauch: Das weiß ich nicht, weil ich es nie ausprobiert habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber der E-Mail-Account war unverändert, als Sie im November zurückgekommen sind?

Mag. Johannes Rauch: Was meinen Sie jetzt mit „unverändert“? – Ja, die Adresse war gleich: johannes.rauch@bmi.gv.at.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein! Posteingang, Postausgang, Ordner, wie Sie ihn verlassen haben, der „Gelöscht“-Ordner et cetera?

Mag. Johannes Rauch: Das weiß ich jetzt nicht mehr im Detail.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber wenn Sie Mails vom Juni 2006 noch drinnen vorgefunden haben und Sie haben sie erst im November oder im Dezember mitgenommen, dann müssen ja die Mails vom Juni noch da gewesen sein?

Mag. Johannes Rauch: Ich gehe davon aus. Ich hatte damals einen privaten Ordner, wo einige Dinge drinnen waren. Den habe ich mitgenommen zur Bundespartei und habe ihn dann auch wieder mitgenommen ins Ministerium zurück. Aber ich kann mich jetzt wirklich nicht genau erinnern, welche, wie viel, wo, was, welche Mails drinnen waren. Ich habe mir auch selten Mails angeschaut aus dem Jahr 2004. Also, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jetzt ist es aber anders. Vorher haben Sie gesagt, Sie haben sich diese Mails mitgenommen im ***November*** 2006. – Jetzt sagen Sie uns, Sie haben sich schon im ***Juni*** 2006 Mails mitgenommen?

Mag. Johannes Rauch: Ja, da habe ich Wordings mitgenommen, Sprachregelungen, also nicht in meiner Person, sondern meine Sekretärin hat das damals mitgenommen, weil die mit mir in die Bundespartei gewechselt ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dieses Mail vom Haidinger, das Sie nicht beantwortet haben per E-Mail, enthielt Wordings?

Mag. Johannes Rauch: Nein. Aber als Pressesprecher behält man sich natürlich auch Medienanfragen oder medienrelevante Dinge. Ich vermute, ich hatte einen Ordner „Presseaktivitäten“ oder „Presse“, und da dürfte dieses Mail drinnen gewesen sein, denn sonst hätte ich es nicht gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Diesen Mail-Ordner haben Sie sich jetzt als Vorbereitung für Ihre Aussage vor der Marent-Kommission noch einmal durchgeschaut?

Mag. Johannes Rauch: In Vorbereitung auf die Marent-Kommission habe ich geschaut, welche Mails ich noch habe. Das sind ganz, ganz wenige; die kann ich aber gerne dem Ausschuss zur Verfügung stellen. Die meisten sind Kriminalstatistiken.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie sich noch vorbereitet auf die Aussage vor der Marent-Kommission, außer dass Sie sich diese alten E-Mails angeschaut haben?

Mag. Johannes Rauch: Eigentlich gar nicht. Man ist einmal in sich gegangen und hat überlegt, was vor zwei Jahren war, was ja nicht immer einfach ist, sich da genau zurückzuerinnern. Und diese Dinge, an die ich mich genau erinnern kann, die habe ich dann auch der Sonderkommission Marent bei meiner Aussage erzählt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie jemals Kontakt zu einem Mitglied der SOKO BAWAG: telefonisch, per E-Mail, persönlich?

Mag. Johannes Rauch: Wie bereits erwähnt, einige Male Ende April, Anfang Mai mit Herrn Haidinger.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der war nicht Mitglied der SOKO BAWAG, bitte!

Mag. Johannes Rauch: Dann hatte ich ***keinen*** Kontakt mit der SOKO BAWAG.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie irgendeinen Kontakt vorher oder nachher mit einem Mitglied der SOKO BAWAG?

Mag. Johannes Rauch: Ich kenne die Mitglieder der SOKO BAWAG nicht. Ich hatte keinen Kontakt zur SOKO BAWAG, ich wüsste auch nicht, mit wem. Da müssten Sie mir Namen sagen. Aber ich kenne keine Namen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mit Herrn Salomon?

Mag. Johannes Rauch: Kenne ich nicht persönlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mit Herrn Folger?

Mag. Johannes Rauch: Der Name ist mir erst bekannt geworden, als er in den Medien war vor einigen Wochen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zu Krakow haben Sie schon gesagt, dass Sie den nicht kennen. – Kennen Sie Herrn Kreutner von der BIA?

Mag. Johannes Rauch: Ob ich Martin Kreutner kenne? (Abg. **Krainer:** Ja!) Ja, sehr wohl.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher kennen Sie den?

Mag. Johannes Rauch: Aus meiner Zeit im Kabinett.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Inwiefern hatten Sie da Kontakte mit ihm?

Mag. Johannes Rauch: Martin Kreutner war meines Wissens auch zuständig für die Sicherheit im Kabinett. Und Martin Kreutner hat ab und zu im Kabinett vorbeigeschaut, und da habe ich ihn gesehen, und da hat man natürlich auch geplaudert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nachdem Sie den Termin eingefädelt haben zwischen Worm und Haidinger: Haben Sie da irgendwie einmal nachgefragt, was das Ergebnis dieses Termins war? Sie wussten ja genau, an welchem Tag er stattfindet.

Mag. Johannes Rauch: Ich habe nachgefragt, beziehungsweise ist mir der Termin von Gerald Hesterer, als ich den Termin eingefädelt habe ... – Da hat Herr Haidinger ein bisschen was anderes ausgesagt letzte Woche. Der Termin wurde über Gerald Hesterer auf Pressesprecher-Ebene eingetaktet, und dieser Termin wurde mir auch bestätigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher wissen Sie, was Herr Haidinger hier letzte Woche ausgesagt hat?

Mag. Johannes Rauch: www.spoe.at. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, da gibt es ganz viel. Das heißt, Sie haben sich die Protokolle der Aussagen der letzten öffentlichen Sitzung durchgelesen?

Mag. Johannes Rauch: Ja, nur betreffend das, was Herr Haidinger über mich oder über meine Kollegen im Kabinett gesagt hat, also das, wo er gesagt hat: Hannes Rauch hat mir nie gesagt, irgendwelche Amtseheimsisse zu verraten.

Ich kann mich an dieses Telefongespräch nicht erinnern, aber ich kann nicht ausschließen, dass es stattgefunden hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dieser Termin zwischen Haidinger und Worm hat stattgefunden. Sie wussten ja nur, dass er ausgemacht ist?

Mag. Johannes Rauch: Mir wurde der Termin bestätigt, dass er ausgemacht worden ist, und ab diesem Zeitpunkt hatte ich keine Info, was bei dem Termin genau besprochen wurde. Nach dem Termin hatte ich keinen Kontakt mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Sie haben nie nachgefragt?

Mag. Johannes Rauch: Nein, weil der Termin ja stattgefunden hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben nie nachgefragt beim Herrn Haidinger: Wie war das mit Worm?

Mag. Johannes Rauch: Ich habe gerade vorhin erwähnt, ich kann nicht ausschließen, dass Herr Haidinger mich vorher – das weiß ich aber nicht mehr – angerufen und gesagt hat: Was soll ich mit dem? Aber das kann ich mich nicht mehr erinnern, das entnehme ich nur der Aussage von Herrn Haidinger. Ich wusste auch nicht, wann der Termin genau stattfindet. Er ist mir nur bestätigt worden, soweit ich mich erinnern kann. Und

danach habe ich nie nachgefragt, wie der Termin war, weil es mich auch nicht interessiert hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber Sie haben vorher gesagt, dass der Termin über Ihren Schreibtisch gelaufen ist und die Uhrzeit und der Ort bestätigt wurde?

Mag. Johannes Rauch: Nein, nein, nicht Uhrzeit und Ort. Ich habe Herrn Hesterer gebeten, einen Termin auszumachen mit Herrn Worm und Herrn Haidinger, und der Herr Hesterer hat mir bestätigt, dass dieser Termin stattfinden wird. Herr Hesterer hat mir nicht genannt: Am 35. Mai um 17.20 Uhr, sondern es wurde nur bestätigt, dass ein Termin stattfinden wird. Ich weiß aber nicht, wann und wo der Termin stattfand.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Über den „35. Mai“ hätte maximal Erich Kästner geschrieben,

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Herr Mag. Rauch, es hat ja vielfach in der Öffentlichkeit die Diskussion gegeben über das Thema BAWAG, und es war ja offensichtlich ein relativ großer Kreis informiert.

Es gibt ein E-Mail von Herwig Haidinger an Buxbaum vom 5.7., wo er davon spricht, dass eine Besprechung stattgefunden hat. Dabei hat Staatsanwaltschaft Krakow angegeben, dass er vielerlei Kontakte mit dem Journalisten Worm habe, und Informationsträger in der Ermittlungstätigkeit sind zum Beispiel auch Bedienstete des BKA, die dienstzugeteilt sind, Mitglieder des Innenministeriums, Staatsanwaltschaft, das Gericht, Mitarbeiter der Finanzmarktaufsicht, der BAWAG und des ÖGB, Rechtsanwälte, Verteidiger.

Können Sie ausschließen, dass diese Personen auch Informationen zum Thema BAWAG, zu diesen Ladungsterminen und zu ähnlichen Informationen, die in den Zeitungen gestanden sind, gehabt haben?

Mag. Johannes Rauch: Ich gehe davon aus, dass es – wie bereits erwähnt – ein großer Kreis war. Ich kenne natürlich und kannte den Kreis nicht, wer aller informiert worden ist. Wie gesagt, ich wusste über Zeugenladungen nur einmal Bescheid, wo ich im Auftrag der Ministerin angerufen habe. Sonst wusste ich von Zeugenaussagen oder Zeugenladungen keine Termine. Man hat es dann auch im Nachhinein über die Zeitungen gelesen.

Ich kann noch einmal wiederholen, ich kann ausschließen, dass von mir irgendwelche Informationen in der Cause BAWAG/ÖGB an Medien weitergegeben wurden.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Auch der zuständige Abteilungsleiter im BKA, Mag. Zwettler, gibt in seiner Niederschrift vom 14.3. an, man habe auch erwogen, dass die Anwälte der Betroffenen selbst diese Termine weitergegeben haben. Die Frage auch an Sie: Haben Sie diesbezüglich eine Information? Oder können Sie ausschließen, dass die Anwälte selbst auch solche Termine weitergegeben haben?

Mag. Johannes Rauch: Ich kann es nur für meine Person ausschließen, dass nichts weitergegeben worden ist. Sonst weiß ich es einfach nicht, kann es daher auch nicht ausschließen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Herr Dr. Salomon sagt in einem Aktenvermerk vom 29.6. – ich zitiere –:

Viele Beispiele können hier genannt werden, woraus hervorgeht, dass die SOKO entweder gar nicht, sehr spät oder über Zeitungen Informationen erhalten hat, und dass zum Beispiel Herr Staatsanwalt Krakow in dieser Sache viele Detailgespräche mit Verantwortlichen, mit Bankenvertretern, mit Prüfern der FMA, der Nationalbank, mit Rechtsvertretern, mit Verdächtigen, mit Zeugen und Journalisten geführt hat. Das heißt also offensichtlich, dass der Kreis derjenigen, die in diesen Fall involviert waren, sehr

groß war und es sehr viele Möglichkeiten gegeben hat, dass diesbezügliche Informationen an die Öffentlichkeit gekommen sind. – Sehen Sie das auch so?

Mag. Johannes Rauch: Das sehe ich genau gleich. Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die wesentlichen Vorhalte sind ja gemacht worden: Aussage Haidinger, Aussage Salomon. Ich möchte nur auf eines hinweisen: Dass die Aussagen Haidinger und Salomon in allen wesentlichen Punkten übereinstimmen, nämlich: Erstens, es sei verlangt worden, Einvernahmetermine und später Ermittlungsergebnisse zu melden. Zweitens: Diese Meldungen von der SOKO an Dr. Haidinger hätten stattgefunden. Drittens: Wesentliche Ladungstermine vom Anfang der Tätigkeit der SOKO BAWAG weg seien verraten worden. Viertens: Daraufhin sei – wieder Haidinger und Salomon übereinstimmend – veranlasst worden, dass keine detaillierten Meldungen mehr an Haidinger beziehungsweise ans Kabinett gehen, und – Salomon und Haidinger übereinstimmend – ab dem Zeitpunkt, von dem weg das Kabinett nicht mehr detailliert über Vorhaben informiert worden ist, ist auch nichts mehr veröffentlicht worden.

Das ist ganz entscheidend bei der Übereinstimmung der Haidinger-Aussage und der Salomon-Aussage. Das haben wir in den Aussagen vor der Staatsanwaltschaft, vor der Marent-Kommission und auch vor dem Untersuchungsausschuss. Das ist offensichtlich ein Faktum, ein überprüfbare Faktum: Haidinger und Salomon treffen die Übereinkunft, es wird nichts mehr im Detail berichtet, insbesondere ans Kabinett der Innenministerin, und plötzlich wird nichts mehr öffentlich bekannt.

Nachdem Sie ja versichert haben, dass Sie mit all dem nichts zu tun hatten – Kollege Westenthaler hat auch die ganzen möglichen Personenkontakte abgefragt –, möchte ich Sie noch etwas ergänzend zu Ihrer Stellung im Ministerium befragen.

Sie haben gesagt, am Anfang waren Sie – Sie sind ja von Bundesminister Strasser ins Kabinett geholt worden; ich glaube, das war so im März/April 2003 (*Mag. Rauch: April!*); April 2003 – Vertragsbediensteter. Und dann wollten Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, mehr verdienen und sind von der Niederösterreichischen Landesversicherung finanziert worden.

Können Sie uns schildern, in welcher Art und Weise das getan worden ist und wie hoch das Gehalt war, das Sie von der Niederösterreichischen Landesversicherung bezogen haben, und wer die Eigentümer der Niederösterreichischen Landesversicherung sind?

(*Abg. Mag. Kukacka: Hat das irgendwas mit dem Beweisthema zu tun?*) Ja, sehr wohl!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich fürchte, das geht in die Privatsphäre. Die Höhe des Gehaltes, würde ich sagen, ist ein problematischer Fall.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wenn die Auskunftsperson selbst erklärt, dass das wesentliche Motiv die bessere Bezahlung war? Wir kommen dann nämlich auf spätere Funktionen im Rahmen des Innenministeriums zurück. Aber die Frage war nicht so entscheidend – wenn Sie die nicht beantworten wollen, kein Problem.

Mag. Johannes Rauch: Das ist relativ einfach: Am Anfang war ich Vertragsbediensteter. Ich glaube, mein erstes Gehalt – ich kann mich nicht mehr genau erinnern – war zirka 1 700 € netto. Es war immer so im Kabinett, dass also der Erste Pressesprecher sozusagen einen Leasing-Arbeitsleihvertrag hatte. Als die Pressesprecherin ausgeschieden ist, konnte ich das Ganze übernehmen.

Ich bitte um Verständnis: Dieser Vertrag war etwas besser dotiert, und ich konnte den Vertrag übernehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann waren Sie eine weitere Leihgabe im ÖVP-Nationalratswahlkampf. Und nach dem ÖVP-Nationalratswahlkampf ...

Mag. Johannes Rauch: Nein, da muss ich Sie korrigieren: Ich war keine Leihgabe, ich war Angestellter der Österreichischen Volkspartei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da sind Sie auch von der ÖVP bezahlt worden. – Dann sind Sie nach der Nationalratwahl ins Innenministerium zurückgekommen. – Können Sie dem Ausschuss sagen: in welcher Funktion?

Mag. Johannes Rauch: Ich war ab Mitte November 2006 Bereichsleiter für die Bereiche Bau, Liegenschaft, Wirtschaft. Das waren zwei Abteilungen: die eine Abteilung war die Abteilung IV, und die andere Abteilung war die Abteilung III/4.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Waren Sie auch Stellvertretender Sektionsleiter?

Mag. Johannes Rauch: Das war nie so genau geklärt, weil es am Anfang einen gab. Ich gehe davon aus, ja ich war auch Stellvertretender Sektionsleiter, wenn ich mich richtig erinnere, aber nicht ganz von Anfang an.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann Ihnen sagen, was uns bei der Recherche passiert ist. Als der Untersuchungsausschuss eingesetzt worden ist, haben wir die Website des Innenministeriums angeklickt, das Organigramm – Sie kennen das sicherlich –: Sektion IV: Stellvertretender Sektionsleiter. Da hat es zwei gegeben: Herrn Simonitsch und Sie. Einen Tag später sind Sie gelöscht worden. – Wissen Sie, warum?

Mag. Johannes Rauch: Ich schaue nicht jeden Tag auf die Homepage des Innenministeriums, aber ich gehe davon aus, dass ich länger drauf war wie geplant, und dass man das halt irgendwann einmal gelöscht hat, beziehungsweise kann auch sein, dass ich angerufen und gesagt habe, mich jetzt endlich einmal von der Homepage zu nehmen, weil ich seit einem halben Jahr nicht mehr Bereichsleiter und nicht Sektionschef-Stellvertreter bin.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Jetzt sind Sie vom Innenministerium karenziert, und ich gehe wohl zu Recht davon aus, dass Sie in Ihrer jetzigen Funktion von der Tiroler ÖVP bezahlt werden?

Mag. Johannes Rauch: Exakt, von der Landesleitung der Tiroler Volkspartei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz wunderbar. Ich habe keine weiteren Fragen. Danke.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Da wir von einigen Beschäftigungsmodellen gehört haben, darf ich Sie fragen, ob Ihnen weitere Mitglieder des Kabinetts bekannt sind, die entsprechend geleast oder fremd angestellt sind. (*Abg. Dr. Karl: Antrag zur Geschäftsordnung!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Eine Geschäftsordnungsdebatte oder eine Meldung zur Geschäftsordnung?

Abgeordnete Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Ein Antrag zur Geschäftsordnung, um zu beantragen, dass diese Frage nicht zugelassen ist, denn das hat nichts mit dem heutigen Beweisthema zu tun, dass wir hier andere Beschäftigungsverhältnisse im Ministerium diskutieren.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Es wird später behandelt. Danke.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es geht ja um die Frage, wie der Informationsfluss grundsätzlich war, und dazu ist es schon notwendig, zu wissen – ich formuliere meine Frage anders –: Welche anderen Mitglieder, die nicht unbedingt dem Kabinett angehörten und anderwörtig bezahlt waren, sind im Kabinett Mitglied gewesen? (*Der Obmann spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, darf ich, weil ich den Herrn Verfahrensanwalt mit der Frage Zulässigkeit konfrontiere, das noch einmal hören.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es geht mir darum, unter dem Beweisantrag zu subsumieren, dass unter 1.1./1.2. die Frage des Informationsflusses zu klären ist, und deshalb meine Frage, ob sich noch andere Mitglieder, die nicht von der ÖVP oder vom öffentlichen Dienstgeber Parlament bezahlt wurden, im Kabinett aufgehalten haben.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Die Frage ist zuzulassen. – Bitte um Antwort!

Mag. Johannes Rauch: Ich habe nie gefragt, wer welchen Vertrag hat. Ich kann es nicht ausschließen. Ich kann es weder bejahen noch verneinen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Neben Ihnen, haben Sie gesagt, gab es einen oder mehrere weitere Pressreferenten.

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich immer einen. Nur durch die Sondersituation, dass ich das Innenministerium, das Kabinett dann Ende Juni 2006 verlassen habe, waren kurzfristig drei Pressreferenten im Kabinett, für einige Wochen, soweit ich mich erinnern kann.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie mir für das Protokoll diese Namen noch einmal bekannt geben?

Mag. Johannes Rauch: Iris Müller-Guttenbrunn war ja bereits im Kabinett, und dann war es des weiteren der Markus Amann.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wer hat über die Einstellung in das Kabinett beziehungsweise die weitere Zuordnung im Kabinett in der Folge entschieden?

(Mag. Rauch: Ich nicht!) – Das glaube ich schon, nur: Wer hat über Ihre Zuordnung selbst entschieden, wo Sie eingesetzt werden?

Mag. Johannes Rauch: Ich verstehe die Frage jetzt nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist eigentlich nicht so schwer zu verstehen, wie ich meine. Es muss jemanden gegeben haben im Kabinett, der gesagt hat, da kommt der Herr Mag. Rauch, und den setzen wir dort, dort, für dieses oder jenes ein. Das muss ja jemand entschieden haben.

Mag. Johannes Rauch: Das war von Anfang an klar, als ich ins Kabinett Strasser kam, dass ich dort als **Pressesprecher** vorgesehen bin. Das war vor dem Beginn meines Dienstverhältnisses im Innenministerium klar, dass ich als Pressesprecher dort arbeiten werde.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das ist Ihnen klar, und wir wollen nur wissen, wer das entschieden hat. Ihnen war das klar, aber wer hat Ihnen das mitgeteilt, dass Sie dort arbeiten? Wer hat das entschieden, wo Sie eingesetzt werden?

Mag. Johannes Rauch: Ich gehe davon aus, dass das der Kabinettschef gemeinsam mit Bundesminister Strasser in Absprache mit der anderen Pressesprecherin so durchgesprochen hat. Von einer Entscheidung kann man in dem Fall nicht sprechen, weil es geht ja darum, man hat einen Pressesprecher gesucht, und in dem Fall habe ich dann die Tätigkeit bekommen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wo haben Sie eigentlich Ihre journalistische Ausbildung, Ihr Handwerk dazu gelernt?

Mag. Johannes Rauch: Vor meiner Tätigkeit im Innenministerium als Pressesprecher war ich Pressreferent in der Tiroler Volkspartei, und davor war ich auch kurze Zeit bei einem Bezirksmedium beschäftigt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gibt es Ihrer Wahrnehmung nach im Kabinett so etwas wie eine Einlaufstelle, einen Eingangsbereich, wo entsprechende Unterlagen, die einlaufen, auch registriert und aktenkundig vermerkt werden?

Mag. Johannes Rauch: Es gibt eine Kanzlei im Kabinett, und unten am Eingang des Ministeriums eine Einlaufstelle.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ihrer Wahrnehmung nach: Welche Schriftstücke, welche Akten, welche Dinge werden dort registriert? Wird dort eigentlich alles, was ins Kabinett gelangt, auch als solches wahrgenommen und eingetragen?

Mag. Johannes Rauch: Das weiß ich nicht, weil ich dort nicht gearbeitet habe. Ich war nicht in der Kanzlei, sondern ich war Pressesprecher und war nicht für Akteneingänge zuständig. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie uns bekannt geben, wer dort arbeitet und für diese Registrierung zuständig ist?

Mag. Johannes Rauch: Nein, die Namen sind mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sie arbeiten im Kabinett als Pressereferent und wissen nicht, wer in der Einlaufstelle für die Registrierung der eingehenden Aktenstücke zuständig ist? – Ist das richtig?

Mag. Johannes Rauch: Vorne beim Eingangsbereich war Herr Gerhartl, und die Zweite ist mir jetzt nicht erinnerlich, die waren zuständig sozusagen als Bote fürs Kabinett. Die Post ging immer zuerst an den Kabinettschef, und dann wurde es zugeteilt. – Ich kann Ihnen nicht sagen, wie das genau vor sich geht; dieser Vorgang hat mich nie interessiert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Bemerkenswert ist die Interessenlosigkeit der Mitarbeiter in diesem Kabinett.

Sie haben zuerst in einer Anfragebeantwortung Herrn Dr. Pilz gesagt, als die erste Leasing-Pressereferentin ausgeschieden ist, haben Sie so quasi diese Agenden mit übernommen und deshalb auch ein besseres Gehalt erhalten.

Mag. Johannes Rauch: Nicht die Agenden, sondern ich konnte einen ähnlich gestalteten Vertrag übernehmen – und die Agenden natürlich auch.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Meine Frage geht in eine andere Richtung. Sie haben gesagt, nachdem die erste Leasing-Pressereferentin ausgeschieden ist. Heißt das, dass diese erste Pressereferentin ein ähnliches Angestelltenverhältnis hatte wie Sie, nämlich eine Leasing-Referentin, die von einem anderen bezahlt wurde und im Klub oder im Kabinett arbeitete?

Mag. Johannes Rauch: Ich gehe davon aus. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur vom Hörensagen, dass das in vielen Kabinetten so Usus ist. Aber wie der Vertrag genau ausgeschaut hat, weiß ich nicht. Ich habe mich mit meinen Vorgängern auch nicht über Vertragsdetails ihres Vertrages unterhalten, sondern ich habe meinen eigenen Vertrag unterschrieben.

Wenn dieser von solchem Interesse ist, ich stelle ihn gerne zur Verfügung; ungeschwärzt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Mag. Rauch, hatten Sie seit Anfang Februar Kontakt zu Ihrem ehemaligen Bundesminister Dr. Strasser?

Mag. Johannes Rauch: Mit Ernst Strasser habe ich regelmäßig Kontakt, weil er sich regelmäßig über den Tiroler Wahlkampf beziehungsweise über die Tiroler Politik erkundigt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Über den Untersuchungsausschuss und über den Gegenstand des Untersuchungsausschusses haben Sie nicht gesprochen?

(Mag. Rauch: Nein!)

Fand nach Ihren Informationen seit Anfang Februar 2008 ein sogenanntes „Klassentreffen“ bereits statt?

Mag. Johannes Rauch: Ich glaube nicht. Ich war zu keinem eingeladen, bin auch zu keinem hingegangen, weil ich zu keinem eingeladen war. Ich gehe davon aus, es sind 40, 50, 60 Leute, die in Kabinetten im Innenministerium seit dem Jahre 2000 gearbeitet

haben. Dass da irgendwo ein Kontakt da ist, kann ich nicht ausschließen. Ich persönlich war letzte Woche einmal in Wien bei einer Landesgeschäftsführerkonferenz und habe mir dann auch noch erlaubt, meinen Kindern den Schönbrunner Zoo zu zeigen. Das war mein letzter Wien-Aufenthalt vor zirka zehn Tagen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben mitgeteilt, dass Sie in der Frage BAWAG-Ermittlungen keine besonderen Informationen bekommen haben. Sie schließen daher aus, dass Sie als Pressereferent der Frau Bundesminister jemals eine Presseaussendung zum Thema BAWAG geschrieben haben?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich: Ich habe als Pressesprecher der Frau Bundesminister überhaupt keine Presseaussendungen geschrieben, sondern da gibt es eine Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, beziehungsweise es gibt im Bundeskriminalamt ... Zum Beispiel, wenn es gegangen ist um die Kriminalstatistik, das können Sie jederzeit in der APA-OTS nachschauen, steht dann „Rückfragehinweis: Johannes Rauch, Gerald Heszter“, zum Beispiel zur Kriminalstatistik. Aber grundsätzlich habe ich keine Presseaussendungen geschrieben, beziehungsweise ich kann mich jetzt an keine Presseaussendung erinnern. Aber das kann man jederzeit in der APA nachprüfen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Gilt das auch für die beiden anderen Pressereferenten.

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich war es bei uns so: Es wurden von uns im Kabinett niemals OTS-Aussendungen oder andere Aussendungen gemacht. Das ging immer über die Abteilung ***Öffentlichkeitsarbeit***. Wir waren hauptsächlich zuständig, ich war zuständig für die Medienstrategie, also vor allem für die Strategieerstellung, wer, wo, wie, wann, für die Themensetzung, die ja, bereits erwähnt, natürlich gegeben war durch die EU-Präsidentschaft, dann natürlich auch durch die Integrationsstudie, die zirka Anfang/Mitte Mai damals präsentiert wurde. Das waren in diesem halben Jahr meine Hauptthemen.

Noch einmal erwähnt, Anfragen in Richtung BAWAG, ÖGB gab es im Kabinett beziehungsweise an mich oder an die Ministerin, wenn sie sie mir kommuniziert hat, sehr, sehr wenig im Vergleich zum medialen Echo. Ich kann ausschließen, dass ich irgendwelche Informationen an die Medien weitergegeben habe, weil ich erstens ausschließen kann, dass ich irgendwelche Ermittlungsergebnisse oder sonst etwas bekommen habe. Das war nicht der Fall. Ich habe mich, wie bereits erwähnt, einmal nach einem Ladungstermin erkundigt, den ich dann der Ministerin berichtet habe. – Das war's.

Ich habe einmal ein Gespräch vermittelt zwischen Worm und Haidinger, habe mich einmal erkundigt, wie ein Auslieferungsverfahren abläuft und hatte einmal E-Mail-Kontakt mit Herrn Halm, Pressemitarbeiter des Bundeskriminalamts, über Haidinger, weil es eine Anfrage gab bezüglich eines Statements von Herrn Haidinger oder vom Bundeskriminalamt. Da habe ich dann damals gesagt, wie ihr euch das vorstellt, macht es! – und dann habe ich auch die Terminbestätigung bekommen via E-Mail Mitte Juni, dass es dieses Interview mit dem ORF geben wird und dass das offensichtlich mit der Staatsanwaltschaft abgesprochen ist.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wer hat nach Ihrem Informationsstand die Presseaussendungen für die Frau Bundesminister in Sachen SOKO BAWAG geschrieben?

Mag. Johannes Rauch: Ich kenne keine Presseaussendung der Frau Bundesminister zur SOKO BAWAG. Ich kenne keine.

Abgeordnete Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Herr Mag. Rauch, nach diesen Fragen, die Ihnen gestellt worden sind, glaube ich ja fast, dass hier der Leiter der Personalabteilung

des Ministeriums vor uns sitzt. Vielleicht ist uns entgangen, dass Sie als Pressechef, als Pressesprecher auch mit der Beurteilung der personellen Situation und der Arbeitsverträge aller anderen Mitarbeiter beschäftigt waren. Das ist zwar etwas seltsam, aber aus den Fragestellungen geht das irgendwie hervor. – Waren Sie mit derartigen Aufgaben befasst?

Mag. Johannes Rauch: Nein, selbstverständlich nie. Wenn ich die Fragen beantworten kann, beantworte ich sie gerne. Ich war reiner Pressesprecher, vor allem zuständig für die Medienstrategie nach außen. Ich betone noch einmal: Schwerpunkt im Frühjahr 2006 war natürlich die laufende EU-Präsidentschaft. Dann hatten wir auch noch – das habe ich zuvor vergessen – wichtige Besuche. Zum Beispiel war der amerikanische Präsident da, wo ich dann auch gewisse Presseagenden, für die ich normalerweise nicht zuständig war, übernommen habe, weil es rein chronikale Themen waren. Da bin ich beauftragt worden, das auch mit zu machen, in enger Abstimmung mit dem Ministerium. Und dann war natürlich großes Thema ab Mai die von Ministerin Prokop präsentierte Integrationsstudie von Professor Rohe und Alexander Janda.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Herr Magister, noch einmal zurück zu Ihrer Leasing-Situation. Habe ich das richtig verstanden: Sie waren bei der Niederösterreichischen Versicherung eine Zeit lang angestellt, weil Sie dort ein höheres Gehalt beziehen konnten als Vertragsbediensteter?

Mag. Johannes Rauch: Habe ich bereits erwähnt, ja.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Wissen Sie, ob das Innenministerium diese Personalkosten in irgendeiner Form an die Niederösterreichische Versicherung refundiert hat?

Mag. Johannes Rauch: Es wurde refundiert.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Im vollen Ausmaß?

Mag. Johannes Rauch: Da bin ich als „Hobby-Personalchef“ auch überfragt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Ich frage deswegen, denn wenn voll refundiert wurde, hätte diese gesamte Konstruktion ja keinen Sinn gemacht, dass Sie personell ausgelagert werden. Dann hätte man Sie ja gleich direkt anstellen können.

Mag. Johannes Rauch: Wer hätte mich anstellen sollen? (*Abg. Mag. Steinhäuser: Vertragsbediensteter!*) – Ja, nur: Es gibt ein Vertragsbedienstetengesetz, wo relativ genau geregelt ist, wie viel man mit einer gewissen Ausbildung nach gewissen Dienstjahren verdient. Also da ist dann schon ein Unterschied. Das werden Sie ja wissen, dass es ein Unterschied ist, ob man in der Privatwirtschaft arbeitet oder in einem Ministerium. Da gibt es klare Schemen, die mit dem Personalchef nicht verhandelbar sind. Mit einem Personalchef in der Privatwirtschaft kann man, soweit ich informiert bin, sein Gehalt frei verhandeln.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Da heißt, Sinn und Zweck war, dass Ihre Personalkosten, die nicht direkt als Vertragsbediensteter vom Bund getragen hätten werden können, in **Sachkosten** umgewandelt und so refundiert worden sind und damit die Bestimmungen des Vertragsbedienstetengesetzes umgangen wurden. – Kann man das so zusammenfassen?

Mag. Johannes Rauch: Das kann man so nicht zusammenfassen, weil ich es einfach nicht weiß, aber ich bin, wie gesagt, kein Personalist, ich habe Ihnen nur geantwortet, weil ich eingangs gefragt worden bin, wo ich angestellt war. Das habe ich Ihnen mitgeteilt – und die Sache ist für mich jetzt erledigt. Da müssen Sie berufenere Herren oder Damen fragen, aber bitte nicht den Hannes Rauch.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Gut, dann kommen wir zu einem anderen Fragenkomplex. Haben Sie von den Einvernahmen Zwettler am 7.4., Weninger am 8.5. und Verzetsnitsch am 12.5.2006 im Vorhinein gewusst?

Mag. Johannes Rauch: Nochmals das letzte Datum, bitte.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): 12.5.2006.

Mag. Johannes Rauch: Das erste war?

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): 7.4., 8.5.

Mag. Johannes Rauch: Nein, sicher nicht, kann ich ausschließen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Und 12.5. 2006.

Mag. Johannes Rauch: Von wem war da die Einvernahme? (Abg. Mag. Steinhauser: Verzetsnitsch!) – Nein, Verzetsnitsch nicht. Wenn, glaube ich, habe ich mich erkundigt nach einer Flöttl-Einvernahme. Also Verzetsnitsch-Einvernahmen wusste ich nicht, ich wusste grundsätzlich solche Termine nicht, weil sie mich auch nicht interessiert haben. Die waren also von nicht großer Relevanz oder von überhaupt keiner Relevanz in meiner tagtäglichen Tätigkeit als Pressesprecher. Wenn man politischer Pressesprecher ist, telefoniert man nicht mit Journalisten, ob irgendwann wer wo zu einer Einvernahme kommt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Diese Darstellung überrascht mich, weil die Medien ja genau das interessiert, wann jemand einvernommen wird und wie der genaue Ermittlungsstand ist. Das ist etwas unüblich, dass das die Medien nicht interessiert.

Mag. Johannes Rauch: Um solche Dinge zu erfahren, glaube ich, ruft man nicht die offizielle Pressestelle der Ministerin an.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Haben Sie von den Hausdurchsuchungen Zwettler, Elsner, Weninger am 21.6. im Vorhinein gewusst? (Mag. Rauch: Nein!) – Habe ich Sie richtig verstanden: Sie sagen, Sie haben nur einige wenige Wochenberichte zum Fall BAWAG gelesen?

Mag. Johannes Rauch: Nicht einige wenige! Ich sagte, ich glaube mich zu erinnern, ein oder zwei. Ich bin mir sicher, dass ich einen kenne.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt formell oder informell Kommunikation bezogen auf BAWAG-Skandal mit dem Kabinettsmitglied Pilsler gehabt?

Mag. Johannes Rauch: Wie bereits erwähnt, ich kann nicht ausschließen, dass in einigen Besprechungen mit der Ministerin ab und zu das Wort „BAWAG“ oder „BAWAG-Prozess“ fiel. Aber es gab keinen direkten Kontakt, dass es Informationen vom Andreas Pilsler oder vom Herrn Treibenreif über die Ermittlungen oder Ladungstermine oder sonst irgendwas gegeben hat; ausschließlich den einen, wo ich Pilsler und Treibenreif nicht erreicht habe, Ende April/Anfang Mai, wo ich dann Herwig Haidinger angerufen habe und dieser mir bestätigt hat, dass jener oder jene in der nächsten Zeit zu einer Einvernahme kommt. (Zwischenruf des Abg. Krainer.) Ja, dann war es jetzt ein Versprecher: in den BAWAG-Ermittlungen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das heißt, ich muss gemessen an Ihrem Informationsstand, wie Sie ihn darstellen, davon ausgehen, dass es seitens der Journalisten wenig Interesse an der gesamten BAWAG-Causa Ihnen gegenüber im Jahr 2006 gegeben hat? Sie wussten wenig und haben offensichtlich auch wenig Informationen eingeholt.

Mag. Johannes Rauch: Es ist ein entscheidender Faktor natürlich, wenn Journalisten es am Anfang zwei, drei Mal probieren, und sie wollen auch harmlose Dinge wissen, und man sagt, man hat die Informationen nicht, bitte wendet euch an die zuständige

Stelle, ich habe die Informationen nicht. Das merken sich Journalisten sehr schnell, und dann wird auch nicht mehr angerufen. Ich weiß nicht, wo sonst angerufen worden ist. Die Anrufe an die Ministerin selber kann ich nicht beurteilen.

Die Anrufe, die ich bekommen habe, habe ich auftragsgemäß der Ministerin gemeldet und habe ihr gesagt, der und der hat angerufen. Aber wie gesagt, und das kann ich Ihnen als Pressesprecher sagen: Im Vergleich zum medialen Echo in den Medien in Österreich waren die Anrufe wirklich sehr, sehr wenig und zum Teil an einer Hand abzuzählen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Letzte Frage: Sie waren dann – korrigieren Sie mich, wenn ich das jetzt falsch wiedergebe – ab ungefähr Ende Mai/Anfang Juni 2006 im ÖVP-Nationalratswahlkampf engagiert?

Mag. Johannes Rauch: Nein, mit 1. Juli 2006.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Was war da Ihre genaue Rolle im Nationalratswahlkampf?

Mag. Johannes Rauch: Leiter der Öffentlichkeitsarbeit.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Waren Sie da in irgendeiner Form in Wahlkampfüberlegungen strategischer oder praktischer Natur involviert, die sich auf die BAWAG bezogen haben? Wir wissen, BAWAG war damals ein großes Thema, es ist naheliegend, dass die ÖVP auch in ihrem Wahlkampf Überlegungen zu diesem Themenkomplex angestellt hat.

Mag. Johannes Rauch: Da muss ich Sie korrigieren, aber das werden Sie sicher besser wissen als ich: Im Juli und August war das große Thema **nicht** die BAWAG. Soweit ich mich erinnern kann, hatten wir eine Pflege-Diskussion ab Anfang August; die BAWAG war kein vordringliches Thema.

Die BAWAG war dann einmal ein Thema im Nationalratswahlkampf – das dürfte Mitte September gewesen sein –, wo jemand den Herrn Elsner in Südfrankreich besucht hat.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Meine Frage hat anders gelautet.

Ich habe nicht gefragt, was medial das große Thema war, sondern ob es strategische Überlegungen seitens der ÖVP bezüglich der BAWAG-Causa gegeben hat, wo Sie involviert waren. Wenn etwas kein großes Thema ist, heißt das nicht, dass nicht eine Partei strategische Überlegungen anstellt.

Mag. Johannes Rauch: In den Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe – das waren aber sehr, sehr wenige –, war die BAWAG kein vordringliches Thema. Ich kann nicht ausschließen, dass das Wort „BAWAG“ oder „BAWAG-ÖGB-SPÖ-Skandal“ einmal gefallen ist. Sie werden auch wissen, dass es zum Teil Inserate in diese Richtung waren, aber es war nie in einer wichtigen wahlstrategischen Sitzung. Da ist es um andere Dinge gegangen: um Medienplanung, um Auftritte, um Wahlkampfplanung, Veranstaltungsmanagement et cetera.

Das waren die vordringlichen Tätigkeiten, natürlich sozusagen als Leiter der Öffentlichkeitsabteilung, weil auch einige Mitarbeiter in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in der Bundespartei arbeiten, dass man das tagtägliche Geschäft bestreitet. – Das war meine Tätigkeit. Punkt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Das heißt, Sie haben keinerlei Stellungnahmen, Informationen bezüglich der BAWAG-Causa im Nationalratswahlkampf im Rahmen Ihrer Tätigkeit bei der ÖVP abgegeben?

Mag. Johannes Rauch: Nein, sicher nicht, weil, soweit ich mich erinnern kann, die ÖVP auch keine Ermittlungsbehörde in der Causa BAWAG war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur noch ganz wenige ergänzende Fragen.

Die Sektion IV ist auch zuständig für Kontrolle. – Ist die Sektion IV auch für das Büro für Interne Angelegenheiten zuständig?

Mag. Johannes Rauch: Die Sektion IV ist für das Büro für Interne Angelegenheiten zuständig. Das wissen Sie aber sicher besser als ich. Das Büro für Interne Angelegenheiten ist direkt beim Sektionschef der Sektion IV angesiedelt. Ich hatte als Bereichsleiter mit der BIA oder mit dem Büro für Interne Angelegenheiten nichts zu tun – es sei denn, sie brauchten Schreibtische oder sonstiges Mobiliar; dafür war ich zuständig. Es kann sein, dass es da einen Akt gibt, aber ich kannte weder Ermittlungsergebnisse noch irgendetwas von der BIA; es hat mich auch nie interessiert. Ich war auch nur dann zuständig, wenn der Sektionschef nicht da war. Ich kann mich aber nicht erinnern – die Tage kann man jedenfalls an einer Hand abzählen –, wo ich sozusagen als stellvertretender Sektionschef auch für die BIA zuständig war, beziehungsweise müsste man anschauen, weil es einen zweiten Bereichsleiter gibt, wer dann gerade zuständig war. Grundsätzlich hatte ich mit der BIA beruflich und privat – bis auf eine Einvernahme in einer anderen Sache – nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das kann man sich ja so vorstellen, wenn Sie irgendetwas vom Büro für Interne Angelegenheiten wissen wollen, dass dann der Mag. Kreutner oder irgendjemand anderer zu Ihnen sagt: Entschuldigen Sie, Herr Stellvertretender Sektionsleiter, das geht Sie überhaupt nichts an, ich rede nur mit dem Sektionschef!

Mag. Johannes Rauch: Ich hatte mit Herrn Kreutner, wo ich Bereichsleiter war, nie Kontakt in einer beruflichen Weise. Ich habe ihn auch nie etwas gefragt, weil der Fall nie eingetreten ist, dass in dieser Zeit, wo ich eventuell – ich weiß auch nicht, ob es überhaupt der Fall war! – den Sektionschef vertreten habe ... – Deshalb reden wir da jetzt über ungelegte Eier. Ich kann es Ihnen nicht beantworten, weil es nie der Fall war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich mache jetzt einen kleinen Sprung, aber es hat nach wie vor mit Ihrer Funktion in der Sektion zu tun.

Habe ich mir das richtig notiert, dass Sie Vertragsbediensteter bis 1.10.2007 waren?

(*Mag. Rauch: Ja!*) – Bis dorthin waren Sie also Vertragsbediensteter und Stellvertretender Sektionsleiter im Innenministerium? (*Mag. Rauch: Ja!*) – Wie kommen Sie dann dazu, dass Sie bereits am 6. September 2007 noch als Vertragsbediensteter des Innenministeriums und Stellvertretender Sektionsleiter für die Tiroler ÖVP in dieser sogenannten „Schwein/Van Staa-Affäre“ zu erklären, dass sich die ÖVP entschlossen habe – ich zitiere wörtlich! –:

Hannes Rauch hat sich entschlossen, sozusagen eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Es bestehe – ich zitiere wörtlich! – der Verdacht der Ehrenbeleidigung, Täuschung oder Beweismittelfälschung. – Zitatende.

Damals waren Sie noch Stellvertretender Sektionsleiter. – Haben Sie das als stellvertretender Sektionsleiter getan? (*Abg. Mag. Kukacka: Das hat wirklich nichts mit dem heutigen Beweisthema zu tun!*) – Ich möchte einmal wissen, in **welcher** Funktion Herr Rauch **wann** tätig war!

Daher die Frage: Haben Sie das als Stellvertretender Sektionsleiter getan?

Mag. Johannes Rauch: Selbstverständlich nicht, aber Sie kennen ja auch das Geschäft. Ich bin präsentiert worden als Landesgeschäftsführer, der seinen Dienst mit 1.10.2007 antritt. Und dann hat mich vermutlich ein Journalist oder die APA angerufen und hat mich gefragt, was meine Stellungnahme dazu ist.

Das mit der Sachverhaltsdarstellung stimmt in diesem Fall nicht. Das hat mein Vorgänger Georg Keuschnigg gemacht. Ich weiß nicht, wo das zitiert ist. Und wenn es so zitiert ist, ist es falsch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also, am 5. September, kurz nach 18 Uhr, ist diese „Schwein-Passage“ von Van Staa bekannt geworden. Am selben Abend ... (Abg. Mag. Kukacka: *Bitte zum Beweisthema! Wir sind nicht im Tiroler Landtag!*) – Herr Kukacka, Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen! Es gibt keinen Paragraphen der Verfahrensordnung (*Obmann Dr. Fichtenbauer gibt das Glockenzeichen*), in dem steht: Feuer am Dach der ÖVP, man darf unterbrechen! (Abg. Mag. Kukacka: *Ich weiß, die Suppe Ihrer Befragung ist so dünn, und darum weichen Sie auf andere Themen aus!*) – Herr Kukacka, wer in der Suppe sitzt, soll nicht über die Suppe urteilen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich würde herzlich bitten, einerseits den Abgeordneten Pilz nicht zu unterbrechen. Zweitens: Es ist natürlich berechtigt, dass wir ein Beweisbeschlussthema haben, aber Fragen, die die Dienststellung der Auskunftsperson betreffen, sind *jedenfalls* zulässig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht schlicht und einfach um nichts anderes, als festzustellen, warum der Herr Rauch am selben Abend von sich aus über die APA am 5. September tätig wird, über die Tiroler ÖVP erklären lässt – ich zitiere wörtlich –, dass diese Aufnahme manipuliert ist.

Am nächsten Tag erklärt er in „Radio Tirol aktuell“, die ÖVP habe sich entschlossen, sozusagen eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft zu übergeben. Es bestehe der Verdacht der Ehrenbeleidigung, Täuschung oder Beweismittelfälschung. – Das ist bereits im „Mittagsjournal“.

Und dann – darauf werden wir noch zurückkommen! – wird über die ÖVP Tirol ein Tiroler Staatsanwalt vorgeschnickt, um diese ganze Geschichte zu inszenieren. Im Mittelpunkt steht **nicht** ein bereits amtierender ÖVP-Landesgeschäftsführer, sondern der Stellvertretende Sektionsleiter des Innenministeriums, der zu diesem Zeitpunkt vom Innenministerium bezahlt wird.

Erklären Sie mir das bitte: Hat Sie das Innenministerium Anfang September 2007 dafür bezahlt, dass Sie gegen einen Kritiker des Tiroler Landeshauptmannes vorgehen und noch dazu falsche Behauptungen über ihn an die Öffentlichkeit bringen? (Abg.

Mag. Kukacka: *Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, einzuschreiten! Der Sachverhalt hat überhaupt nichts mit dem heutigen Beweisthema zu tun!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer (*das Glockenzeichen gebend*): Entschuldigung! (Abg. Mag. Kukacka: ...nach der Verfahrensordnung!) – Wir gehen sehr wohl nach der Verfahrensordnung vor! Fragen zur Dienststellung der Auskunftsperson sind immer zulässig.

Ich gebe zu, das berührt in einem extendierenden Umfang – das ist aber doch noch im Rahmen – die Dienststellung der Auskunftsperson.

Ich bitte, die Antwort zu geben!

Mag. Johannes Rauch: Mir ist vollkommen klar: Das ist jetzt der Versuch, den Wahlkampf nach Tirol hineinzuziehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Wahlkampf ist schon in Tirol.

(Mag. Rauch: *Nein!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte, nicht zu diskutieren, sondern die Antwort zu geben!

Mag. Johannes Rauch: Wir beginnen am 17. Mai mit dem Wahlkampf. Ich lade Sie alle recht herzlich ein zum Wahlkampfauftakt der Tiroler Volkspartei in Wattens.

Zu Ihrer Frage: Ich bin angerufen worden, und dann habe ich reagiert und die Medienanfrage beantwortet. Punkt. Das ist eine Tätigkeit von fünf, sechs, sieben, acht Minuten.

Ich bin aber nicht als Stellvertretender Sektionschef zitiert. Wenn Sie sich die Pressemeldung genau ansehen – und die ist mir erinnerlich –, steht drinnen „der designierte Landesgeschäftsführer der Tiroler Volkspartei.“ (Abg. Dr. Pilz: *Stellvertretender Sektionschef! – Abg. Mag. Kukacka: Also bitte, als Tiroler Landesgeschäftsführer!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Aufspaltung in verschiedene Funktionen möglich ist. (Abg. Parnigoni: *Und vom Innenministerium bezahlt worden, die Aussage!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher irgendwie gemeint, dass die Frau Bundesministerin Prokop verärgert war, weil sie Ladungstermine aus den Medien erfahren hat.

Hat sie *immer* die Ladungstermine aus den Medien erfahren?

Mag. Johannes Rauch: Das weiß ich nicht, ob sie immer die Ladungstermine aus den Medien erfahren hat. Ich kannte die Ladungstermine nicht, und sie hat mich ein-, zwei-, dreimal, einige Male darauf angesprochen, dass wieder etwas in den Medien steht, oder ich habe auch sie angesprochen, das weiß ich nicht mehr so genau. Aber im Grund genommen war sie sehr verwundert und auch verärgert. – Das habe ich aber vorher bereits erwähnt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ab dem Zeitpunkt hat sie dafür gesorgt, dass sie immer *vor* den Medien informiert wird?

Mag. Johannes Rauch: Das habe ich auch bereits erwähnt: Ich war in die Ermittlungen nicht eingebunden. Mir waren keine Ladungstermine bekannt ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war auch nicht meine Frage!

Mag. Johannes Rauch: Ich habe es aber so beantwortet!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Frau Bundesministerin, sagten Sie, hat sich einmal darüber aufgeregt bei einer Veranstaltung Ende Mai. – Welche Veranstaltung war das?

Mag. Johannes Rauch: Da hat sie sich *nicht* aufgeregt, sondern da ist sie von einem Journalisten gefragt worden, ob es stimmt, dass der/die zu einer Einvernahme kommt. Und dann hat sie mir gesagt: Ich bin schon etwas verärgert, kümmere dich bitte darum, ob das stimmt: ja oder nein!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Veranstaltung war das?

Mag. Johannes Rauch: Kann ich mich nicht mehr erinnern. Auf jeden Fall eine Veranstaltung außer Haus, und ich habe die Frau Ministerin begleitet. Was das genau war, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie noch, wo die war? (Mag. Rauch: *Nein!*) – Das Thema?

Mag. Johannes Rauch: Nein, sonst hätte ich es Ihnen ja gesagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, welcher Journalist da gefragt hat?

Mag. Johannes Rauch: Ich war nicht dabei, wo der Journalist die Frau Ministerin angesprochen hat. Sie hat mir nachher beim Hinausgehen gesagt: Es hat mich jemand angesprochen, er ist, glaube ich, ein Journalist, und sie hat mich gefragt: Weißt du etwas? – Ich habe geantwortet: Ich weiß es *nicht*, ob jemand zur Einvernahme kommt, aber ich kann selbstverständlich auftragsgemäß nachfragen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt: Sie können nicht mehr sagen, wo das war, wann das war, wer das gefragt hat?

Mag. Johannes Rauch: Nein, ich kann Ihnen sagen, dass es *nicht* im Innenministerium war. Aber man ist als Pressesprecher in der Woche auf sehr vielen Veranstaltungen. Das

ist jetzt zwei Jahre her: Ich bitte daher schon um Verständnis, dass man dann nicht mehr genau weiß, wann man wo, wie und mit wem war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Handynummer vom Herrn Haidinger haben Sie quasi immer eingespeichert gehabt?

Mag. Johannes Rauch: Selbstverständlich! Nicht nur die Handynummer vom Herrn Haidinger, auch andere Handynummern sind in meinem Handy eingespeichert worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe nicht nach anderen gefragt, sondern nur nach der von Herrn Haidinger.

Den Herrn Pils und den Herrn Treibenreif haben Sie nicht erreicht? Was war denn das für eine Uhrzeit? War das am Abend, am Nachmittag, spät in der Nacht?

Mag. Johannes Rauch: Ehrlich gesagt: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, wann die Veranstaltung war. Deshalb ist es auch schwierig, die zweite Frage zu beantworten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das ist das Problem, wenn Sie hier etwas erzählen, wo Sie sich an *überhaupt nichts* mehr erinnern! Dann weiß ich nicht genau. Dann ist das nicht sehr eng!

Mag. Johannes Rauch: Ich glaube, ich habe meine Erinnerungen sehr genau dargestellt: nach bestem Wissen und Gewissen. Ich lasse mir von Ihnen **nicht** unterstellen – das empfinde ich jetzt persönlich als Untergriff! –, an was ich mich erinnern kann und an was nicht. Das ist **meine** Erinnerung – und nicht Ihre! Also diese Frage ist wirklich unterste Schublade. (Abg. Mag. Kukacka: *Ob das in einem Zusammenhang mit dem Beweisthema steht?!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Unterstellen tut hier niemand, ich habe nur Tatsachen aufgelistet.

Ich habe aber eine weitere Frage, und zwar: Hat sich die Frau Minister nach diesem Zeitpunkt noch einmal bei Ihnen beschwert, dass sie irgendwelche Informationen über Ladungstermine oder dergleichen nicht bekommt?

Mag. Johannes Rauch: Sie wissen das ja besser! Es sind ja laufend Dinge an die Medien gegangen, und da war Verwunderung, Verärgerung natürlich da.

Ich habe mich gerade vor einigen Wochen das letzte Mal geärgert, wo mein Einvernahmekt in einer Zeitung war. – So etwas passiert ja laufend, das ist ja nichts Neues!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die Frau Minister hat sich auch nachher noch verärgert gezeigt Ihnen gegenüber?

Meine Frage war: Hat sie sich nachher noch geärgert Ihnen gegenüber über Veröffentlichungen? (Abg. Mag. Kukacka: *Das persönliche Befinden der Frau Innenminister ...!*)

Mag. Johannes Rauch: Also noch einmal, dass wir das wirklich klarstellen: Es war ja nicht ein Ärger **mit** mir, sondern sie hat sich geärgert **über** etwas und hat mich darauf angesprochen. Ich hatte zu der Frau Ministerin ein sehr gutes Verhältnis. Sie hat sich hoffentlich über **mirch** nie geärgert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung! Dann ist das vielleicht missverständlich formuliert gewesen.

Hat sie nachher noch einmal ihren Ärger darüber kundgetan, nach dieser einen geschilderten Begegnung von Ihnen, wo sie nicht mehr genau wissen, wann und wo?

Mag. Johannes Rauch: Gegenüber wem den Ärger kundgetan?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihnen erzählt, dass sie sich jetzt ärgert, weil sie irgend etwas wieder nicht erfährt, nach diesem Zeitpunkt? (Abg. Mag. Kukacka: *Können Sie uns erklären, was Sie mit Ihrer Frage bezwecken! Ich verstehe Sie nicht!* –

Abg. Dr. Jarolim: Das ist ja nicht notwendig!) – Schauen Sie, Kollege Kukacka, Sie brauchen meine Fragen nicht zu verstehen, und die Auskunftsperson braucht sie auch nur beantworten.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte die Abgeordneten, sich in nächster Zeit nicht intellektuell kontrollieren zu wollen, das ist sinnlos! Ich bitte auch, persönliche Querelen-artige Animositäten in der Anfragestellung und in der Beantwortung zu unterlassen! Wir kommen viel schneller vorstatten, wenn die Frage und Antwort abgewickelt wird, ohne dass man ein Zwischen-Interrogatorium führt!

Mag. Johannes Rauch: Ich verstehe die Frage nicht und kann sie jetzt auch nicht beantworten. (*Abg. Mag. Kukacka: Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie, zu beachten, ob die Frage im Zusammenhang mit dem Beweisthema steht!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege, Sie haben ja recht! Wenn wir es auf Spitz und Knopf treiben, könnte eigentlich permanent jede Fraktion der anderen vorhalten, dass sie außerhalb des Fragethemas ist.

Es ist vernünftig, ein bisschen den Rahmen zu erkennen! Wir haben die Aufklärung zu betreiben, ob das Kabinett des Bundesministeriums im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der BAWAG-Affäre vor den Nationalratswahlen 2006 gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ vom Bundeskriminalamt und anderen Dienststellen anforderte, und Aufklärung, ob diese Unterlagen vom Kabinett gezielt an Medien weitergegeben wurden.

So, jetzt bitte ich darum, vernünftig zu sehen, dass Themen, die in diesen Erkenntnisbereich hinein röhren, gefragt werden. Es ist ja ohnehin nicht so aufregend, was hier herauskommt!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie meine Frage nicht verstehen, kann ich die Frage noch einmal erläutern: Sie wurden von der SOKO Marent zu dieser Frage befragt, und Sie haben eine Begebenheit mit der Frau Bundesministerin erzählt, dass sie sich verärgert gezeigt hat, nicht über Sie, aber Ihnen gegenüber diesen Ärger geäußert hat, wo Sie nicht mehr genau wissen, wann und wo das war.

Meine Frage war, ob es danach eine Verhaltensänderung bei der Frau Bundesministerin gab oder ob sie sich auch nachher noch verärgert gezeigt hat über ähnliche Umstände, nämlich genau über diese Umstände, dass Sachen in der Zeitung stehen und sie nichts davon weiß.

Mag. Johannes Rauch: Ich gehe davon aus, ich weiß es aber nicht genau.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also, Sie wissen es nicht.

Sie haben gegenüber der SOKO Marent gesagt, dass Ihnen in einem persönlichen Gespräch der Auftrag von der Frau Bundesministerin erteilt wurde, auf Anfragen seitens Journalisten betreffend BAWAG-Ermittlungen nicht zu antworten, sondern sie über die Anfragen umgehend zu informieren und auch über den Inhalt der Anfragen. Das haben Sie ausgesagt.

Wann wurde Ihnen dieser Auftrag erteilt?

Mag. Johannes Rauch: Das kann ich nicht mehr genau einschätzen, aber ich denke, zum Anfang der Ermittlungen, wo sie mir in einem persönlichen Gespräch gesagt hat: Es ist ganz, ganz wichtig, dass wir da eine saubere Trennlinie haben. Es soll dort ordentlich ermittelt werden, die Sache hat nichts im Kabinett bei einem Pressesprecher verloren, es sollen die zuständigen Referenten an sie berichten, aber ich soll mich davon nicht beeinflussen lassen und ich soll eben wirklich jeden Journalistenkontakt auch ihr sagen, damit sie Bescheid weiß.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und dann haben Sie am Anfang mehrere bekommen und dann nach einer Zeit keine Anfragen mehr, weil alle gemerkt haben, Sie wissen ohnehin nichts.

Mag. Johannes Rauch: „Mehrere“ ist übertrieben. Das waren vielleicht ein bis zwei Anfragen in der Anfangsphase, wobei wir da selber keine Informationen hatten, und ich sowieso nicht, und ich die der Ministerin dann weitergegeben habe. Was die Ministerin dann mit diesen Anfragen gemacht hat, weiß ich nicht.

Ich habe jedenfalls den Journalisten unser klassisches Wording gesagt: Es ist wichtig, dass dort unabhängig ermittelt wird, dass dort die Politik nichts verloren hat! – und sonst habe ich ganz normal die Medienanfragen an die Ministerin weitergeleitet beziehungsweise den Journalisten gesagt, wir sind **nicht** die zuständige Stelle. Es war ja auch vollkommen klar: Ein Kabinett ermittelt nicht – und schon gar nicht der Pressesprecher. Deshalb hatte ich auch keine Informationen und wollte auch keine Informationen für mich persönlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, das heißt: Ein- bis zweimal wurden Sie in dieser Frage angerufen und haben gesagt, Sie sind nicht zuständig.

Mag. Johannes Rauch: Ich rede jetzt aber schon nicht von der gesamten Zeit, sondern ich gehe davon aus, dass es in der Woche ein, zwei Anfragen gab.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Pro Woche waren das ein, zwei Anfragen?

Mag. Johannes Rauch: Schätzomativ, ich kann es Ihnen nicht mehr genau sagen. Als Pressesprecher erhält man zirka – ich würde jetzt einmal hochrechnen – 15 bis 20 Anfragen im Innenministerium zu verschiedenen Themen. Da geht es über Asyl, Migration, innenpolitische Sachen, Mauthausen, Zivildienst, Kriminalstatistik. Das sind wahrscheinlich hochgerechnet ein paar tausend Telefonate.

Ich bitte um Verständnis, dass man sich nicht an jedes Telefonat erinnern kann. Es ist schwer genug, sich an gewisse Dinge zu erinnern. Ich weiß schon, was Sie wollen, aber es tut mir leid, es geht nicht. Ich glaube, es geht jedem so in dem Saal, dass man sich nicht an jedes Telefongespräch, wenn man zig am Tag führt, erinnern kann.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, dass Sie nicht die zuständige Stelle waren. – An wen haben Sie diese Anfragen weitergeleitet? Wen haben Sie da gemeint, das wäre die richtige Stelle? Wo haben Sie das hingelegt?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich hab ich gesagt: Wir sind nicht die zuständige Stelle, bitte das an die zuständigen Stellen richten! – und der Journalist wusste dann schon, wen ich gemeint habe. Ich gehe davon aus, dass sie es dann bei der Justiz probiert haben. Ich weiß es nicht. Ich habe nur gesagt: Wir sind nicht zuständig, einfach an die zuständige Stelle wenden – und damit war die Sache für mich erledigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben Sie davon erfahren, dass die BIA Ermittlungen in der Frage BAWAG führt?

Mag. Johannes Rauch: Das wusste ich nicht. Ich glaube, ich habe es im Nachhinein erfahren; das kann ich Ihnen aber nicht genau sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie wissen nicht mehr genau, wann Sie das erfahren haben?

Mag. Johannes Rauch: Ich glaube, aus den Medien, aber ich weiß es nicht. Ich wusste zum Zeitpunkt der Ermittlungen nicht, dass die BIA ermittelt, also im Frühjahr 2006.

(*Abg. Mag. Kukacka: Im Auftrag des Herrn Staatsanwaltes Krakow!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zum Ersten zeigt diese Einvernahme, wie dringend wir die uns bis jetzt vorenthaltenen E-Mails aus den Kabinetten dreier Bundesminister für Inneres brauchen. Ich werde daher heute im Laufe des Tages noch

in einer Geschäftsordnungssitzung einen Antrag **auf Ergänzung des Beweisbeschlusses** der Art einbringen, dass wir zu diesen E-Mails kommen.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12 Uhr unterbrochen, um 12.02 Uhr wieder aufgenommen und als solche fortgesetzt, wobei Obmann-Stellvertreter **Parnigoni** den Vorsitz übernimmt.)*

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (fortsetzend): Ich werde also dann in Form eines Antrages anregen, dass wir den Beweisbeschluss dahin gehend ergänzen, dass dem Untersuchungsausschuss sämtliche E-Mails der Kabinette Strasser, Platter und Prokop zur Verfügung gestellt werden, und zwar im Weg einer Volltextsuche nach einer ganzen Reihe von Stichworten wie „BAWAG-Geldflüsse“, „SPÖ“ und vieles andere mehr, damit niemand seitens der ÖVP den Einwand erheben kann, es handle sich um rein private und rein persönliche E-Mails, die für den Ausschuss nicht von Bedeutung sind und möglicherweise Persönlichkeitsrechte verletzen.

Ich möchte jetzt nur noch zum Abschluss kommen mit ein paar ergänzenden Details, um Ihre Stellung 2006 und 2007 zu klären – jetzt einmal hauptsächlich die Sache im Jahre 2007.

Wir wissen aufgrund Ihrer Angaben: Sie waren Anfang September designierter Landesgeschäftsführer der ÖVP Tirol, haben aber zu diesem Zeitpunkt Ihre Bezüge nach wie vor als Stellvertretender Sektionsleiter im Bundesministerium für Inneres erhalten. Sie waren aus der **Sektion Kontrolle**. Dieser Kontroll-Sektion untersteht das Büro für Interne Angelegenheiten. – Jetzt frage ich Sie noch etwas in diesem Zusammenhang, damit einmal klar ist, in welchen Rollen Sie auftreten.

Kurz nachdem Sie diese Kampagne gegen die Van Staa-Kritiker Anfang September, damals waren Sie noch Stellvertretender Sektionsleiter, begonnen haben – und damals haben Sie noch keinen Groschen von der ÖVP an Bezügen erhalten, sondern ausschließlich vom Bundesministerium für Inneres –, ist das Büro für Interne Angelegenheiten eingeschaltet worden, um gegen Kritiker zu ermitteln. Sie waren damals als Stellvertretender Sektionsleiter tätig, und zwar in der Sektion, der das Büro für Interne Angelegenheiten unterstanden ist.

Ich möchte Sie jetzt nicht dazu befragen – denn damit würden wir in ein anderes Beweisthema kommen –, ob Sie mit der Anordnung der BIA-Ermittlungen damals etwas zu tun hatten. Damit kommen wir in einen ganz extrem problematischen Bereich; nein, das fragen wir dann beim Beweisthema **BIA**. Ich möchte mir da nicht den Vorwurf einhandeln, dass wir jetzt zu einem falschen Beweisthema fragen.

Ich frage Sie nur etwas ganz anderes, Herr Mag. Rauch: Das war ja offensichtlich eine Nebentätigkeit, dass Sie als Stellvertretender Sektionsleiter des Innenministeriums geschwind, so zwischendurch, eine Kampagne für die ÖVP Tirol gegen Kritiker des Landeshauptmannes führen. – Haben Sie damals diese Nebentätigkeit im Innenministerium gemeldet?

Mag. Johannes Rauch: Grundsätzlich: Ich kenne keine Kampagne gegen irgendwelche Kritiker des Herrn Landeshauptmannes. Das ist eine Unterstellung, die ich zurückweise! Zweitens kennen Sie das Geschäft genauso gut wie ich. Es waren da halt einige Medienanfragen, die habe ich dann beantwortet.

Drittens war ich, soweit ich mich erinnern kann, zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich auf Urlaub.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Naja, was halt urlaubende Sektionschefs oder ihre Stellvertreter so tun.

Ich stelle nur jetzt zu Ihrer Funktion abschließend fest: Sie waren eine nicht geringe Zeit eine persönliche Leihgabe für das Kabinett der Innenministerin, die von der Niederösterreichischen Versicherungs AG bezahlt worden ist. Das ist eine Versicherungs AG, die im Jahre 1923 vom damaligen niederösterreichischen Landeshauptmann Ökonomierat Josef Reither gegründet wurde und immer eine Einrichtung des Landes Niederösterreich war. – Ich gehe davon aus, dass Landeshauptmann Pröll einen durchaus vergleichbaren Einfluss in der in Frage kommenden Zeit hat.

Das heißt, Sie, Herr Mag. Rauch, waren eine durchaus politisch nachvollziehbare Leihgabe im Einflussbereich der ÖVP Niederösterreich, haben dann später für die ÖVP-Bundespartei einen Wahlkampf geführt. Selbstverständlich waren Sie im Juli 2007 – ich könnte Ihnen die APA-Meldungen jetzt vorhalten; ich habe mir das gerade ausdrucken lassen – offensiv mit OTS-Meldungen die BAWAG und BAWAG/SPÖ betreffend als ein Wahlkampfthema der Österreichischen Volkspartei. Selbstverständlich hat es unter Ihrer Führung der Medienarbeit der ÖVP im Nationalratswahlkampf ÖVP-OTS, hauptsächlich von Lopatka, zum Komplex BAWAG/SPÖ gegeben. – Es ist ja auch politisch verständlich, dass Sie versucht haben, aus der politischen Defensive (Abg. Mag. Kukacka: *Das sind lauter Unterstellungen! Ich weise das wirklich zurück!*) – Pflege-Diskussion Schüssel, illegale Verhältnisse, ... (Mag. Rauch: *Nein, die Pflegedebatte war ...!*)

Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni: Moment! Herr Mag. Rauch, ... (Mag. Rauch: *Hier wird so viel Falsches behauptet!*) Herr Mag. Rauch! (Mag. Rauch: *Die Pflegedebatte war im Juli 2007!*) Das ist ja ungeheuerlich! Herr Mag. Rauch, es ist jetzt Herr Abgeordneter Pilz am Wort, und Sie kommen **dann** dran! Diese Regeln halten wir ein! Auch Sie, Herr Kollege Kukacka! (Abg. Mag. Kukacka: *Ja, aber zum Beweisthema!*) Ja, das geschieht.

Herr Abgeordneter Pilz, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Ganze endet damit, dass Sie, Herr Rauch, als Stellvertretender Sektionsleiter Anfang September 2007 eine Kampagne der Österreichischen Volkspartei Tirol beginnen.

Weil der Vorsitzende darauf hingewiesen hat – und das ist der einzige Grund –, deswegen stelle ich jetzt dazu keine sachlichen Fragen. (Abg. Mag. Kukacka: *Sachliche Fragen haben Sie nie gestellt!*) Das wäre natürlich spannend, zu erfahren, wer damals das BIA beauftragt und wer diese Anzeige fabriziert hat in der Staatsanwaltschaft Innsbruck. – Das gehört selbstverständlich zum Beweisthema 4, „Büro für Interne Angelegenheiten“, und deswegen muss ich jetzt darauf verzichten, dazu Fragen zu stellen. Aber ich bin mir sicher, ich werde noch die Gelegenheit erhalten, Sie auch zu diesem Punkt zu befragen.

Obmannstellvertreter Rudolf Parnigoni: Herr Mag. Rauch, jetzt können Sie antworten.

Mag. Johannes Rauch: Ich glaube, das war ein Statement. Da gibt es nichts zu beantworten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gesagt, in der Privatwirtschaft kann man sich sein Gehalt besser ausverhandeln.

Mit wem von der Niederösterreichischen Landesversicherung haben Sie Ihr Gehalt ausgehandelt? (Abg. Mag. **Kukacka**: *Das steht überhaupt nicht zur Debatte!*)

Mag. Johannes Rauch: Ich kann es Ihnen aber trotzdem beantworten: Es war nicht ausgehandelt. Es ist eine Summe dringestanden, weil es der Vorgänger-Vertrag war. (Abg. Mag. **Kukacka**: *Das sind höchst persönliche Daten, die Sie nicht zu beantworten brauchen!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass die Niederösterreichische Landesversicherung Ihre Kosten zuzüglich 20 Prozent Umsatzsteuer an das Innenministerium verrechnet hat?

Mag. Johannes Rauch: Noch einmal, bitte!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass Ihre Kosten – der Betrag, den Sie gekostet haben – zu 100 Prozent zuzüglich 20 Prozent Umsatzsteuer an das Bundesministerium für Inneres verrechnet wurden? (Abg. **Tamandl**: *Was kann er da jetzt dafür? Worauf wollen Sie hinaus?*)

Mag. Johannes Rauch: Das weiß ich nicht, wie das genau vonstatten ging. Jedenfalls: Ich war von der Niederösterreichischen Versicherung bezahlt, und das wurde dann refundiert. (Abg. Mag. **Kukacka**: *Das hat mit dem Beweisthema nichts zu tun!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zuzüglich 20 Prozent Umsatzsteuer. – Ist Ihnen bekannt, dass der Bund in dieser Frage nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist? (Neuerlicher Zwischenruf der Abg. **Tamandl**.)

Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni: Entschuldigung: Herr Mag. Rauch kann eine Frage beantworten oder auch nicht. (Abg. **Tamandl**: *Was soll er sagen, ...?*) – Dann kann er auch sagen: Okay, sage ich nicht! (Abg. **Krainer**: *Er hat gesagt, er weiß es nicht, und das ist in Ordnung!*)

-Mag. Johannes Rauch: Ich weiß es nicht.

Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni: Gibt es noch eine Frage, Herr Abgeordneter Krainer?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die nächste Frage war, ob Ihnen bekannt ist, dass der Bund nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist und damit diese 20 Prozent Umsatzsteuer Ihren Vertrag zusätzlich verteuert haben. – Das ist einfach eine Frage!

Mag. Johannes Rauch: Ich weiß es nicht.

Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni dankt, da es keine weiteren Fragen an die Auskunftsperson gibt, Herrn Mag. Rauch für sein Erscheinen und **unterbricht** die Sitzung.

12.11

(Die Auskunftsperson Mag. Johannes Rauch verlässt den Sitzungssaal. – Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.11 Uhr unterbrochen und um 12.38 Uhr als solche wieder aufgenommen.)

12.38

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer nimmt – um 12.38 Uhr – **die medienöffentliche Sitzung wieder auf und** ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Philipp Ita** in den Saal zu bitten.

(*Die Auskunftsperson Mag. Philipp Ita wird – begleitet von ihrer Vertrauensperson Dr. Thomas Kralik – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.*)

Der Obmann begrüßt Herrn **Mag. Ita** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt seine Personalien wieder, die von der Auskunftsperson als korrekt bestätigt werden: **Mag. Philipp Heinrich Ita**; geboren 1972; Adresse: 3300 Stift Ardagge; Beruf: Angestellter.

Der Obmann weist Herrn Mag. Ita – der im Untersuchungszeitraum als Kabinettschef öffentlich Bediensteter im Sinne des Verfahrensrechtes war – darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, dass seine damals vorgesetzte Dienstbehörde von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei und keine Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussagen für erforderlich halte.

Der Obmann verweist auf die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe gemäß § 7 der Verfahrensordnung und ersucht die Auskunftsperson, bei einer Frage, bei der sie einen Aussageverweigerungsgrund erkenne, darauf hinzuweisen. Eine generelle Möglichkeit zur Aussageverweigerung bestehe nicht.

Die Frage des Obmannes an die Auskunftsperson, ob diese von ihrem Recht Gebrauch machen wolle, vor Eingang in die Befragung ein generelles Statement abzugeben, wird von dieser **verneint**.

Der Obmann gibt nun auch die Personalien der **Vertrauensperson** wieder, die von dieser als korrekt bestätigt werden:

Dr. Thomas Kralik; geb. 1965; Anschrift: 1010 Wien; Beruf: Rechtsanwalt.

Der Obmann fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Kralik als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, was **nicht** der Fall ist, und er setzt mit der **Belehrung der Vertrauensperson** fort.

Der Obmann erinnert auch Herrn Dr. Kralik an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter – hinsichtlich des Inhaltes der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage auf die Belehrung der Auskunftsperson Bezug nehmend – und weist darauf hin, dass strafrechtliche Folgen zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben könnte.

Der Obmann weist Herrn Dr. Kralik darauf hin, dass seine Aufgabe die **Beratung** der Auskunftsperson sei, er aber nicht das Recht habe, Erklärungen vor dem Ausschuss

abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn er sich nicht daran halte, könne er als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Herr Dr. Kralik könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei. Sollte er der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe er die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, welcher dann, wenn er es für erforderlich halte, ihn, den Obmann, informieren werde.

Man beschäftige sich heute ausschließlich mit dem Inhalt des Beweisbeschlusses 1.1. und 1.2. Fragen nach der Privatsphäre Mag. Itas werde er nicht zulassen. Er ersuche auch, eine laufende Zuflüsterung durch die Vertrauensperson an die Auskunftsperson zu unterlassen. Nach der Mitteilung, dass pro Fraktion je 15 Minuten vorgesehen seien, erteilt der Obmann als erstem Fragesteller Abg. Neubauer das Wort.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Mag. Ita! Grüß Gott! Ich wollte Sie eingangs fragen, damit wir das zeitlich auch ein bisschen zuordnen können: Wann wurden Sie von wem in das Kabinett als Kabinettschef bestellt?

Mag. Philipp Ita (Bundesministerium für Inneres; Kabinett): Entschuldigen Sie! War die Frage, wann ich Kabinettschef geworden oder wann ich ins Kabinett gekommen bin? – Wann ich ins Kabinett gekommen bin? – Vielleicht kurz zu meinem Werdegang im Ministerium: Ich bin am 1. März 2001 ins Bundesministerium für Inneres gekommen. Ich war damals Mitarbeiter des damaligen Sektionschefs der Sektion III, Szymanski. Da ging es hauptsächlich um Rechts- und Fremdenwesen. Ich bin dort bis etwa Februar 2002 gewesen, von dort dann dem Kabinett des Bundesministers Strasser zugeteilt worden, bis zu meinem Ausscheiden im Februar, Anfang März 2007 dort geblieben und im Laufe dieser Zeit Kabinettschef-Stellvertreter gewesen und dann Kabinettschef.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist in Ihre Zuständigkeit im Kabinett die Causa BAWAG gefallen?

Mag. Philipp Ita: In meine Zuständigkeit ist diese Causa nicht gefallen. Wir hatten bei uns im Kabinett eine strikte Arbeitsteilung; die Zuständigkeiten aller Referenten waren genau festgelegt. Die Causa BAWAG lag in der Zuständigkeit der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, und die ist von den Referenten Pils und Treibenreif betreut worden.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Was war dann ihr eigentliches Aufgabengebiet im Kabinett?

Mag. Philipp Ita: Meine Hauptzuständigkeit waren einerseits, im Ressort die Budgetangelegenheiten, auf der anderen Seite der Ministerratsdienst, also die Koordination der Ministerratsangelegenheiten, die Begleitung der Ministerin beim Ministerrat, in eventu später dann auch die Verhandlungen mit anderen Parteien zu gewissen Themenbereichen und – das ist insbesondere im Vorfeld so, also, ich würde sagen, in der letzte Hälfte des Jahres 2005 und dann massiv im ersten Halbjahr 2006 – die EU-Präsidentschaft des Bundesministeriums für Inneres, denn in meinen Zuständigkeitsbereich sind auch sämtliche internationale Angelegenheiten gefallen. Wir haben im Innenministerium einen starken Fokus auf die **internationale Zusammenarbeit** gelegt, und die Präsidentschaft war auch der leider verstorbenen Frau Bundesministerin Prokop ein wichtiges Anliegen. In dieses – möchte ich sagen – Großprojekt haben wir und auch ich persönlich sehr viel Zeit investiert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich wollte Sie fragen, ob Sie Herrn Dr. Haidinger um entsprechende Ladungstermine von einzuvernehmenden Personen in

der Causa BAWAG gebeten haben? (**Mag. Ita: Nein!**) – Haben Sie die Übertragung der Fallführung in der Causa BAWAG an die Bundespolizeidirektion Wien empfohlen?

Mag. Philipp Ita: Ich bin froh darüber, dass ich hier jetzt einmal zu dieser Frage Stellung nehmen kann, denn ich kenne das ja bis jetzt nur aus den Medien und von der Sonderkommission, wo ich einvernommen worden bin. Genau dieser Punkt ist ein Beispiel dafür, dass Herr Dr. Haidinger leider Gottes insofern desinformiert, als er auch gerne Informationen **nicht zur Gänze** wiedergibt.

Man muss sich das so vorstellen: Als wir damals im Ressort waren, hat diese Causa BAWAG, sage ich jetzt einmal, begonnen, ist aufgetaucht. Es war der Ministerin wichtig, dass die Ermittlungsführung auf „ideale Füße“ gestellt wird, das heißt, dass die idealen Ermittlungsvoraussetzungen gegeben sind. Im Zuge dessen hat es **interne Überlegungen** – das möchte ich betonen: **interne** – gegeben, wie man von den Ressourcen und von der Ansiedelung her diese Fallführung optimal bewerkstelligen, wie man die besten Rahmenbedingungen für die Leute, die ermitteln müssen, schaffen kann.

Die Variante eins war, die operative Ermittlungsführung der **BPD Wien** zu übertragen. Warum der BPD Wien? – **Nicht**, wie kolportiert wird, weil ich ein „Naheverhältnis“ zu Mag. Horngacher habe, was ich sowieso dementiere, sondern weil in Wien einerseits die Ressourcen gegeben waren – im Bundeskriminalamt zum damaligen Zeitpunkt nicht – und weil der damalige Polizeipräsident Stiedl ein sehr erfahrener Wirtschaftspolizist war, der ja jahrelang Leiter der Wirtschaftspolizei gewesen ist, wie nachher auch Mag. Horngacher. – Das war die Variante eins.

Entschuldigung, ich möchte noch etwas hinzufügen: Man wusste auch, dass in Wien die Erfahrung für so ein komplexes Thema gegeben ist, nämlich durch die „Konsum“-Pleite, möchte ich jetzt einmal sagen.

Die Variante zwei – und das ist die, die Herr Dr. Haidinger leider Gottes immer wieder verschweigt – war die, dass wir genauso überlegt haben, die Fallführung dem **Landespolizeikommando Burgenland** zu übertragen. Warum Burgenland? – Burgenland deswegen, weil auch dort die personellen Ressourcen und auch dort das Know-how gegeben gewesen wären, weil diese mit dem Themenkomplex **Bank Burgenland** Erfahrungen hatten.

Variante drei, die ja dann schlussendlich auch stattgefunden hat, war die Einrichtung einer **Sonderkommission beim Bundeskriminalamt**. Das ist geschehen.

Ich möchte noch einen Satz hinzufügen, wenn Sie mir gestatten, Herr Abgeordneter: Man hat ja auch gesehen, dass es dann bei dieser Sonderkommission notwendig war, personelle Ressourcen von außen zuzuführen, damit die Ermittlungsführung ideal bewerkstelligt werden kann und die Rahmenbedingungen gegeben sind.

Diese Überlegungen haben intern im Kabinett auch mit Beamten des Hauses stattgefunden und die haben keinerlei Außenwirksamkeit gehabt. Es hat also keine Gespräche mit den Wienern diesbezüglich gegeben. Es hat keine Gespräche gegeben mit den Burgenländern diesbezüglich. – Das war es.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wenn Sie sagen, Sie haben kein Naheverhältnis zu Herrn Horngacher gehabt, wie würden Sie dann Ihr Verhältnis/Ihre Beziehung zu Herrn Horngacher selbst einschätzen?

Mag. Philipp Ita: Sachlich korrekt wie zu den meisten anderen Landespolizeikommandanten. Eines muss man sagen, dass ich insbesondere im ersten Halbjahr 2006 mit Horngacher mehr Kontakt hatte als beispielsweise mit dem Landespolizeikommandanten von Vorarlberg. Das resultiert auch daraus, dass ein Großteil der EU-Präsidentenveranstaltungen in Wien stattgefunden hat.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, Sie würden das einfach als Umgang mit anderen Behörden auf Grund Ihrer Tätigkeit bezeichnen, aber kein Nahe- oder freundschaftliches Verhältnis?

Mag. Philipp Ita: Freundschaftliches in keinem Fall; ein sachlich korrektes.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie, als Sie davon gehört haben – und das ist ja auch auf mediales Echo gestoßen –, den Versuch unternommen, bei Ihnen im Kabinett die Causa BAWAG hinsichtlich der Lücken zu untersuchen, die ja offenkundig waren, da immer wieder Mitteilungen an die Presse gelangten, die dann in der Folge eigentlich die Ermittlungen behinderten?

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, wie einleitend gesagt, habe ich mich inhaltlich mit dem Komplex BAWAG **nicht** befasst. Es ist richtig, dass Informationen immer wieder in Pressemitteilungen aufgetaucht sind. Allerdings muss man dazu sagen, dass diese Informationen ja nicht nur im Bereich des Innenministeriums vorhanden waren, sondern es waren ja meines Wissens auch andere Behörden und Stellen in diesem BAWAG-Komplex involviert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, Sie haben, obwohl Sie davon Kenntnis hatten, als Kabinettchef nicht die Verpflichtung verspürt, in dieser Angelegenheit intern tätig zu werden, um herauszubekommen, wer in eventu die entsprechenden Informationen an die Medien weitergegeben haben könnte.

Mag. Philipp Ita: Diesbezüglich möchte ich sagen, dass das bei Auftauchen von Verdachtsmomenten von den zuständigen Behörden selbst wahrzunehmen ist. – Ob es einen diesbezüglichen Auftrag, zu ermitteln gegeben hat, das weiß ich heute nicht mehr.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sie haben auf jeden Fall im Kabinett keinen erteilt?

Mag. Philipp Ita: Ich habe keinen erteilt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie die Wochenberichte der SOKO jeweils erhalten?

Mag. Philipp Ita: Ich habe die Berichte der Sonderkommission erhalten, und zwar meistens – zumindest soweit ich mich erinnern kann – vom Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, der sie meistens kommentarlos weitergeleitet hat. Eine meiner Aufgaben im Kabinett war es ja auch, die verschiedenen Akten oder Themen den zuständigen Referenten zuzuteilen. Das habe ich mit den Wochenberichten auch so gemacht, indem ich sie – ich hoffe, meistens lückenlos – den zuständigen Referenten Pils und Treibenreif weitergeleitet habe.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Abgesehen von Treibenreif und Pils auch noch anderen – oder waren das die Einzigen, die Sie damit bedient haben?

Mag. Philipp Ita: Meiner Erinnerung nach waren das Treibenreif und Pils, weil das die zuständigen Referenten dafür waren.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie Herrn Dr. Haidinger irgendwann beauftragt, konkrete Unterlagen zu Daten über Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ an Sie in das Kabinett zu übermitteln?

Mag. Philipp Ita: An so einen Auftrag kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie sich erinnern oder ...?

Mag. Philipp Ita: Nein, mir ist so ein Auftrag nicht bewusst.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie nicht?

Mag. Philipp Ita: Nein. – Wie gesagt: Dadurch, dass ich mich mit der Fallführung BAWAG **nicht** befasst habe, schließe ich auch aus, dass ich diesbezüglich je Aufträge an Herrn Haidinger gegeben habe. Meine Tätigkeit in Bezug auf die BAWAG war in Wahrheit zu dem Zeitpunkt abgeschlossen, als die Sonderkommission installiert wurde.

Wie gesagt, ist da auch die Überschneidung mit meiner Kompetenz – Organisation und Personal – gegeben.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie von Dr. Haidinger oder von einem Kabinettsmitarbeiter Informationen über Geldflüsse von der BAWAG zur SPÖ erhalten?

Mag. Philipp Ita: Wie gesagt, ich weiß nicht. Es mag sein, dass in dem einen oder anderen Wochenbericht etwas erwähnt worden ist, aber ich muss Ihnen sagen – Sie können mir das gerne auch als Schlammerei vorwerfen –: Ich habe oft die Wochenberichte ungelesen an Pils und Treibenreif weitergeleitet.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie Kenntnis davon, dass es bei Herrn Weninger zu Hausdurchsuchungen gekommen ist? Und im Kabinett: Haben Sie da eine Wahrnehmung davon, dass Unterlagen davon im Kabinett vorgelegt wurden?

Mag. Philipp Ita: Nein, habe ich keine.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist Ihnen auch von niemandem davon berichtet worden, dass jemand von der Hausdurchsuchung entsprechende Unterlagen abgegeben hätte?

Mag. Philipp Ita: Also an mich hat niemand Unterlagen abgegeben, und meines Wissens sind auch keine Unterlagen abgegeben worden. Man muss aber auch eines dazusagen: Man muss die „Geographie“ – das ist jetzt übertrieben –, man muss die Anordnung im Ministerbüro im Innenministerium kennen. Mein Büro war von der Generaldirektion her gesehen genau am anderen Ende der Räumlichkeiten. Mir ist so etwas nicht zur Kenntnis gelangt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie mir vielleicht ganz kurz erläutern, wie so ein Ablauf in einem Kabinett stattfindet: Da kommt jemand, eine hochgestellte Persönlichkeit, und der gibt irgendwelche Unterlagen ab.

Wird das irgendwo in einer Einlauf- oder Eingangsstelle registriert? Wird das irgendwo aufgenommen? Hat da irgendjemand eine Stelle installiert, an der man irgendwann in späterer Folge durch irgendjemanden nachvollziehen kann, dass das gekommen ist?

Mag. Philipp Ita: Es gibt im Innenministerium die Einlaufstelle. Briefe beziehungsweise Post ist nicht immer über den Postweg gekommen, sondern wurde zum Teil auch von den Bürgern – von wem auch immer – persönlich abgegeben. Das ist in der **Einlaufstelle** eingelangt und dann im Rahmen der Hauspost ins Büro gekommen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob Unterlagen, die direkt gekommen sind, mit einem Eingangsstempel versehen wurden oder ob das irgendwo protokolliert wurde.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Im Anschluss an die gerade gestellten Fragen möchte ich Sie noch ein bisschen ins Detail gehend fragen. Es wurde gerade der Vorhalt des Herrn Dr. Haidinger angesprochen, dass die Ressortleitung in Ihrer Person darauf gedrängt hat, vorzeitig Akten beziehungsweise Informationen dem ÖVP-Klub zuzuspielen. – Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gerade gesagt, dass Sie sich nicht daran erinnern können.

Was meinen Sie, wie kommt Herr Dr. Haidinger dazu, des Weiteren festzustellen, dass es sich dabei um mindestens zwei telefonische Aufforderungen gehandelt hat und einmal sogar eine Art schreiende Aufforderung dabei gewesen sein soll? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pilz.*)

Obmann Dr. Peter Fichttenbauer: Ich würde um Beantwortung dieser Frage bitten, aber. Wir sind außerhalb des Beweisthemas!

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, man muss unterscheiden. Bei diesen zwei Gesprächen zwischen Haidinger und mir ist es nicht um interne Ermittlungen gegangen. Das lässt sich auf der Zeitleiste, die Herr Dr. Haidinger angegeben hat, sehr schön

darstellen. Es ist dabei nur um das Procedere der Aktenübermittlung an den Untersuchungsausschuss gegangen. Der derzeitige Nationalrat hat sich Ende Oktober konstituiert. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es in der ersten Sitzung war, aber relativ zügig danach sind ja die beiden Untersuchungsausschüsse eingerichtet worden. Das Innenministerium war durch den BAWAG-Komplex betroffen.

Es ist mir auch wichtig, dazu Folgendes zu sagen: Ministerin Prokop war lange Jahre Abgeordnete zum Niederösterreichischen Landtag und hatte ein außerordentlich hohes Verständnis vom und für den Parlamentarismus. Es wäre ausgeschlossen gewesen, das Parlament in irgendeiner Weise zu boykottieren, zu blockieren oder sonst irgend etwas. Ihr klarer Auftrag war: Schaut euch an, was wir tun müssen, um dem Auftrag des Untersuchungsausschusses möglichst schnell oder möglichst korrekt gerecht zu werden! Im Zuge dessen habe ich Herrn Dr. Haidinger angerufen – gerade ihn, weil das Thema BAWAG im Bundeskriminalamt angesiedelt war – und habe ihm den Hinweis gegeben, dass der Untersuchungsausschuss eingerichtet worden ist und dass es mit der Aktenübermittlung relativ zügig gehen könnte. Ich habe ihn auch gebeten, sich über das Procedere kundig zu machen. Wir haben alle nicht gewusst, wie und was bei einem Untersuchungsausschuss zu veranlassen ist. Müssen wir beziehungsweise das Bundeskriminalamt den Akt – den wir ja im Ministerbüro *nie* physisch hatten, von dem wir nur wussten, dass er sehr dick ist – im Original dem Parlament zur Verfügung stellen, muss man eine Kopie für das Ressort machen, muss man für den Ausschuss eine Kopie machen, muss man gleich Kopien für die Klubs machen? – Darauf hat sich mein Telefonat mit Herrn Haidinger beschränkt.

Ich glaube sogar, dass er recht hat, wenn er sagt, dass wir *zweimal* telefoniert haben. Es gab deshalb zwei Telefonate, weil das erste abgebrochen ist. Er war nämlich irgendwo im Ausland. Es ist richtig, dass ich Herrn Dr. Haidinger im Zuge dessen noch einmal zufällig im Ministerbüro – offensichtlich bei einer Pressekonferenz mit der Ministerin – getroffen und ihn gefragt habe, ob er schon darüber in Kenntnis ist, wie das Procedere zu sein hat. – Seine Antwort war wie immer sehr passiv: nein!

Abschließend möchte ich noch Folgendes sagen: Am 14. November – wir sprechen ja über den Zeitraum davor – ist das Aufforderungsschreiben der Parlamentsdirektion via Ministerratsdienst ans BMI gelangt. Ab diesem Zeitpunkt war klar, wie die Akten zu übermitteln sind, sprich: welche Akten und wie.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Magister, wie war Ihr grundsätzliches Verhältnis zu Herrn Dr. Haidinger? – Er spricht ja in diesem Zusammenhang von einer „lautstarken Aufforderung“.

Mag. Philipp Ita: Zu dieser „lautstarken Aufforderung“ möchte ich eines sagen. Es würde mich wundern, wenn ich Herrn Dr. Haidinger im Zuge einer Pressekonferenz anbrüllte – wie er das angibt – und das keinem Journalisten auffällt. Wenn er außerdem der Ansicht ist, dass ich ihm eine Weisung weitergegeben hätte – ich selbst war ja nicht weisungsbefugt –, dann gehe ich doch davon aus, dass er auch die zwei Schritte zur Ministerin gegangen wäre und das bei ihr hinterfragt oder klargestellt hätte.

Das wollte ich noch abschließend zum vorigen Fragenkomplex sagen. Zum Verhältnis mit Dr. Haidinger muss ich anführen, dass ich mit ihm nicht sehr viel Kontakt hatte, schon aufgrund der Zuständigkeiten. Ich war nur immer wieder damit befasst, dass es mit Herrn Dr. Haidinger immer wieder Schwierigkeiten gegeben hat.

Das hat ursprünglich beim Projektauftrag **team 04** begonnen; Sie wissen, da ging es um die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie, deren Projektleiter General Lang war. In weiterer Folge ist es immer wieder zu – ich würde mal sagen – Spannungen zwischen Behördenvertretern und Wachkörpervertretern gekommen. Haidinger als

Jurist war immer auf Linie der Behördenvertreter, Lang als Offizier hat von Haidinger den Ruf angedichtet bekommen, dass er zu sehr „wachkörperlastig“ sei. Aus dieser Situation heraus ist eine Spannung entstanden, die sich natürlich im ganzen Ressort fortgesetzt hat. Von diesen Spannungen – das muss man ganz ehrlich sagen – hat man immer wieder aus dem Bundeskriminalamt gehört, wenn das Mitarbeiter von ihm selbst dokumentiert haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich glaube, gerade weil Sie Kabinettschef waren, passt es ganz gut dazu, wenn Sie uns darüber informieren, wie das Verhältnis zwischen Herrn Dr. Haidinger und Frau Bundesministerin Prokop war.

Mag. Philipp Ita: Jeder, der Frau Bundesministerin Prokop gekannt hat, weiß, dass sie ein sehr offener Mensch war, jemand, der auf Menschen zugegangen ist und immer versucht hat, mit Menschen gut auszukommen. Und das ist ihr auch gelungen. Wenn ich zurückdenke, fallen mir nicht viele Leute ein, die es zusammengebracht haben, bei ihr Misstrauen zu erwecken. Einer davon war sicher Dr. Haidinger. Wenn ich da vielleicht nur eine Passage erzählen dürfte:

Ich kann mich erinnern, dass es ein Gespräch zwischen der Ministerin und Herrn Dr. Haidinger gegeben hat, bei dem am Anfang auch ich dabei war. Die Ministerin wollte dann mit Herrn Dr. Haidinger unter vier Augen sprechen und hat mich aus dem Büro geschickt. Haidinger hat dann im Bundeskriminalamt erzählt: Die Prokop hat den Ita rausgehaut. Und während ich beim Gespräch noch dabei war, hat Haidinger versucht, mich ein bisschen anzuschwärzen. Er argumentierte dabei damit, dass er gesehen hätte, wie ich irgendwo Herrn Abgeordneten Pilz getroffen hätte. (*Heiterkeit bei den Grünen.*)

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat das gestimmt?

Mag. Philipp Ita: Nämlich als Sicherheitssprecher damals ... – Wie gesagt, Frau Ministerin Prokop hat im Zuge dessen natürlich ein Misstrauen aufgebaut, und dieses Misstrauen ist sicher bis zum Schluss geblieben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Mag. Ita, laut den uns vorliegenden Protokollen haben Sie auch festgehalten, dass Sie mit der Causa BAWAG **nicht** betraut waren. Das haben Sie in einer ersten Stellungnahme noch einmal dezidiert gesagt. Sie haben sich vorrangig um die EU-Präsidentschaft gekümmert, sich auf diese konzentriert und, wie ich vorhin vernommen habe, bezüglich der Causa BAWAG gerade einmal aus Pressemitteilungen Informationen bezogen. – War das vorhin Ihre Stellungnahme?

Mag. Philipp Ita: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass ich Informationen nur aus Pressemitteilungen bezogen habe, sondern dass sich die Ministerin immer wieder darüber mokiert hat, dass Dinge an die Presse gelangt sind.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Heißt das, dass es auch in Ihrer Funktion als Kabinettschef immer wieder Sitzungen und Gespräche mit der Bundesministerin gegeben hat und dass Sie in diesen Sitzungen und Gesprächen sehr wohl Informationen über die Causa BAWAG erhalten und aufgenommen haben?

Mag. Philipp Ita: Ich kann mich an keine Sitzungen diesbezüglich erinnern und kann Ihnen auch erklären, warum: Wir haben mit der Ministerin eine sehr direkte Kommunikation gehabt. Das ist nicht so, wie es vielleicht in anderen Ressorts ist, dass sämtliche Informationen über den Kabinettschef an den Minister oder an die Ministerin gehen. Bei uns ist das **direkt geschehen**. Es haben immer die zuständigen Referenten die Ministerin **direkt** informiert.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Heißt das, dass Sie nicht, wie üblich, eine Art „Filter“ der Ministerin gewesen sind, sondern sehr viel Information an Ihnen vorbeigegangen ist?

Mag. Philipp Ita: An die Ministerin direkt, ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann möchte ich jetzt zu einem E-Mail kommen, das von Herrn Haidinger an Sie, Herr Mag. Ita, am 7. März 2006 gegangen ist. Ich werde es Ihnen kurz überreichen, damit Sie es sich durchlesen können. (Abg. *Mag. Darmann legt der Auskunftsperson ein Schriftstück vor.*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Kann man das vorlesen, damit es der Ausschuss hört?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das hatte ich geplant, keine Sorge, Herr Obmann! Es geht um ein E-Mail vom 7. März 2006 von Herrn Dr. Haidinger an Herrn Mag. Philipp Ita, und zwar betreffend Terminabsage wegen Erkrankung. Da steht im ersten Satz – ich zitiere –:

Ich habe dir gesagt, ich möchte die Funktion des Stellvertretenden Generaldirektors zurückhaben, und das sehr rasch. – Zitatende. – Das einmal fürs erste.

Ich habe ein paar Fragen zu diesen ersten zwei Sätzen: Herr Dr. Haidinger erwähnt hier: Ich habe dir gesagt ... – Zitatende.

Wann hat es da ein Gespräch gegeben? Hat es da auch andere Personen gegeben, die bei diesem Gespräch dabei waren?

Mag. Philipp Ita: Soweit ich mich erinnern kann – das muss man jetzt vielleicht einleitend festhalten –, betrifft dieses E-Mail **nicht** den BAWAG-Komplex. Bei diesem E-Mail geht es um eine reine Organisationsänderung in der Linienstruktur des BMI.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das kommt in den weiteren Sätzen.

Mag. Philipp Ita: Das kommt in den weiteren Sätzen. Soll ich das E-Mail ganz vorlesen?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich würde bitten, dass das ganze E-Mail durchgängig verlesen wird.

Mag. Philipp Ita: Von: Haidinger Herwig. Am Dienstag, 7. März 2006 um 11.40 Uhr. An: Ita Philipp. Betreff: Termin heute.

Sehr geehrter Herr Kabinettschef! Lieber Philipp! Leider muss ich den Termin heute bei dir absagen. Ich glaube, mich hat die Grippe erwischt. In der Sache: Ich habe dir gesagt, ich möchte die Funktion des Stellvertretenden GD –

Anmerkung: das heißt Generaldirektor –

zurückhaben, und zwar sehr rasch. Was du oder FBM oder Franz Lang mir dazu gesagt haben, war, ehrlich gesagt, unehrlich, manipulativ und hölzern und darüber hinaus unterschiedlichen Inhalts. Warum ich so nachhaltig darauf dränge? Es hat gute Gründe: Rechtswidrigkeiten, Manipulation, Versagen im Management, insbesondere im Bereich II-B-1, möchte ich rasch abstellen und positive Lösungsansätze vorgeben.

Einige Aufträge hatte ich der Generalität dazu schon erteilt, da kam meine Absetzung (ich weiß, ihr nennt das anders!) dazwischen.

Um die Dinge zu Ende zu bringen und von innen zum Besseren zu wenden, brauche ich diese Funktion. Ich bitte dich um eine rasche und verbindliche Antwort (freitags 16 Uhr), ob ich die Funktion des Generaldirektor-Stellvertreters also wiederum innehaben werde oder nicht.

Herwig Haidinger. – Zitatende.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Wo ist der Zusammenhang zu Punkt 1.1. und 1.2. des Beweisbeschlusses? Herr Abgeordneter Darmann, worauf zielt die Frage ab?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Es geht hier um die Rolle des Herrn Haidinger im Zusammenhang mit dem Bundesministerium.

Mag. Philipp Ita: Das war ein weiteres Indiz dafür, wie sich das Verhältnis zwischen Dr. Haidinger und der Ministerin entwickelt hat. Wir haben im Jahre 2005 im Innenministerium eine Geschäftseinteilungsänderung vorgenommen, bei der wir vom System des Sektionsleiter-Stellvertreters abgegangen sind. Das heißt, wir haben die vier Sektionen, die im Innenministerium bestanden hatten, in **Bereiche** geteilt, nämlich jede Sektion in zwei Bereiche, darunter die Abteilungen und darunter die Referate. In der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit war es bis dato so, dass der Generaldirektor selbst zuständiger Sektionschef und dass Dr. Haidinger Stellvertretender Generaldirektor war.

Wir haben auch dort die Bereichsstellvertretung dahin gehend geändert, dass es zwei Bereichsstellvertreter gibt, die meines Wissens beide noch im Amt sind. Einer davon ist Herr Ministerialrat Dr. Widermann, der meines Wissens für die Bereiche Krisen, Katastrophenschutz, Flugpolizei und Fremdenpolizei zuständig ist. Auf der anderen Seite ist Herr General Franz Lang – ich weiß nicht, ob er diese Funktion noch immer innehat – für die restlichen Angelegenheiten der Polizei zuständig.

Durch diese Anpassung und Einführung der Bereichsstellvertretung ist die Funktion des Stellvertretenden Generaldirektors obsolet geworden. Diese hat Dr. Haidinger daher logischerweise auch nicht mehr innehaben können.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, die Zeit ist schon mehr als überzogen! Ich bitte, das für die nächste Fragerunde aufzuheben!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Magister, zu Beginn einmal ganz kurz: Ich weiß nicht, ob Sie sich dessen bewusst sind – ich bin auch nicht Ihre Vertrauensperson –, in welcher Funktion Sie da sind und dass Sie der Wahrheitspflicht unterliegen. Ich sage das deshalb, weil Sie heute hier – insbesondere als Kabinettschef – Darstellungen gebracht haben, die in einer derartigen Art und Weise wirklichkeitsfremd sind, dass ich Sie der Fairness halber noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam machen möchte, dass Sie hier unter **Wahrheitspflicht** stehen. (Abg. Mag. Kukacka: *Das ist am Anfang schon gesagt worden!*) – Herr Kukacka, ich wollte es an sich nicht fragen, weil es heute nicht ...

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte, Zwischenbemerkungen zu unterlassen!

(Abg. Dr. Jarolim: *Ich weiß auch nicht, ob es sehr hilfreich ist, wenn Herr Kukacka hilft! – Unruhe im Saal. – Obmann Dr. Fichtenbauer gibt das Glockenzeichen.*) Die Belehrung ist erteilt worden – und es ist nicht erforderlich, die Belehrung sozusagen zur Abschreckung noch einmal durchzuführen.

Bitte keine Debatten, sondern die Frage nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es gehört natürlich nicht unmittelbar zum Tagesordnungspunkt, aber es ist gefragt worden und es hat natürlich etwas damit zu tun, wie das grundsätzliche Verständnis im Kabinett war, was Haidinger und andere Mitarbeiter betrifft.

Sie haben also gesagt, dass es ein Gespräch mit Haidinger gegeben hat. Das ist allerdings nicht so verlaufen, wie Sie das gesagt haben. Darf ich Ihnen kurz noch einmal das Protokoll dazu vorlesen: Es ging um die Frage, ob Sie Weisung erteilt, mitgeteilt, ersucht haben, oder wie auch immer das gewesen ist, das ist nicht die Frage an Sie.

Es ging darum, dass die BAWAG-Akten vorweg dem ÖVP-Kub übermittelt werden sollten. Dazu sagt Haidinger nach längerer Befragung – ich zitiere –:

Ich sagte ihm, das kommt für mich nicht in Frage – unter „ihm“ sind Sie gemeint, Herr Ita –,

ich habe keine Rechtsgrundlage dafür. Daraufhin wurde Mag. Ita sichtlich wütend, bekam einen roten Kopf und schrie mich an. Ich ließ ihn einfach stehen und ging. Ich vermute, Mag. Ita stand diesbezüglich selbst unter Druck. – Zitatende.

Jetzt kann man sagen, Haidinger hat sich das alles einfallen lassen, das ist ein Wunschdenken von ihm. Wir haben uns daher das letzte Mal relativ intensiv damit auseinandergesetzt und auch Herrn Salomon gefragt, ob er damit etwas anfangen kann. Er hat uns dargestellt, dass er sich noch ganz genau erinnern kann, wie Haidinger nach diesem Gespräch erschüttert zu ihm gekommen ist und ihm von diesem merkwürdigen Vorkommnis berichtet hat. Er hat auch darauf hingewiesen, dass er dem nicht stattgeben wird.

Ich sage Ihnen das **deshalb** noch einmal, weil wir hier im Akt bereits mehrfache Aussagen haben, die ein ganz anderes – und aus meiner Sicht realistischeres – Bild darstellen, als das Bild, das Sie uns heute darlegen. Es steht darin im Übrigen auch nichts von einer Pressekonferenz, bei der Herr Haidinger zur Ministerin hätte gehen können.

Ich frage Sie noch einmal: Hat es in der Zeit Ihrer Tätigkeit kein Gespräch, Ersuchen oder keinen Hinweis gegeben, bei dem Sie gesagt haben, dass Sie möchten, dass die BAWAG-Akten zunächst dem ÖVP-Klub übermittelt werden? Wie, glauben Sie, dass sich sowohl Haidinger als auch Salomon hier im Ausschuss über ausdrückliche Befragung zu dieser Darlegung durchringen oder uns das eben erzählen?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, aber die Vertrauensperson der Auskunftsperson meint, dass der Vorhalt der Aussage Salomons nicht richtig sei. Ich möchte Sie bitten, Herr Kollege Jarolim, die Aussage Salomons, auf die Sie sich beziehen, wörtlich zu verlesen. (*Abg. Dr. Jarolim: Ich schlage vor, dass ich diesen Vorhalt in der nächsten Runde zitiere! – Abg. Mag. Kukacka: Das hat Salomon nicht gesagt! Verlesen bitte!*) – Heißt das, die Frage ist jetzt zurückgezogen?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Frage ist nicht zurückgezogen, sondern die Frage steht ohne Bezugnahme auf Salomon – diese reiche ich nach – im Raum. Wie stehen Sie dazu? (*Abg. Mag. Kukacka: Sie haben die Unwahrheit gesagt!* – **Obmann Dr. Fichtenbauer:** Ich bitte, nicht zu stören! Die Frage ist auch ohne den wörtlichen Vorhalt Salomons klargestellt, und ich bitte um Beantwortung!)

Mag. Philipp Ita: Ich wiederhole noch einmal, was ich vorhin gesagt habe: Ich habe mich mit Herrn Dr. Haidinger ausschließlich über das **Procedere der Aktenübermittlung** unterhalten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie war der Inhalt? Was sollte passieren? Was ist das Procedere einer Aktenübermittlung?

Mag. Philipp Ita: Noch einmal: Wir alle, die wir damals im Ministerbüro waren, waren nie mit einem Untersuchungsausschuss konfrontiert. Ich habe ihm gesagt – und das habe ich im Auftrag der Ministerin gemacht –, er möge sich bitte kundig machen, wie das Procedere der Aktenübermittlung stattzufinden hat. Die Ministerin wollte selbstverständlich, dass das BMI mit dem Ausschuss engstens kooperiert, und im Zuge dessen habe ich diesen Auftrag an Herrn Dr. Haidinger weitergegeben. Das war das erste Telefonat, in dem ich ihn gebeten habe, dass er sich erkundigen soll, wie das funktioniert.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben ihm nur gesagt, er soll sich erkundigen, und damit war das Gespräch vorbei?

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, was soll eigentlich der Sinn sein dieser Aktenübermittlung? Was wäre der Sinn?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Glauben Sie, dass es überhaupt notwendig war, dass Sie zu ihm gehen und ihm sagen, er soll sich erkundigen, wie das übermittelt wird? Was war denn überhaupt der Anlass des Gesprächs?

Mag. Philipp Ita: Nein, das war das Telefonat, das erste Telefonat. Ich bin nicht hingegangen zu ihm, sondern: Die Einsetzung der Untersuchungsausschüsse ist beschlossen worden, die Ministerin wollte, dass wir unsere „Hausaufgaben“ – sage ich jetzt einmal – erfüllen, aber es wusste niemand, wie vorzugehen ist, was zu übermitteln ist, wie das zu übermitteln ist und an wen. Ich habe Haidinger aufgefordert, sich kundig zu machen, wie das Übermittlungsprocedere stattfinden soll.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie ihn angerufen – oder hat er sie angerufen? (*Mag. Ita: Ich ihn!*) – Und was haben Sie ihm mitgeteilt?

Mag. Philipp Ita: Ich habe ihm genau das, was ich jetzt inhaltlich wiedergegeben habe, mitgeteilt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, dass es zwischen den einzelnen Ministerien in Vorbereitung dieser Ausschüsse eine Arbeitsgruppe gegeben hat, die sich getroffen hat, um diese Fragen zu klären?

Mag. Philipp Ita: Ich kann mich erinnern, dass das – ich weiß jetzt nicht, im Rahmen welcher Sitzung das war – einmal thematisiert worden ist, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, wann dieser erste Termin war? (*Mag. Ita: Nein!*) – Vor Ihrem Telefonat?

Mag. Philipp Ita: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das kann ich Ihnen beantworten: Das war vor Ihrem Telefonat! Und das ist etwas eigenartig. Da gibt es die erste Sitzung, die die Vorgehensweise abklärt, wer was übermittelt, wer was nicht übermittelt – das war Gegenstand dieser Besprechung –, und Sie rufen **danach** Herrn Haidinger an und sagen ihm, er soll sich erkundigen, wie der Ablauf ist, und er sagt Ihnen, er habe keine Ahnung, er werde sich erkundigen?

Mag. Philipp Ita: Ich weiß nicht, wann diese Sitzung war, und ich habe Herrn Dr. Haidinger gesagt, er soll sich erkundigen. Er hat nicht gesagt – das möchte ich jetzt schon zurückweisen – ... – Was heißt: welche Akten übermittelt werden?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gegenstand dieser Besprechung war, welche Akten übermittelt und welche Akten nicht übermittelt werden. Wer was übermittelt und wer was nicht übermittelt, das war Gegenstand dieser Besprechung. Sie waren ja nicht dabei.

Mag. Philipp Ita: Also meines Wissens hat das Innenministerium sämtliche Akten, und zwar pünktlich, übermittelt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Auf „www.parlament.gv.at“ können Sie zum Beispiel die Aussage von Herrn Haidinger dazu und auch von anderen nachlesen. Das war Gegenstand der Besprechung. (*Mag. Ita: Gegenstand welcher Besprechung? Ich hätte mit dem Haidinger eine Sitzung ...?*) Der interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich vor Ihrem ersten Gespräch getroffen hat, vor Ihrem Telefonat.

Mag. Philipp Ita: Noch einmal: Es hat sicher eine Sitzung gegeben. Ich weiß nicht mehr, wann die war, und, ehrlich gesagt, ich weiß nicht einmal, ob ich selbst bei dieser Sitzung dabei war, aber es mag sein, dass es so eine Sitzung gegeben hat. Ob die vor oder nach meinem Telefonat war, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie wissen nicht, ob eine Sitzung stattgefunden hat, ob Sie selbst dabei waren, wann diese Sitzung war, ob vor oder nach dem Telefonat. – Jetzt erzählen Sie uns bitte, was Sie wirklich wissen, nicht das, was Sie **nicht wissen!**

Es hat eine Sitzung stattgefunden, und Sie wissen nicht, ob Sie dabei waren. – Wissen Sie jetzt, ob Sie dabei waren, oder nicht?

Mag. Philipp Ita: Sie sprechen eine Sitzung zwischen welchen Ressorts an?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie bei der Sitzung dabei waren, sagen Sie mir doch, wer dort war?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich würde doch bitten, die Fragen in Ruhe zu stellen, und sie auch in Ruhe zu beantworten!

Welche Sitzungen hat es gegeben, bei denen Sie dabei waren, und welche Sitzungen hat es gegeben, von denen Sie wissen und nicht dabei waren?

Mag. Philipp Ita: Es hat wöchentlich Sitzungen der Ressorts gegeben, nämlich die sogenannte Bürorunde, wo der Ministerrat besprochen worden ist, et cetera. (Abg.

Parnigoni: War der Herr Rauch auch mit dabei?) Nie. Bei den Büroleitern war Herr Rauch nicht dabei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, es gab eine wöchentliche Runde der Büroleiter?

Mag. Philipp Ita: Ja, aber das war über die gesamte Legislaturperiode, bei denen der Ministerrat vorbesprochen worden ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da war der Untersuchungsausschuss ein Thema?

Mag. Philipp Ita: Da war der Untersuchungsausschuss sicher irgendwann einmal ein Thema, aber ob konkret die Aktenübermittlung an den Untersuchungsausschuss ein Thema war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Daran können Sie sich jetzt nicht erinnern?

Mag. Philipp Ita: Daran kann ich mich natürlich nicht erinnern, denn ich habe ja auch meine Unterlagen nicht mehr, aber was dazu zu sagen ist: Ob mein Telefonat mit Herrn Dr. Haidinger vor oder nach einer Büroleitersitzung war, das weiß ich wirklich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woran können Sie sich erinnern? Was wurde bei der Büroleiterrunde in Bezug auf den Untersuchungsausschuss besprochen?

Mag. Philipp Ita: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Dass die Untersuchungsausschüsse an sich ein Thema waren, ist klar – es waren ja mehrere Ressorts betroffen –, aber ich kann Ihnen den Inhalt heute nicht mehr wiedergeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Auch nicht einmal aus Ihrer Erinnerung zum Teil? Nur dass es Thema war, sonst nichts?

Mag. Philipp Ita: Nein, kann ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben dann Herrn Dr. Haidinger angerufen und ihm gesagt, er soll sich doch schlau machen, wie das funktioniert, sind das nächste Mal wahrscheinlich wieder in diese wöchentliche Büroleiterrunde gegangen und konnten noch immer nicht sagen, wie das vonstatten geht.

Haben Sie bei dieser Büroleiterrunde einen Auftrag bekommen, dass Sie sich erkundigen sollen, wie das läuft?

Mag. Philipp Ita: Ich habe meine Aufträge von der Ministerin bezogen, und die Ministerin hat mir den Auftrag gegeben, den Auftrag auch an Herrn Dr. Haidinger weiterzugeben, sich kundig zu machen, wie die Aktenübermittlung vonstatten gehen soll.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war für die Ministerin wichtig, dass sie das weiß, wie das geht?

Mag. Philipp Ita: Der Ministerin – ich wiederhole es jetzt noch einmal – war wichtig, dass das Innenministerium mit dem Ausschuss engstens kooperiert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also haben Sie den Auftrag gegeben, engstens zu kooperieren?

Mag. Philipp Ita: Nein! Und – jetzt habe ich das, glaube ich, schon einige Male gesagt – sich zu erkundigen, wie das Procedere zu laufen hat, wie es laufen soll. (Abg. *Krainer: Weil das wichtig war für sie?*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, aber das ist schon mehrfach beantwortet worden. – Bitte eine abschließende Frage!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich versuche ja nur, zu verstehen, und ich glaube, ich merke mir nicht so wenig.

Mag. Philipp Ita: Ich sage das selbstverständlich gerne noch einmal: Procedere, was heißt das? – Soll das Innenministerium die Originalakten übermitteln? Hat das Innenministerium Kopien zu übermitteln? Hat das Innenministerium, wenn den Originalakt zu übermitteln, eine Kopie für das Ressort anzufertigen? – Es ist also um rein ablauftechnische Fragen gegangen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und das, diese Antworten, wollten Sie von Herrn Haidinger wissen?

Mag. Philipp Ita: Das ist der Auftrag, den ... (Abg. *Krainer: Also die Ministerin wollte das wissen!*) Nein, Herr Abgeordneter Krainer, entschuldigen Sie: Wer muss in Wahrheit wissen, wie die Akten übermittelt werden? Das muss in Wahrheit die Ministerin wissen und Herr Haidinger als Zuständiger. Und das war der Hinweis, den ich ihm gegeben habe, er möge sich bitte erkundigen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und die Ministerin wollte wissen – ich versuche ja nur den Ablauf herauszufinden –, vollkommen zu Recht, weil schon lange kein Untersuchungsausschuss war: Wie läuft das, Originalakt, Kopie, und so weiter? Haben Sie dann der Ministerin berichtet, wie das vonstatten geht?

Mag. Philipp Ita: Ich habe mit Herrn Dr. Haidinger diesbezüglich telefoniert; ich habe ihn, er war irgendwo im Ausland, am Handy erreicht. Dieses Telefonat ist unterbrochen worden, wir haben es fortgesetzt. Ich habe Herrn Dr. Haidinger im Laufe der nächsten Tage per Zufall im Ministerbüro getroffen – am Rande einer Pressekonferenz mit der Ministerin oder vor der Pressekonferenz, wie auch immer; das kann ich jetzt nicht mehr nachvollziehen –, und ich habe nachgefragt, ob er diese Informationen jetzt bereits hat, ob er weiß, wie es geht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Haidinger hat gesagt, nein.

Mag. Philipp Ita: Er hat gesagt, nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Sie haben gesagt: Ist okay!?

Mag. Philipp Ita: Nein, das ist das, wo Herr Dr. Haidinger meint ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mich interessiert nicht, was Herr Haidinger sagt, sondern mich interessiert, was *Sie* sagen.

Mag. Philipp Ita: Ich habe Herrn Dr. Haidinger gefragt, ob er sich bereits kundig gemacht hat. Er hat gesagt, nein. Ab dem Zeitpunkt hatte ich mit Herrn Dr. Haidinger darüber auch keine Kommunikation aus irgendeinem Grund mehr. Warum? – Weil am 14. November via Ministerratsdienst von der Parlamentsdirektion ein Schreiben mit der gesamten Anforderung gekommen ist. Dieser Auftrag ist dann vom Ministerratsdienst – Mag. Eller war der zuständige Mitarbeiter dort – an den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit weitergeleitet worden, weil das Bundeskriminalamt in seiner Zuständigkeit liegt. Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit hat diesen Auftrag an Herrn Dr. Haidinger weitergeleitet – und damit war die Sache erledigt. Das Nächste, das ich damit zu tun hatte, war, dass ich entweder das Anschreiben oder den Aktenspiegel – was das jetzt genau war, weiß ich nicht mehr; es war ein dünner

Akt, der per Bote gekommen ist, und zwar am 30. November, und das kann ich Ihnen so genau sagen, weil ich das recherchiert habe – unterschrieben habe. Damit sind die Akten nachweislich dem Parlament übermittelt worden und an diesem Tag von der Parlamentsdirektion auch so bestätigt worden.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Herr Dr. Haidinger hat ausgesagt, dass eben dieser angebliche Wunsch, Unterlagen an den ÖVP-Klub zu übermitteln, an ihn herangetragen wurde. Er hat das zurückgewiesen, hat er gesagt. – Und jetzt halte ich fest, was er noch gesagt hat, und zwar zwei Mal in seinen Aussagen, einmal bei der Staatsanwaltschaft und einmal bei der BIA, in den Protokollen nachzulesen: Eine Weisung, es zu tun, habe ich nicht bekommen. Das Kriterium einer Anstiftung zu einer strafbaren Handlung war für mich nicht erkennbar und habe ich auch nicht so empfunden. – Zitatende.

Er hat ein zweites Mal gesagt, eine ausdrückliche Weisung sei ihm nicht erteilt worden. Das ist das Faktum, das ist der harte Kern der Sache: Es hat in dieser Frage überhaupt keine Weisung gegeben! Das muss, glaube ich, klar und deutlich festgehalten werden. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Das ist eine wichtige Feststellung, weil in diesem Zusammenhang dargestellt werden muss, dass das Ersuchen, Geldflüsse zwischen der BAWAG und der SPÖ zu erheben, nicht vom ÖVP-Klub gekommen ist, auch nicht vom Innenministerium, auch nicht vom Kabinett, sondern am 2. Juni 2006 vom zuständigen Staatsanwalt Dr. Krakow.

In diesem Zusammenhang stellt sich eben die Frage an Sie ... (Abg. **Krainer:** *Das ist jetzt eine Behauptung, die müssen Sie erst unterlegen!*) Aber bitte, dazu gibt es ja die entsprechenden E-Mails. (Abg. **Krainer:** *Vom 9. Juni!*)

Es tut mir wirklich leid, Herr Kollege, aber ich muss das jetzt leider wirklich noch einmal kurz darstellen – der Herr Kollege hat wirklich ein schlechtes Gedächtnis oder er kennt die Akten nicht –: Am 2. Juni 2006 hat der zuständige Staatsanwalt Krakow an den Leiter der SOKO im BKA, Dr. Salomon, das Ersuchen gerichtet, mögliche Geldflüsse der BAWAG an die SPÖ zu untersuchen. – Also klar, wer das war.

Dr. Salomon hat dies Dr. Haidinger am 3. Juni 2006 in einem Mail mitgeteilt, und Dr. Haidinger hat dann diesen Sachverhalt in einem Mail vom 6. Juni 2006 dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Buxbaum, mitgeteilt, der dann dieses Mail am 6. Juni 2006 an die Ressortleitung weitergeleitet hat.

Das heißt, dieses Mail hat die Ressortleitung sehr viel später erhalten, von wem der Auftrag ergangen ist, ist klar, und wie der Dienstweg gegangen ist, ist auch klar und eindeutig. Dieser Zusammenhang ist klar dargestellt.

Ich möchte fragen: Sehen Sie das auch so, Herr Kabinettschef, dass sich das in dieser Weise so abgespielt hat, oder waren Sie hier eingebunden? (Mag. **Philipp Ita:** *Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, können Sie die Frage bitte noch einmal wiederholen!*)

Ich frage Sie, ob Sie diesen Ablauf, den ich hier so dargestellt habe, auch so bestätigen.

Mag. Philipp Ita: Den kann ich bestätigen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Ich möchte weiters festhalten: Wenn Herr Dr. Haidinger behauptet, dass dieses Ersuchen an ihn ergangen wäre, diese Information aus den BAWAG-Ermittlungen an die Öffentlichkeit weiterzuleiten, dann hätte er ja diese Aussage vor dem BAWAG-Untersuchungsausschuss am 14.3.2007 tun sollen. Dort ist er genau zu diesem Sachverhalt, wie die Übermittlung der BAWAG-Akten an das Ministerium gelaufen ist, penibel befragt worden. Er hat damals zu keinem Zeitpunkt und in keiner Minute erwähnt, dass es ein Ansuchen seitens der ÖVP

oder der Kabinettsführung gegeben hätte, genau diese Akten, von denen dort die Rede war, vorher an den ÖVP-Klub weiterzuleiten. Er hat dazu überhaupt nichts gesagt. Das heißt also: Hätte es diesen Vorfall wirklich gegeben, hätte er die Verpflichtung gehabt, im BAWAG-Untersuchungsausschuss genau auf diesen Punkt hinzuweisen – was er nicht getan hat!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege Kukacka, da Mag. Ita nicht „Subjekt“ im BAWAG-Untersuchungsausschuss war, kann er auch diesbezüglich keine Fragen beantworten. Seien Sie so freundlich und stellen Sie eine Frage an ihn!

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Mir geht es darum, dass der Sachverhalt, dass Herr Kabinettschef Ita, der mit diesen Fragen befasst war, dem die Vorwürfe in diesem Zusammenhang gemacht wurden, dass er rechtswidrig gehandelt hat, hier noch einmal klar und deutlich festgestellt wird.

Herr Kabinettschef, wissen Sie beziehungsweise können Sie bestätigen, was der Herr Generaldirektor für öffentliche Sicherheit bei seiner Einvernahme am 2.4.2008 gesagt hat: dass er beziehungsweise sein Stellvertreter die entsprechenden Banken-Untersuchungsausschuss-Anforderungen um Aktenvorlage dem BKA zur Erledigung zugewiesen hat und dass die Aktenvorlage auch durch das BKA vorgenommen wurde?

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, diesbezüglich möchte ich ausführen, dass diese Aussagen des Herrn Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit völlig korrekt sind und dieses Schreiben, auf das ich mich bezogen habe, ich glaube, vom 30. November 2006 ist, mit dem die Akten dann übermittelt worden sind. Das ist übrigens das einzige Mal, dass das Ministerbüro über Aktenübermittlung informiert worden ist. Es sind dann noch nachträgliche Anforderungen gekommen, und das ist vom Bundeskriminalamt meines Wissens direkt an die Parlamentsdirektion übermittelt worden.

Eines noch: Eine andere Übermittlung würde, wie gesagt, auch keinen Sinn ergeben.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Der Herr Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Buxbaum hat in seiner Einvernahme auch gesagt: Nach meinen Informationen – ich zitiere wortwörtlich – wurden auch General Lang, wenn er Schreiben an die Parlamentsdirektion unterschrieben hat oder vom Kabinettschef Ita, wenn ihm über die Aktenübersendung berichtet wurde, diese Akten nicht zur Einsichtnahme vorgelegt. Nach meinen Informationen sind die Akten dann direkt weiterbefördert worden. – Zitatende. Können Sie das in dieser Form bestätigen?

Mag. Philipp Ita: Ja, ich kann das natürlich bestätigen – und auch erklären. Die eigentlichen Akten, die dem Parlament übermittelt worden sind, sind immer im Bundeskriminalamt gewesen. Das, was lediglich das BMI, also die Herrengasse durchlaufen hat, und zwar per Botenstück meiner Erinnerung nach, war das Anschreiben an die Parlamentsdirektion beziehungsweise der Aktenspiegel, der primär von Dr. Haidinger unterzeichnet war, vor Abfertigung oder Hinterlegung von Herrn General Lang als Stellvertreter des Generaldirektors und von mir im Kabinett. Am 30. November.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Ita, Sie haben bei Ihrer polizeilichen Einvernahme vom 19. März dieses Jahres erklärt, Sie hätten ein E-Mail über diese Linie Salomon–Haidinger–Buxbaum im Zusammenhang mit BAWAG/Geldflüsse SPÖ erhalten, und Sie nehmen Bezug auf das E-Mail vom 3.6.2006 – ich erspare mir jetzt die genaue Verlesung Ihrer Aussage –: War das das einzige E-Mail, das Sie auf diesem Wege erhalten haben?

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, ich habe, wie vorhin schon ausgeführt, die Wochenberichte bekommen, die ich den zuständigen Referenten zugeteilt und damit weitergeleitet habe, und ich habe auch dieses E-Mail bekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was heißt: auch?

Mag. Philipp Ita: So wie die Wochenberichte auch dieses E-Mail.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie sonst weitere E-Mails bekommen, die speziell auf Geldflüsse SPÖ und die Recherchen der SOKO BAWAG in diesem Komplex Bezug genommen haben?

Mag. Philipp Ita: Es kann sein, dass das in einigen Wochenberichten ein Thema war, das weiß ich heute nicht mehr. Ob ich spezielle E-Mails dazu bekommen habe, das kann ich heute nicht mehr beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Vor der Polizei haben Sie das eigentlich ausgeschlossen.

Mag. Philipp Ita: Na ja, ausgeschlossen – ich habe aus diesem einen E-Mail zitiert. Ich habe nicht gesagt, dieses *eine* E-Mail, sondern ich habe gesagt, ich habe ein E-Mail, wo meines Wissens Dr. Salomon dokumentiert hat, dass es eine staatsanwaltschaftliche Anfrage gibt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dieses E-Mail bezieht sich auf diese Berichterstattung von Dr. Salomon, auf diesen Bericht wird Bezug genommen, dieses E-Mail geht von Haidinger an Buxbaum, Anlagen BAWAG-Anfrage Staatsanwaltschaft, Geldflüsse an SPÖ.doc, und Buxbaum vermerkt handschriftlich: 1. Ita – abgehakt, also offensichtlich erledigt –, 2. Ablage Buxbaum 6.6.06.

Darauf haben Sie in Ihrer polizeilichen Befragung Bezug genommen. Das ist laut E-Mail-Protokoll um 10.30 Uhr an Sie übermittelt worden.

Dann geht es weiter. Dann nimmt sich Oberstleutnant Folger dieses ganzen Komplexes an und wird praktisch zum Spezial-Ermittler der SOKO BAWAG; sein Thema war: Geldflüsse SPÖ.

Ist Ihnen das bekannt, dass Oberstleutnant Folger dann speziell zuständig war, dieses Kapitel zu untersuchen?

Mag. Philipp Ita: Nein, das weiß ich nicht, weil ich nicht weiß, wie innerhalb der SOKO die Aufgabenzuteilung war. Ich kenne Oberstleutnant Folger nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Oberstleutnant Folger schickt das an Salomon, und das geht dann weiter auch von Haidinger an den „sehr geehrten Herrn Generaldirektor zur gefälligen Information“. Wieder: 1. Ita – abgehakt –, 2. Ablage Buxbaum 12.6.2006.

Ist Ihnen das bekannt? Das ist bereits das zweite Mail im Zusammenhang Geldflüsse BAWAG-SPÖ.

Mag. Philipp Ita: Dieses E-Mail ist mir deswegen bekannt, weil ich nachgeschaut habe, aufgrund der Informationen auf Ihrem Blog. Dieses E-Mail habe ich bekommen, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da steht:

Hatte gestern kurzen telefonischen Kontakt mit Mag. Krakow bezüglich Fragenprogramm Aufsichtsräte, habe dabei meinen Wissensstand bezüglich Anfrage der StA wegen SPÖ/Geldflüsse mitgeteilt; siehe Aktenvermerk, und so weiter.

Warum haben Sie bei Ihrer Vernehmung die Polizei nicht über den Erhalt dieser weiteren Information über SPÖ/Geldflüsse/BAWAG informiert?

Mag. Philipp Ita: Das war nicht die Frage bei meiner Vernehmung. Ich bin die Geldflüsse betreffend befragt worden, und da habe ich dieses eine E-Mail, das ich in meiner Vorbereitung auf die Einvernahme gefunden habe, der SOKO Marent vorgelegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hier haben wir das zweite E-Mail, das Sie bereits wenige Tage später über den neuesten Ermittlungsstand erhalten haben. Dann wird Haidinger selbst aktiv und beginnt, sich ohne Information des zuständigen Staatsanwaltes einzumischen, schickt ein E-Mail an Oberstleutnant Folger, der all diese Ermittlungen in der SOKO führt, und sagt: Schauen Sie sich bitte schön an, ob da nicht der Tatbestand der Untreue erfüllt ist, und recherchieren Sie in diese Richtung!

Ist Ihnen dieser Auftrag von Haidinger an Folger bekannt?

Mag. Philipp Ita: Mir ist dieser Auftrag deswegen bekannt, weil ich jetzt im Zuge meiner E-Mail-Recherche – ich habe ja meine E-Mails rechtmäßig – dieses E-Mail gefunden habe. Aber, wie gesagt, ich würde bitten, dass man über die Punkte, die die Ermittlungsführung und die Zuständigkeit betreffen, Pils und Treibenreif befragt, weil ich inhaltlich dazu keine Auskünfte geben kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum haben Sie auch über diese dritte gezielte Information, Geldflüsse SPÖ durch Haidinger über Buxbaum an Sie, die Polizei nicht informiert?

Mag. Philipp Ita: Wie gesagt, ich habe das E-Mail, das mir augenscheinlich war, mit diesem Aktenvermerk des Dr. Salomon, der SOKO Marent vorgelegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war nicht meine Frage. Ich habe inzwischen zwei weitere zitiert, die Sie nicht vorgelegt haben. Frage: warum nicht?

Mag. Philipp Ita: Ich habe ja nicht meinen gesamten E-Mail-Verkehr bei der SOKO Marent vorgelegt. Ich habe diese E-Mails wahrscheinlich auch an Pils und Treibenreif Zuständigkeitshalber weitergeleitet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie Zugriff zu diesen E-Mails?

Mag. Philipp Ita: Ich habe heute noch teilweise Zugriff.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum haben Sie dann nur auf eines zugegriffen und nur eines der Polizei übergeben?

Mag. Philipp Ita: Weil ich nicht meine gesamten E-Mails durchgesehen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, dass Sie das mit einem einfachen Suchprogramm herausfinden können?

Mag. Philipp Ita: Welches Stichwort?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zum Beispiel: Geldflüsse, SPÖ, BAWAG.

Mag. Philipp Ita: Das habe ich nicht eingegeben, danach habe ich nicht gesucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie hätten es sehr leicht suchen können; das hätte vielleicht 5 Minuten, 10 Minuten gedauert. Warum haben Sie es nicht gesucht? Sie wollten doch die Polizei, nehme ich an, möglichst umfassend darüber informieren, was damals im Kabinett passiert ist. – Warum haben Sie das nicht gesucht?

Mag. Philipp Ita: Weil mich der Vorwurf nicht betrifft. Ich habe versucht, mich bestmöglich auf meine Einvernahme bei der SOKO Marent vorzubereiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist jetzt meine persönliche Sicht der Dinge: Ich würde sagen, dass eine „bestmögliche Vorbereitung“ eines erfahrenen Kabinettschefs ein bissel anders ausschaut. Diese E-Mails waren zumindest meiner Meinung nach für Sie leicht auffindbar.

Jetzt passiert etwas Eigenartiges: Wir haben da so eine Ermittlungs- und Auftragslinie, Krakow–Salomon–SOKO BAWAG–Folger; das sind die Aufträge, wie für den Staatsanwalt ermittelt wird. Dr. Haidinger hat uns bestätigt, er hat an und für sich damit überhaupt nichts zu tun gehabt und hat sich von außen eingemischt und der SOKO BAWAG gesagt: Jetzt schaut bitte schön nach, weil ich soll das weiter ans Kabinett berichten. Das Kabinett möchte Genauereres wissen, und zwar möglichst schnell, über mögliche Geldflüsse SPÖ.

Das geht dann an den Generaldirektor, und auch auf diesem E-Mail steht drauf, handschriftlich von Buxbaum:

1. Ita.

Sehr geehrter Herr Kabinettschef, lieber Philipp, bitte um Kenntnisnahme. Die unten erwähnte Beilage – Zitat: Anbei Aktenvermerk Geldfluss SPÖ – war nicht angeschlossen. Ich fordere sie auch nicht an. Liebe Grüße Erik, 18.7.03. – Zitatende. Können Sie dem Ausschuss erklären, was damit gemeint ist?

Mag. Philipp Ita: Wie gesagt: Dieses E-Mail dokumentiert die normale Meldeschiene, die übliche, dass die Informationen an mich über den Generaldirektor gekommen sind. Daher interpretiere ich auch den handschriftlichen Vermerk des Dr. Buxbaum so, dass er für seine MitarbeiterInnen aufgeschrieben hat: 1. Ita – das heißt wahrscheinlich weiterleiten an Ita –, 2. Ablage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und er wendet sich jetzt persönlich an Sie. Und wir haben auch dieses E-Mail gefunden. Genau das wird abgeschrieben:

Sehr geehrter Herr Kabinettschef! Lieber Philipp! –

Jetzt wirklich als E-Mail, das an Sie gesandt worden ist –:

Bitte um Kenntnis. Die unten erwähnte Beilage anbei. Aktenvermerk Geldfluss SPÖ war nicht angeschlossen. Ich fordere ... (*Mag. Ita: Darf ich das Datum von diesem E-Mail wissen?*) Das Datum von diesem E-Mail ist 18. Juli 2006. (*Abg. Mag. Kukacka: Das war eine Anfrage der Staatsanwaltschaft!*) Das ist ein ziemlicher Unsinn. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mag. Kukacka.*) – Herr Kollege Kukacka!

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Darf ich doch bitten!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war keine Frage an Kollegen Kukacka, sondern an Herrn Mag. Ita.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: An wen hat sich dieses E-Mail gerichtet, und wer hat es versendet?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das E-Mail war von Buxbaum an Ita.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bei der Gelegenheit bitte ich alle Abgeordneten, Qualifizierungen der Antworten zu unterlassen. Ob sie einem gut zupass oder schlecht zupass sind, ist nicht zu kommentieren. Die Antworten werden so gegeben, wie sie gegeben werden.

Darf ich bitten, das gesamte E-Mail zur Kenntnis zu bringen. (*Abg. Mag. Kukacka: Er sagt es ja nicht!*) Bitte nicht, Herr Kollege Kukacka, seien Sie so freundlich! (*Abg. Mag. Kukacka: Er sagt es ja nicht!*)

Ich bitte, das gesamte E-Mail – von wem an wen – darzubieten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es handelt sich um zwei E-Mails: Das erste von Haidinger an Buxbaum mit dem vorgetragenen Inhalt und mit dem handschriftlichen Vermerk von Buxbaum:

Sehr geehrter Herr Kabinettschef! Lieber Philipp! und so weiter.

Anlage war nicht angeschlossen.

Das zweite – ich habe jetzt beides in Kopie Herrn Mag. Ita zur Verfügung gestellt – ist genau dieses Mail dann weiter von Buxbaum an Ita. Und da findet sich jetzt der handschriftliche Vermerk von Buxbaum als Inhalt des Mails. Das heißt, ich nehme an, im Sekretariat Buxbaum ist das dann abgeschrieben worden und als Mail mit Anlage an den Kabinettschef weitergesendet worden. Das geht auch aus den Sendedaten sehr klar hervor.

Jetzt ist das ja keine Kleinigkeit. Da gibt es einen weiteren Aktenvermerk „Geldflüsse SPÖ“. Das ist jetzt schon, glaube ich, der dritte, den Sie der Polizei **nicht** mitgeteilt haben und der sich in Ihren Unterlagen findet; wir haben das jedenfalls in den Akten so

gefunden. Und da gibt es einen ausführlichen handschriftlichen Vermerk des Generaldirektors – den werden wir ja heute noch dazu befragen können –, dass er diesen Aktenvermerk, also diese neue Information über Geldflüsse SPÖ/BAWAG, nicht öffnen kann, und informiert Sie extra darüber.

Ich möchte Sie fragen: Was haben Sie daraufhin getan? Sie haben das ja offensichtlich bekommen.

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, der Vollständigkeit halber: Buxbaum an Ita ist richtig unter dem Betreff *Anfrage StA*.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist der ursprüngliche Betreff, der sich von Anfang an durch das Ganze durchzieht, weil der Erstbetreff bereits am 3. beziehungsweise 6. Juni Anfrage der StA war. Das wissen Sie.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bitte, die Antwort nicht zu unterbrechen!

Mag. Philipp Ita: Wie gesagt, das ist ein E-Mail-Verkehr – so lese ich das jetzt – zwischen Haidinger, Folger und Salomon ursprünglich und dann von Haidinger an Salomon, Cc: Buxbaum und Zwettler. Und diesen E-Mail-Verkehr leitet der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit an mich weiter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist wunderbar, wenn wir feststellen ...

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Die Frage war, ob von Ihnen dann Veranlassungen getroffen worden sind.

Mag. Philipp Ita: Meine Veranlassungen werden gewesen sein, dass ich das Pilsl und Treibenreif weitergeschickt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dazu kommen wir noch.

Haben Sie das an Pilsl und Treibenreif weitergeschickt? (*Mag. Ita: Ich gehe davon aus, ja!*) Haben Sie das erste, das zweite, das dritte, das vierte Mail an Pilsl und Treibenreif weitergeschickt?

Mag. Philipp Ita: Die Sie jetzt alle zitiert haben? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) Ich gehe davon aus, dass ich alle meine E-Mails im Zusammenhang mit BAWAG an die beiden weitergeleitet habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt erzählen Sie uns einmal technisch: Wie haben Sie die weitergeleitet?

Mag. Philipp Ita: Auf „weiterleiten“ gedrückt, Pilsl, Treibenreif und „senden“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum liegt dem Ausschuss kein einziges dieser weitergeleiteten E-Mails vor?

Mag. Philipp Ita: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich weiß nicht, wie sollten die vorliegen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf Grund unseres Beweisbeschlusses, der ganz eindeutig die E-Mails auch im Kabinett umfasst, können wir Ihnen gerne zur Verfügung stellen, aber Sie sind ja nicht die Person, die das im jetzigen Kabinett heraussuchen muss. Ich stelle nur fest: Herr Mag. Ita erklärt uns, ja, auf Knopfdruck Weiterleitung – also *forward* – an Treibenreif, Pilsl, und in der Akten- und Dokumentenübermittlung des BMI findet sich bei vier solchen Vorgängen keine einzige Spur. Wir haben kein E-Mail von Ihnen an Treibenreif. Wir haben kein E-Mail von Ihnen an Pilsl. Und Sie sagen – und das ist für uns jetzt ein wichtiger Punkt –: Es müsste diese E-Mails geben, weil Sie sie geschickt haben. – Ist das richtig?

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, meines Wissens gab es im Kabinett keinen BAWAG-Akt. Aber relevante Akten oder relevante E-Mails sind in Wahrheit, genauso wie der Wochenbericht, nichts anderes als die periodische Information, was die SOKO tut. Ich glaube nicht, dass das in irgendeinem Ordner oder sonst irgendwo abgelegt ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das befürchte ich auch. – Da meine Zeit um ist, werde ich an diesem Punkt in der nächsten Runde fortsetzen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Mag. Ita, Sie haben zuerst betont, dass es durchaus Sitzungen im Kabinett auch mit der Frau Bundesminister gegeben hat. Meine Frage dazu: Wenn es zur Causa BAWAG Besprechungen gegeben hat, wer hat da in der Regel daran teilgenommen? – Immer dieselben Leuten, die grundsätzlich bei Besprechungen teilnehmen, oder jener Kreis, der speziell auch für die Frage BAWAG eben zuständig war, wie Pils, Treibenreif und so weiter?

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, die Frage beantworte ich wie folgt: Es hat während meiner Zeit als Kabinettschef zwei Jour fixe-Sitzungen, würde ich sagen, gegeben. Eine war jeweils, wo neben mir sämtliche Referenten des Kabinetts anwesend waren. Und da ist es im Prinzip darum gegangen, dass man den Terminkalender der Ministerin für die nächste Woche durchgeht, dass Ministerbegleitungen eingeteilt werden und dass zugeteilt wird, wer welchen Ministertermin wie vorbereitet. Zweiter Jour fixe-Termin, der dann – muss man ehrlich sagen – nicht mehr so regelmäßig stattgefunden hat, war der gleiche Kreis: plus Ministerin. Da ist es eigentlich darum gegangen, dass die Ministerin das Büro zusammengeholt hat und dass über tagespolitisches Geschehen gesprochen wurde, dass ein Informationsaustausch zwischen der Ministerin und den Referenten möglich war.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wie war der übliche Ablauf? Hat es da entsprechende Sitzungsprotokolle gegeben, Aufzeichnungen? Können Sie uns darüber etwas erzählen?

Mag. Philipp Ita: Nie. Da hat es keine Protokolle gegeben, sondern wenn irgendwelche Aufträge von der Ministerin aus dieser Sitzung resultiert haben oder wenn Sie Aufträge gegeben hat, ich persönlich habe es mir immer mit der Hand auf einem Zettel aufgeschrieben zum Merken. Aber es hat weder eine Protokollierung noch sonst irgend etwas dazu gegeben.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Wer hat den Kontakt zur Presse in der Sache BAWAG hergestellt beziehungsweise wer war federführend damit beauftragt, mit der Presse die entsprechenden Fragen zu beantworten?

Mag. Philipp Ita: Meines Wissens hat es in der Causa BAWAG keine Pressearbeit gegeben. Aber jedenfalls – das war das bei uns immer so, und das kann man ja nachvollziehen, indem man auch die APA durchschaut – war es bei uns eine eiserne Regel, dass die zuständigen Referenten nie mit Medienvertretern Kontakt haben, außer in ganz speziellen Fällen, wenn zum Beispiel Generalmajor Treibenreif irgendeine Cobra-spezifische Frage beantworten musste.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, auch Mag. Rauch war als Pressesprecher Ihrer Wahrnehmung nach in die ganze Angelegenheit nicht involviert?

Mag. Philipp Ita: Meiner Wahrnehmung nach nein.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gab es eine entsprechende Presselinie bezüglich des medientechnischen Vorgehens der Ministerin in dieser Frage?

Mag. Philipp Ita: Die Linie der Ministerin war: keine Medienarbeit.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es gibt Vorgaben, wo man sagt, in dieser Frage werden wir uns auf dieses so genannte Wording verstehen und so weiter.

Mag. Philipp Ita: Das mag sein, aber diese Themen oder diese Punkte hat die Frau Minister immer mit ihren Pressesprechern abgestimmt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich wollte Sie fragen, ob Sie mir sagen können, wer die Bestätigung der Vollständigkeit der übermittelten Akten in der BAWAG Causa getätigt hat.

Mag. Philipp Ita: Sie meinen die Vollständigkeit seitens der Parlaments? (Abg. **Neubauer: Ja!**) – Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten, weil ich das Schreiben nicht bei mir habe. Ich weiß allerdings, dass es auf diesem Schreiben einen Eingangsstempel des Parlaments gibt. Wer das seitens des Parlaments war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist es richtig, dass das Kabinett zuständig war für die Personal- beziehungsweise Equipment-Bedarfsfragen?

Mag. Philipp Ita: Das Kabinett hat maximal unterstützt. Ich weiß nicht, inwiefern das passiert ist, technische IT-Sachen. Das hat alles mein Stellvertreter, der heute noch kommt, Mag. Gattringer gemacht. Inwieweit da Verfügungen getroffen worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, es entzieht sich vielleicht auch Ihrer Kenntnis, Sie werden es mir vielleicht sagen, dass im Zuge dieser Fragen auch Daten gelöscht werden mussten, weil die entsprechende Notwendigkeit, Speicher zu bereinigen, einfach von Natur aus gegeben war?

Mag. Philipp Ita: Das habe ich jetzt in einem Ausschussprotokoll gelesen. Ich habe das nicht gewusst.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das haben Sie nicht gewusst; diese Notwendigkeit war Ihnen unbekannt.

Mag. Philipp Ita: Aber, ehrlich gesagt, das muss man schon dazu sagen, das möchte ich nicht so stehen lassen: Die Sonderkommission war im Bundeskriminalamt eingerichtet. Und das ist schon die Aufgabe des Leiters des Bundeskriminalamtes, dass er für die hardwaremäßige Ausstattung seiner Mitarbeiter sorgt.

Es ist doch nicht so, dass alles vom Kabinett passiert. Es gibt immerhin noch – das wird leider immer wieder vergessen – eine gewisse Linienorganisation: einerseits der Leiter des Bundeskriminalamtes und über ihm der zuständige Bereichsleiter und darüber der zuständige Sektionschef in Form des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, bevor es dann zur Ministerin kommt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Vorsitzender, ich **beantrage** eine kurze Unterbrechung der Sitzung zu einer Fraktionsführerbesprechung, da gerade eben Kollege Pilz mit einigen vertraulichen Unterlagen draußen gesehen wurde, als er diese einem Vertreter eines Printmediums zeigte.

Obmann-Stellvertreter Mag. Helmut Kukacka: Ich **unterbreche** die Sitzung zu einer Fraktionsführerbesprechung.

14.03

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 14.04 Uhr **unterbrochen** und um 14.21 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen. – Fortsetzung: 14.21 Uhr; s. Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.)*

14.30

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer leitet – um 14.30 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und erteilt Abg. Neubauer zwecks weiterer Befragung von Mag. Ita das Wort.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sehr geehrter Mag. Ita, vor mir liegt ein Einvernahmeprotokoll der Staatsanwaltschaft, und ich zitiere daraus wie folgt: Im ersten Gespräch mit Haidinger wollte ich ihm mitteilen, dass die Aktenvorlage rasch erforderlich sein könnte und er sich vorbereiten soll. Ich habe ihn aufgefordert, sich zu erkundigen, wie das Procedere für die Aktenvorlage an einen Unterausschuss ist. Ich habe ihm den Tipp gegeben, dass er sich im Zweifel auch Erkundigungen bei Mitarbeitern des ÖVP-Parlamentsklubs einholen soll, weil ich wusste, dass er dorthin Kontakt hat. – Zitatende.

Meine Frage: Zu wem hatte Dr. Haidinger Ihres Wissens im ÖVP-Klub Kontakt?

Mag. Philipp Ita: Zu wem ad personam, das weiß ich nicht. Aber Herr Dr. Haidinger war meines Wissens einmal ÖVP-Gemeinderat in Linz, und ich wusste aus Erzählungen – er hat das immer wieder gesagt –, dass er Kontakte in den Klub hatte. Ich gehe davon aus, zu Mitarbeitern. – Das wären Mutmaßungen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Zu welchen Mitgliedern des Klubs konkret wissen Sie nicht?

Mag. Philipp Ita: Kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sehr geehrter Herr Mag. Ita, ich möchte jetzt fortsetzen mit der E-Mail, mit der wir in der ersten Runde begonnen haben. Noch einmal zur Einleitung: Erinnern Sie sich an das E-Mail des Dr. Haidinger an Mag. Ita wegen der Terminabsage? (*Mag. Ita: Ja!*) – Diese E-Mail beginnt mit den Worten:

Ich habe Dir gesagt, ich möchte die Funktion des Stellvertretenden Generaldirektors zurückhaben, und das sehr rasch. – Zitatende.

Dazu jetzt die Frage: Wann hat das Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Dr. Haidinger vor diesem E-Mail stattgefunden, wenn er sich darauf bezieht, dass er es Ihnen bereits gesagt habe?

Mag. Philipp Ita: Datumsmäßig kann ich Ihnen das nicht mehr beantworten; das weiß ich nicht. Nur: Ich weiß, dass das immer wieder ein Thema war, dass Dr. Haidinger davon ausgegangen ist, dass man ihn *abgesetzt* hat. Deswegen schreibt er ja das auch in diesem E-Mail. Er wollte das partout nicht akzeptieren.

Wir haben ihm immer wieder gesagt, dass es keine Maßnahme gegen ihn, für ihn oder sonst irgendetwas ist, sondern dass es die Funktion des Stellvertretenden Generaldirektors nicht mehr gibt und das daher *keine Absetzung*, sondern eine *Strukturanpassung* ist.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Haben Sie Herrn Dr. Haidinger aufgefordert, Ihnen zusätzlich zu diesem Gespräch noch einmal ein E-Mail zu schreiben, damit Sie dann irgendetwas aufgrund dieses E-Mails bewerkstelligen oder dieses weiterleiten könnten?

Mag. Philipp Ita: Dieses E-Mail enthält ja – wenn man das weiterliest, sieht man das – schwere Anschuldigungen. (*Abg. Mag. Darmann: Auf diese kommen wir noch zu sprechen!*) Insbesondere bezichtigt er den General Lang, mich und vor allem die Frau Bundesministerin der Lüge, also der Unwahrheit – Entschuldigung! –, der

Rechtswidrigkeit und der Manipulation in diesem Zusammenhang. Daran kann ich mich noch genau erinnern. Ich habe dieses E-Mail genommen, weil ich über den Inhalt dieses Mails eigentlich fassungslos war, und habe dieses Mail der Ministerin gezeigt, die erschüttert war. Ich habe ihn daraufhin aufgefordert, das schriftlich darzulegen, denn der Vorwurf der Rechtswidrigkeit, der Manipulation und der Unwahrheit ist ja äußerst schwerwiegend.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben das gerade angesprochen; das ist der nächste Teil dieses E-Mails. Ich zitiere:

Was Du oder Frau Bundesministerin oder Lang Franz mir dazu gesagt haben, war unehrlich, manipulativ und hölzern – und darüber hinaus unterschiedlichen Inhalts. – Zitatende.

Das heißt, die Vorwürfe „unehrlich“, „manipulativ“ und „hölzern“ sind seine subjektive Meinung zu diesen Aussagen gewesen. Aber er wird sicher feststellen haben können, dass es einen unterschiedlichen Inhalt gegeben hat Bezug nehmend auf die Gespräche, dass es in der Zukunft vielleicht doch wieder einen Stellvertretenden Generaldirektor geben würde.

Was haben Sie speziell zu ihm gesagt, dass er eine unterschiedliche Auffassung von den Inhalten der Gespräche gehabt hat?

Mag. Philipp Ita: Ich habe ihm gesagt, es ist keine Absetzung, sondern eine *Strukturangepassung*. Aber er wollte das partout nicht akzeptieren; daher auch dieses E-Mail dann.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wenn es in diesem E-Mail um unterschiedliche Inhalte geht, wissen Sie, welche Informationen Dr. Haidinger von Seiten des Herrn Franz Lang und der Frau Bundesministerin erhalten hat?

Mag. Philipp Ita: Ich gehe vor allem davon aus, dass ihm die Frau Bundesministerin genau das Gleiche gesagt hat wie ich. – Was ihm der General Lang diesbezüglich gesagt hat, weiß ich nicht. Da muss man ihn dann befragen. Ich glaube, er kommt ja auch in den Ausschuss. Ich kann das *nicht* sagen.

Aber Ziel war es in Wahrheit: Wenn Dr. Haidinger denkt, dass es Rechtswidrigkeiten gibt, dann soll er sie aufzeigen und dann soll er diesen auch nachgehen. Und wenn er welche festgestellt hätte – da schreibt er ausdrücklich: „im Bereich II/B/1“; das wäre der Bereich des Generals Lang gewesen –, dann hätte er die Verpflichtung gehabt oder dann wäre es der normale Weg gewesen, dass er zu seinem unmittelbaren Vorgesetzten geht, und das wäre der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit gewesen.

Das, worum es mir bei diesem E-Mail Verkehr und bei meiner Antwort gegangen ist, war, dass Dr. Haidinger – und das war der Punkt, der mich am meisten gestört hat, und auch die Ministerin – in einem E-Mail – und bei ihm war ja bekannt, dass er einen riesengroßen E-Mail-Verteiler hat und das immer im ganzen Haus querschickt – die Ministerin der Lüge bezichtigt. Es war der Auftrag der Ministerin und ihr Wunsch, dass er das zurücknimmt oder detaillierter sagt. Da hat ein Mitarbeiter der zweiten Ebene in Wirklichkeit schriftlich die Ministerin der Lüge bezichtigt – oder der Unwahrheit, damit wir korrekt bleiben. Entschuldigung!

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Um jetzt auf das, was hier im Detail steht, noch einmal Bezug zu nehmen, zitiere ich Folgendes:

Warum ich so nachhaltig darauf dränge? Es hat gute Gründe: Rechtswidrigkeiten, Manipulation, Versagen im Management, insbesondere im Bereich II/B/1, möchte ich rasch abstellen und positive Lösungsansätze vorgeben. – Zitatende.

Damals sind Sie, Herr Mag. Ita, Kabinettschef gewesen. Sie haben soeben gesagt, Sie haben Haidinger dann aufgefordert, diese Rechtswidrigkeiten klarzustellen.

Haben Sie weitere Schritte diesbezüglich gesetzt, denn es wurden da ja schwere Vorwürfe erhoben? Haben Sie dann nur gewartet, dass von Haidingers Seite etwas kommt? Ist eine detaillierte Niederschrift bezüglich der Rechtswidrigkeiten gekommen? Und vor allem – was meiner Ansicht nach auch sehr wichtig ist –: Welche Lösungsansätze hat Haidinger denn vorgeschlagen?

Mag. Philipp Ita: Ich weiß, das war ein reger E-Mail-Verkehr, den ich dann irgendwann einmal beendet habe. Herr Dr. Haidinger wollte dann einen Bericht schreiben, wie ich mich erinnere, aber den hat er dann nicht fertigstellen können, et cetera. Mein Hinweis war dann der, soweit ich mich erinnere – ich weiß nicht, ob ich das per Mail gemacht habe oder mündlich –, dass sich Dr. Haidinger diesbezüglich an seinen Dienstvorgesetzten, nämlich an den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, wenden soll und dass das Stellen von Ultimaten für das Zurückbekommen von Funktionen aussichtslos ist.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dieses soeben zitierte Mail war vom 7. März 2006.

Vom 12. Juni 2006 liegt ein ähnliches E-Mail von Herrn Dr. Haidinger an Ihre Person vor, wo er Folgendes schreibt – ich zitiere –:

Sehr geehrter Herr Kabinettschef! Lieber Philipp! Sehr geehrte Herren! – Das ging unter anderem an Wolfgang Gattringer, an Andreas Pils und an Bernhard Treibenreif. –

Ich mache die Ressortleitung seit geraumer Zeit auf Missstände im Innenressort aufmerksam. Manche Reaktionen, welche ich erfahre, richten sich indes im Wesentlichen gegen mich. Nun, ich gebe zu, es mag unangenehm sein, hören zu müssen, wie es um die Unternehmenskultur im Innenressort bestellt ist, und damit ist nicht alleine der letzte Exzess in Wien gemeint. Wie lange wollt Ihr eigentlich noch zusehen? Tut endlich was!! Herwig Haidinger. – Zitatende.

Es liegen zwischen diesen zwei E-Mails einige Monate, die immer wieder Vorwürfe bezüglich der Unternehmenskultur im Innenressort aufkommen lassen. Wieso ist so lange nichts geschehen?

Mag. Philipp Ita: Schauen Sie, diese Frage beantworte ich so, indem ich sage, dass Dr. Haidinger mit einigen Leuten – sage ich jetzt einmal so – immer wieder Probleme hatte, insbesondere mit der Person des Generals Lang, wie ich das vorhin schon ausgeführt habe, und zwar seit der Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie. Ich müsste die E-Mails jetzt vollständig sehen, damit ich den Zusammenhang hätte. Ich weiß, das erste E-Mail, das Sie zitiert haben, wo von **Manipulation** und **Rechtswidrigkeit** die Rede ist, bezieht sich auf eine Abberufung, wie er es nennt, des Generaldirektors.

Das zweite E-Mail müsste ich mir anschauen.

(*Die beiden E-Mails werden der Auskunftsperson zur Einsicht vorgelegt.*)

Aus dem E-Mail vom 12. Juni 2006, aus dem Dreizeiler, kann ich jetzt den Zusammenhang nicht feststellen. Es tut mir leid, ich würde es gerne. Es waren immer wieder Fragen betreffend Behörde, Wachkörper, also die Behörde hat nichts mehr zu sagen. Es gibt auch E-Mails, in welchen Dr. Haidinger gegen andere Sektionschefs vorgeht. Es war ja nicht so, dass es immer einfach war, mit ihm zusammenzuarbeiten – auch für die Sektionschefs nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Ita, Sie haben vorhin gemeint, Sie hätten sich Anfang November erstmals der Frage der Aktenübergabe gewidmet. Ich habe in der Zwischenzeit recherchiert. Das Datum, als sich bereits innerhalb des Bundesministeriums für Inneres erstmals eine Arbeitsgruppe aus BIA,

Bundeskriminalamt et cetera zusammengesetzt hat, lautete auf 22. September, und man hat hier die Akten aufgelistet. Und bereits am 6. Oktober waren alle Akten im Haus.

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Entschuldigung, die Vertrauensperson darf nicht auf inhaltliche Fragen antworten! Ich kann den Vorhalt ganz genau hier machen. Ich zitiere aus dem Protokoll des Untersuchungsausschusses der 18. Sitzung vom 14. März 2007, öffentlicher Teil, Seite 51, ab 12.09 Uhr:

„Dr. Herwig Haidinger: Es hat am 22.9. eine Sitzung zwischen Bediensteten des Bundeskriminalamtes und der BIA gegeben. Dabei wurde festgelegt, dass die BIA, die Sonderermittlungsgruppe wegen §§ 302 ff., die Akten aus Salzburg anfordert beziehungsweise holt und sie uns da nicht zur Verfügung stehen. In der Folge wurden diese Akten am 6.10. von der BIA an uns übergeben.“ – Zitatende.

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter. Sie zitierten, sofern ich Sie jetzt richtig verstanden habe, aus dem BAWAG-Untersuchungsausschuss. – Ist das richtig?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, ich habe das deutlich gesagt. Ja!

Mag. Philipp Ita: Es war das eine Nachfrage. Entschuldigen Sie, wenn Sie so nett sind! – Meines Wissens sind die Untersuchungsausschüsse, der Eurofighter- und der BAWAG-Untersuchungsausschuss, nach der Konstituierung des neuen Nationalrates beschlossen worden. Ist das korrekt? *(Abg. Mag. Kukacka: Am 30. Oktober ist er erst konstituiert worden!)* Meines Wissens war die Konstituierung am 30. Oktober 2006. Also kann ich mir nicht vorstellen, dass es irgendeine Sitzung in diesem Zusammenhang gegeben haben soll, wann die Akten wie übermittelt werden sollen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann gerne weiter aus dem Protokoll zitieren.

„Es hat am 22.9.2006 eine Sitzung zwischen Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes und der Sonderermittlungsgruppe BIA hinsichtlich der Akten, die in Salzburg liegen, gegeben. *(Abg. Krainer: Entschuldigung! Das Datum? 22.9?)* 22.9.2006. – Pardon! Warten Sie, ich habe das aufgeschrieben. Entschuldigen Sie! Am 22.9. ... *(Abg.*

Krainer: Der Untersuchungsausschuss ist erst am 31. Oktober beschlossen worden! Am 22.9. konnte niemand, auch nicht bei weiser Voraussicht, wissen, wie das Wahlergebnis sein wird!“ – Zitatende.

Das habe ich natürlich hinterfragt, und es hat sich aufgrund der Unterlagen als **richtig** herausgestellt. Vor allem war es so, dass bereits im Oktober hier alles da lag und sich bereits im November, vor Ihrem ersten Telefonat, eine interministerielle Arbeitsgruppe aus verschiedenen Behörden zusammengesetzt und besprochen hat, wer was überliefert und wer was nicht überliefert, wo Vertreter Ihres Ministeriums dabei waren, des BMI, und Vertreter von BMF, FMA und OeNB. Das ist dokumentiert. Anfang November war das, vor Ihrem ersten Telefonat.

Mag. Philipp Ita: Um welchen Ausschuss geht es da überhaupt? Um welche Aktenübermittlung geht es da? Ich kann ja nicht Akten übermitteln, bevor ein Ausschuss konstituiert ist. Und was ist mit Salzburg? Ich weiß überhaupt nicht, was da gemeint ist. Sie sprechen da von Akten betreffend ... *(Abg. Krainer: Ich spreche gar nicht, ich zitiere!)*

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, ich darf da eingreifen.

Erstens: Ich bitte, Fragen zu stellen, die unter den **Beweisbeschluss** fallen.

Zweitens: Wenn die Auskunftsperson keine Antwort geben kann, dann ist zu antworten, dass eine Antwort nicht gegeben werden kann. Aus. Ende. Ich bitte, nicht zu diskutieren. Und ich bitte, nicht zu qualifizieren.

Bitte, mit der Frage forzusetzen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe hier zitiert aus dem Protokoll. Das kann kein falscher Vorhalt sein, wenn ich aus einem Amtlichen Protokoll zitiere. Und ich habe ganz genau auch die Stelle, aus der ich es zitiert habe, genannt

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege Krainer hat gesagt, woraus er zitiert hat. Das ist natürlich kein Beweis, dass die Richtigkeit dieser Zeugenaussage von damals gegeben ist. (*Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten von SPÖ und ÖVP.*) Damit es kein Durcheinander gibt: Was ist die Frage an die Auskunftsperson?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Vorhalt ist relativ einfach. Wenn bereits eine interministerielle Arbeitsgruppe vor Ihrem ersten Telefonat mit Herrn Haidinger tagt, dann ist es nicht ganzverständlich, dass Sie dann in diesem Telefonat über technische Fragen reden, was zu übermitteln ist, ob Originale oder Kopien. Da ersuche ich Sie um Aufklärung. Das erscheint mir nicht hundertprozentig plausibel. Vielleicht können Sie in Ihrer Erinnerung etwas Plausibleres vortragen.

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, aus welchem Protokoll Sie zitieren, was das betrifft. Sie haben irgendetwas betreffend SOKO Salzburg zitiert. Ich gehe davon aus, dass das nicht mit Akten des BAWAG-Untersuchungsausschusses zusammenhängt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie bleiben dabei, dass es in diesen beiden Telefonaten, die Sie geführt haben, und in diesem Gespräch, das ein paar Tage später stattgefunden hat, alle um den 8., 9. November herum, von Ihrer Seite lediglich um technische Fragen, nämlich darum, ob Originale oder Kopien oder wie viele Kopien zu übermitteln wären, gegangen ist – und das, obwohl vor diesem Zeitpunkt bereits interministerielle Arbeitsgruppen getagt haben, die sich im Detail darüber, welche Akten übermittelt werden und welche nicht, unterhalten haben?

Mag. Philipp Ita: Ich beantworte diese Frage so: Ich weiß nicht, welche interministerielle Gruppe das war, welche Experten oder Beamten des BMI da drinnen gesessen sind, um welchen Gegenstand es sich dabei gehandelt hat, aber ich bestätige, dass mein Telefonat mit Dr. Haidinger nach Einrichtung des Untersuchungsausschusses stattgefunden hat. Und das sagt er in seinen Aussagen ja selber, als er rekonstruiert hat, dass das um den 8., 9. November geschehen ist. Und da waren die Untersuchungsausschüsse meines Wissens beschlossen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war nicht meine Frage.

Mag. Philipp Ita: Ihre Frage war das Datum.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war: Bleiben Sie dabei, dass es bei diesem Telefonat um den 8., 9. November herum lediglich um technische Fragen ging, wie zum Beispiel, ob Originale oder Kopien und wie viele Kopien zu übermitteln sind?

Mag. Philipp Ita: Dabei bleibe ich.

Abgeordneter Jochen Pack (ÖVP): Herr Mag. Ita, ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Anfrage der Staatsanwalt, auf den Aktenvermerk, den Herr Kollege Pilz bereits im Vorfeld hier kurz zitiert hat. Von der Chronologie beginnt das bereits am 27. Juni 2006 um 11.30 Uhr, wo Herr Folger Herrn Haidinger ein E-Mail schreibt. Daraufhin antwortete kurz später Herr Haidinger Herrn Folger und gibt ihm ein paar Aufträge. Und 14 Tage später, nach einer Sitzung, wo dann dieser berühmte Aktenvermerk sozusagen entsteht, leitete das Herr Haidinger auch an Salomon und Buxbaum weiter. Daraufhin schickt Ihnen Herr Buxbaum offensichtlich im Wege der Meldeschiene im BMI dieses E-Mail, wo er darauf hinweist, dass er diese ...

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich würden Sie bitten, zur Frage zu kommen, Herr Kollege!

Abgeordneter Jochen Pack (ÖVP): ... – ich bin gerade dabei! – wo er also darauf hinweist, dass er diese Beilage, diese Anfrage der Staatsanwaltschaft nicht bekommen hat – ich betone: die Anfrage der Staatsanwaltschaft! –, und dass er sie im Endeffekt auch nicht angefordert hat. – Haben Sie dieses E-Mail bekommen?

Mag. Philipp Ita: Dieses E-Mail habe ich bekommen.

Abgeordneter Jochen Pack (ÖVP): Es geht ja aus den Akten hervor, dass Ihnen Herr Buxbaum relativ viele E-Mails geschickt hat. – Stimmt das? (**Mag. Ita:** Ja!) – Können Sie mir sagen, wie das abgelaufen ist? Hat Buxbaum an Sie persönlich diese E-Mails geschickt? Oder wurden die alle über seine Sekretärin geschickt?

Mag. Philipp Ita: Das war unterschiedlich. Ich habe E-Mails vom Account Erik Buxbaum bekommen und von der Sektionskennung; das war meines Wissens *II BMI oder BMI II.

Abgeordneter Jochen Pack (ÖVP): Aha. Es ist nämlich interessant: Es geht aus den Akten hervor, dass sämtliche E-Mails, die Herr Buxbaum an Sie und auch an andere weitergeleitet hat, eben von seiner Sekretärin, nehme ich an, der Frau Belan (*phonetisch!*), ausgedruckt und auch so abgelegt wurden, weil er ja nur alles handschriftlich vermerkt hat – weil da immer wieder vom „handschriftlichen Vermerk“ gesprochen wird – und sie dann immer auch die Akten oder die E-Mails entsprechend gekennzeichnet hat, an wen sie das geschickt hat und wann die Übermittlung erfolgt ist. So ist im Endeffekt auch ein Fehler in der vorigen Sitzung entstanden.

Herr Mag. Ita, ich hätte noch eine andere Frage, bevor wir nochmals auf das E-Mail zurückgehen, weil mich das interessiert, denn da gab es, glaube ich, im Vorfeld eine kurze Irreführung.

Sie haben nach der ersten Frage des Abgeordneten Krainer von diesen Büroleiter-Runden gesprochen, die seit Beginn Ihrer Tätigkeit, nehme ich an, im Kabinett stattgefunden haben. – Stimmt das?

Mag. Philipp Ita: Das ist korrekt, ja.

Abgeordneter Jochen Pack (ÖVP): Ich nehme einmal an, bei diesen Büroleiter-Sitzungen, nachdem die ja seit Beginn Ihrer Tätigkeit waren, war der der Untersuchungsausschuss **nicht** Thema?

Mag. Philipp Ita: Das ist korrekt. Das ist völlig korrekt.

Abgeordneter Jochen Pack (ÖVP): Da war der Untersuchungsausschuss also nur ein Randthema, zum Thema „Allfälliges“?

Mag. Philipp Ita: Natürlich! Das ist korrekt. Es ist primär gegangen um die Vorbereitung des Ministerrates, der am nächsten oder übernächsten Tag stattfand, und um einen Informationsaustausch zwischen den Ministerien über aktuelle Vorhaben. Und im Punkt „Allfälliges“ gehe ich davon aus, dass es eine Information dazu gegeben hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich würde doch bitten, dass Herr Kollege Krainer uns das Protokoll vorlegt, aus dem er vorher zitiert hat, weil mir erscheint es doch relativ sinnlos, ein Datum in den Raum zu stellen, das im September vor der Nationalratswahl war, wo sich am 30. Oktober 2006 der Nationalrat neu konstituiert hat und an diesem Tag auch die beiden Untersuchungsausschüsse eingesetzt wurden. Ich fürchte, Sie reißen das aus dem Zusammenhang und versuchen, hier ein Thema herzubringen, das eigentlich mit dem Untersuchungsausschuss gar nichts zu tun haben kann. Vielleicht sind Sie so lieb und lassen uns das auch wissen und zeigen uns das Protokoll, damit wir auch wissen, worum es da geht.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Es ist natürlich möglich, dass die Aussage, die die damalige Auskunftsperson getätigt hat, schlichtweg unrichtig war. Das ist auch denkbar. Ich gehe davon aus, dass Kollege Krainer kein unrichtiges Zitat verliest.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann das noch einmal für alle zum Mitschreiben sagen: Abrufbar auf www.parlament.gv.at sind alle Protokolle des Untersuchungsausschusses zur Finanzmarktaufsicht, und in der 18. Sitzung am 14. März 2007 auf Seite 51 finden Sie diese beiden Zitate.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich denke, wir sollten die Zeit nicht so verschwenden, dass wir da nachforschen. Jeder Mensch, der darüber nachdenkt, wird Zweifel haben, ob die damalige Aussage richtig sein konnte, wenn die Wahl noch nicht durchgeführt worden ist und der neue Nationalrat noch gar nicht konstituiert war. Was immer gewesen sein möchte: Das ist die Sache nicht wert, dass man darauf weiter Zeit verschwendet. Ich lade jede Fraktion ein, das Zitat genau nachzuforschen, und dann wird man vielleicht noch darauf zurückkommen. (*Verfahrensanwalt Dr. Strasser spricht mit dem Obmann.*)

Der Herr Verfahrensanwalt macht mich darauf aufmerksam: Wenn Protokolle vorgehalten werden, sollten sie **schriftlich** vorliegen, um überprüft werden zu können. Wenn also künftig Protokolle, aus welcher Sitzung auch immer, vorgehalten werden, bitte ich, sie schriftlich bereit zu halten, um sie verteilen zu können und die Kontrolle zu gewährleisten. Für dieses eine Mal gehen wir nach der Methode „Schwamm drüber“ vor.

Bei künftigen Vorhalten von schriftlichen Dokumenten bitte ich Sie, diese gedruckt bereit zu halten, damit alle das zur Verfügung haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich hatte es natürlich ausgedruckt vorliegen, nur hat das jetzt jemand zum Zweck der Protokollierung mitgenommen.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich beende jetzt die Debatte über diese Frage. – Sie wollten noch etwas antworten?

Mag. Philipp Ita: Ich würde jetzt gerne noch ein generelles Statement anbringen betreffend Frage mit diesen Akten. Ich weiß zwar, dass das unschön ist, was ich jetzt sage, aber ich sage es trotzdem. Sie können mir eines glauben: Ich hätte jederzeit die Möglichkeit gehabt, in Form einer Weisung den BAWAG-Akt ins Ministerbüro bringen zu lassen. Dann hätte ich ihn dort selbst kopieren können – oder was auch immer damit machen. Damit hätte ich machen können, was ich will. Da hätte ich sicher nicht den Dr. Haidinger dazu gebraucht. Das sage ich Ihnen jetzt nur einmal, weil das jetzt immer wieder kommt.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Das ist durchaus glaubhaft, dass jedes Kabinett unterstellt Aktenbestände anfordern kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben also jetzt festgestellt, es fehlen E-Mails, die von Ihnen in Form der elektronischen Weiterleitung abgesandt worden sind. Das werden wir später in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen müssen. Eine zweite Bemerkung dazu: Es hätte nicht übermäßig viel Sinn gemacht, und das passt auch nicht wirklich ins Bild, wenn sich der Kabinettchef den BAWAG-Akt beschafft hätte. Sie haben etwas viel Wichtigeres getan – wenn ich „Sie“ sage, dann ist es diese Weisungskette Haidinger bis hinauf ins Kabinett, insbesondere auch der Generaldirektor, den wir dazu noch befragen werden –: Sie haben dafür gesorgt, dass es, als klar war, dass Staatsanwalt Krakow in der Geldfluss-Geschichte – und das entnehmen Sie auch diesen Unterlagen –, wo er auf eine Frage der SOKO BAWAG sagt: Halten wir das in Evidenz, aber im Moment ...

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Herr Kollege Pilz, ich bitte Sie herzlich, die Bestimmungen des § 13 Abs.2 der Verfahrensordnung im Auge zu haben, wo eine zugestandene Tatsache nicht als solche unterstellt werden soll. Ich bitte, einfach zu fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und ich ersuche, die Frage **begründen** zu lassen. Eine unbegründete Frage ist ja viel schwerer zu beantworten als eine begründete Frage.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich verstehe es als Einleitung zu Ihrer Frage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde es nicht so machen wie Herr Kollege Kukacka, der 15 Minuten verbraucht und **keine** Frage stellt. Ich komme sicher sehr schnell zu einer Frage.

Der entscheidende Punkt ist: Wir stellen fest, ab einem bestimmten Punkt, und das ist Ende Juni 2006, mischt sich Haidinger – und er behauptet, auf Anweisung Pisl –, und zwar ab 27. Juni 2006, aktiv in das Verfahren ein und sagt: Besorgt's was! Besorgt's was in Bezug auf Untreue! Besorgt's zusätzliche Fakten, wir wollen direkt für das Kabinett etwas ermitteln!

Da kommt es – und an dem Punkt war vorhin meine Befragungszeit zu Ende – zu dem Aktenvermerk, auf den Bezug genommen worden ist. Ich halte das für den entscheidenden Aktenvermerk. Das ist ein Aktenvermerk von Oberstleutnant Folger vom 17. Juli 2008; ich lese ihn vor:

Bei der Besprechung am 17. Juli 2008 gegen 13 Uhr im Büro des BKA-Direktors Dr. Haidinger –

weiter anwesend Salomon, Gaber –

ordnete Dr. Haidinger in der Sache Geldflüsse SPÖ die Einsichtnahme in die Kreditunterlagen bei der BAWAG an, betreffend gewährte Kredite an die Bundes-SPÖ Löwelstraße, und die Überprüfung, ob und von wem diese Kredite getilgt wurden. Die diesbezüglichen Erhebungen wurden vom Meldungsleger in Abwesenheit von Oberstleutnant Gaber und Kollegen Gappmeier geführt. – Walter Folger, Oberstleutnant. – Zitatende.

Das ist der entscheidende Punkt: Ohne dass der Staatsanwalt das vorhat – und er hat in der Geldflüsse-Geschichte zu der Zeit überhaupt keinen Druck gemacht –, kommt plötzlich der Sonderermittler auf Weisung des Chefs des Bundeskriminalamtes, der mit den Ermittlungen an und für sich nichts zu tun hat, sondern immer nur innen berichtet, via Generaldirektor und sagt plötzlich: Jetzt schaut's nach! Das ist genau dieser Aktenvermerk, der Ihnen am 18. Juli übersandt wurde.

Das heißt, wir haben zwei BAWAG-Ermittlungen: Eine Ermittlung von Staatsanwalt Krakow, der sagt: Schaut's euch alles Mögliche an, Elsner, Flöttl und so weiter, und die SPÖ-Geschichte machen wir später! – und eine zweite, die von Haidinger angeordnet ist, der sagt: Nein, jetzt sofort und schnell und möglichst intensiv Geldflüsse! und immer an den Generaldirektor und ans Kabinett berichtet.

Ist Ihnen über diesen Aktenvermerk und diese Entscheidung des Dr. Haidinger, nur in Richtung SPÖ BAWAG-Konten öffnen zu lassen, berichtet worden?

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, wie gesagt, ich habe diesen E-Mail-Verkehr, den Sie beschrieben haben, gefunden. Das einmal zum ersten.

Zum Zweiten denke ich, dass es sehr wohl in der Ingerenz oder Kompetenz des Leiters des Bundeskriminalamtes liegt, an die Sonderkommission, die ja ihm untersteht, Aufträge zu erteilen. Ich weiß nicht, warum da automatisch wieder etwas vom Kabinett kommen hätte müssen oder sollen.

Noch ein Punkt dazu. Ich glaube, sowohl Herr Dr. Haidinger – ich habe mir das nur aus Pressemitteilungen ausgehoben – hat ja auch als Zeuge unter Eid im Februar dieses Jahres im BAWAG-Prozess ausgesagt, als auch der Herr Dr. Salomon, dass es **keinerlei politische Einflussnahmen** auf die Ermittlungen gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Ita, das stimmt in dieser Form **nicht**. Er hat ausgesagt, und zwar mehrmals, dass es keine rechtswidrigen Weisungen gegeben hat. Das ist etwas ganz anderes. Etwas ganz anderes!

Ich habe Sie aber nicht danach gefragt, Herr Mag. Ita, ich habe Sie etwas ganz anderes gefragt, und Sie haben mir das nicht beantwortet.

Sind Sie über den Inhalt dieses Aktenvermerkes und über diesen Aktenvermerk vom 17. Juli, den Aktenvermerk Folger über die Ermittlungsaufträge von Haidinger in der Causa Geldflüsse SPÖ – BAWAG informiert worden? – Das war meine Frage.

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, an das kann ich mich nicht erinnern. Das weiß ich nicht, da müsste ich in meinen E-Mails nachschauen, ob ich so ein E-Mail erhalten habe. Anders nicht, wenn ja. Und zweitens betrifft das dieses E-Mail, wo Herr Dr. Salomon meines Wissens Herrn Dr. Haidinger mitteilt, dass die Staatsanwaltschaft betreffend Geldflüsse BAWAG an SPÖ oder ÖGB berichtet hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie sich anschauen die Übermittlung, und zwar inklusive Aktenvermerk, den ich Ihnen vorgelesen habe, dann sehen Sie beim Verlauf: Empfänger: Ita Philipp, Kabinett der Bundesministerin, Übermittlung 18.07.2008, 13.42 Uhr. – Bitte. (*Abg. Dr. Pilz legt der Auskunfts person ein Schriftstück zur Einsichtnahme vor. – Abg. Mag. Kukacka: Das ist die Weiterleitung des E-Mails von Buxbaum an Ita! Ganz einfach!*)

Mag. Philipp Ita: Das ist die Weiterleitung im Rahmen der Meldeschiene, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Brauchen Sie es noch? Ich möchte es Ihnen nämlich weiter vorhalten.

Mag. Philipp Ita: Ich möchte das nur kurz nachlesen. Das ist ein E-Mail des Folger an den Salomon (*Abg. Dr. Pilz: Richtig!*), Anfrage Staatsanwaltschaft:
Sehr geehrter Herr Direktor, anbei Aktenvermerk Geldfluss SPÖ.

Der Aktenvermerk selber hängt ja da nicht dabei. Das muss man schon sagen. Also ich weiß nicht, um welchen Aktenvermerk es geht. Wenn das der Aktenvermerk von Folger ist, wo er Haidinger mitteilt, dass sich die Staatsanwaltschaft nach allfälligen Geldflüssen erkundigt, dann sage ich, diesen Aktenvermerk kenne ich. Wenn es hierbei um einen anderen Aktenvermerk geht – das Attachment ist nicht da –, kann ich dazu nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte es Ihnen trotzdem vor. Erstens: Dieses E-Mail ist Ihnen am 18.07. übermittelt worden mit dem Vermerk:

Anbei Aktenvermerk Geldfluss SPÖ – mit freundlichen Grüßen Walter Folger.

Und wie Sie richtig festgestellt haben, ist das über Buxbaum an das Kabinett weitergeleitet worden.

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter Pilz, das ist genau die Meldeschiene, die Sie mir vorher vorgehalten haben (*Abg. Dr. Pilz: Richtig, ja!*), dass es über Haidinger an seinen Vorgesetzten, an den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, und von dort an das Ministerbüro zuhanden meiner Person geht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Ita, nichts anderes versuche ich mit Ihnen jetzt gemeinsam herauszuarbeiten: Dass es genau diese Linie gegeben hat: Folger, Salomon, Haidinger, Buxbaum, Ita. – Wie beim Berichtsakt. Und das für den Ausschuss meiner Meinung nach Wichtige in dem Zusammenhang ist: Sie haben zwei Linien. Die eine Linie ist die „Linie Krakow“ ... (*Abg. Mag. Kukacka: Nein! Nein! – Abg. Pack: Das ist falsch! Lesen Sie den Text von Buxbaum!*) – Bitte das ÖVP-Gebrüll einzustellen! Es ist schlicht und einfach in der Verfahrensordnung nicht vorgesehen.

Herr Mag. Ita, Sie haben eine Linie: das ist die Ermittlung im BAWAG-Verfahren; Staatsanwalt Krakow, Leiter SOKO, Salomon, Folger, soweit es SPÖ-Geldflüsse betrifft.

Und dann haben Sie eine zweite Berichtslinie, aus der im Laufe der Wochen plötzlich eine Anordnungslinie, zumindest ab Haidinger, wird, und die schaut so aus: Folger, Salomon, Haidinger, Buxbaum, Ita. Und das Wichtige für den Ausschuss ist, herauszufinden, nachdem da mehrere Personen im Kabinett in Frage kommen, wer möglicherweise Dr. Haidinger gesagt hat: Bitte schön, schaut euch die Geldflüsse BAWAG genauer an! Und da kommt nach Aussage von Herrn Dr. Haidinger in erster Linie Ihr Kabinettskollege, Herr Pils, in Frage. Ich versuche nur, mit Ihnen abzuklären, ob Sie von diesen Vorgängen, nämlich Aufträge an Haidinger, hier besonders zu ermitteln und beschleunigt zu berichten, Kenntnis haben.

Mag. Philipp Ita: Herr Abgeordneter, eine Feststellung ist mir wichtig. Sie haben jetzt konstruiert aus einer Berichtsschiene von unten nach oben in der Linie gleichzeitig eine Anordnungs- oder Befehlslinie – oder was auch immer diesbezüglich –, die ja aus diesem E-Mail-Verkehr in keiner Weise hervorgeht, sondern das, was vorliegt, ist ausschließlich der *Informationsweg*. – Punkt eins.

Punkt zwei versucht man immer, wenn Herr Dr. Haidinger einen Schritt setzt, zu dem er, wie ich glaube, als Direktor des Bundeskriminalamtes sogar berechtigt ist, weil er meines Wissens ja selber oft Besprechungen oder Gespräche mit der Staatsanwaltschaft in dieser Sache geführt hat ... – Es geht sehr wohl von ihm aus okay, dass er der SOKO Anordnungen gibt. Aber es geht ja aus diesem E-Mail-Verkehr in keiner Weise hervor, dass diese Anordnungen vom Ministerbüro, von der Ministerin et cetera gekommen wären.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Die Zeit ist aus! Ich appelliere zum Gelingen des gesamten Geschehens an alle, dass alle anderen Wortmeldungen höchstens eine Minute betragen dürfen. Wir müssen dann eine Fraktionsführerbesprechung durchführen, die mindestens eine Stunde dauern wird. Die Auskunftsperson Gattringer kann man sowieso schon abbestellen, sonst läuft alles aus dem Ruder. Notfalls muss Herr Mag. Ita wieder kommen – nicht notfalls, er muss sowieso wieder kommen, aber wir beschäftigen uns jetzt nur mehr mit dem heutigen Beweisbeschlussthema.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Mag. Ita, ganz kurz zum Abschluss. Können Sie mir sagen oder haben Sie darüber eine Wahrnehmung, warum die eingerichtete SOKO Folger lediglich drei, vier Monate im Amt war, warum der Herr Polizeidirektor von Linz, Widholm, plötzlich von Linz nach Wien überstellt und wieder abberufen wurde? Haben Sie da irgendeine Wahrnehmung dazu? Es geht um den Informationsfluss dieser Herren.

Mag. Philipp Ita: Ich weiß nicht, wie lange diese SOKO bestanden hat, wann sie aufgelöst wurde. Daran kann ich mich in keiner Weise erinnern. Das weiß ich nicht. Wie war die Frage? – O ja, das kann ich Ihnen schon beantworten, weil – das habe ich ja einleitend gesagt – die Sonderkommission personell auszustatten war, und dass es da meines Wissens eine Interessentensuche gegeben hat. Nur haben sich da relativ wenig Leute gemeldet damals, was ich noch so in Erinnerung habe, weil keiner ins Bundeskriminalamt wollte.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Es hat natürlich auch Personen gegeben, die sich *nicht* gemeldet haben und trotzdem dorthin abgezogen wurden, wie zum Beispiel Herr Direktor Widholm aus Linz.

Mag. Philipp Ita: Der war meines Wissens nie in der SOKO. Ich glaube, der ist dem Innenministerium für einen gewissen Zeitraum zugeteilt worden, an den ich mich nicht

mehr erinnern kann, aber für ein eigenes Aufgabengebiet, das in keiner Weise mit der SOKO zusammengehängen ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Letzte Frage: Werden Sie dem Untersuchungsausschuss ihre E-Mails vollständig zu Verfügung stellen?

Mag. Philipp Ita: Erstens habe ich meine E-Mails nicht mehr vollständig, sondern teilweise, und außerdem sind da sehr viele auch privater Natur, sodass ich das momentan nicht vor habe. Wenn es bei einem bestimmten Thema unbedingt notwendig wäre und es einen entsprechenden Beschluss gäbe ...

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Privatsachen kommen ja sowieso nicht in Betracht. Es kommen ja nur solche in Betracht, die Aktenbestandteil sind.

Mag. Philipp Ita: Aber ich sehe derzeit keinen Grund.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Nur der Wahrheit und der Richtigkeit halber, denn so fair muss man schon auch sein, klarzustellen, weil es vorher eine Auseinandersetzung gab: Was hat Haidinger wirklich gesagt? Ich habe das schon auch so verstanden, dass er sich – das ist ja auch ein großes Fragezeichen – in manchen Aussagen auch widerspricht, und er hat vor der Staatsanwaltschaft in Nuancen auch anderes gesagt, als er hier gesagt hat. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, warum es da jetzt auch Untersuchungen gibt.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Bitte nicht zu qualifizieren!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Es geht darum: Haidinger hat es vor der Staatsanwaltschaft eingeschränkt, dass es eine politische Intervention gegeben haben soll, was er hier nicht so eingeschränkt hat. Da hat die Auskunftsperson richtig zitiert, und der Dr. Pilz hat hier geirrt, wenn er gemeint hat, er hätte nur gesagt, er hätte keine gesetzwidrigen Weisungen erhalten. Da steht schon mehr drinnen im Staatsanwaltsakt, was mich auch verwundert. Aber das ist so.

Ich habe noch zwei kurze Fragen an Herrn Mag. Ita. Es hat zur Verwunderung des SOKO-Chefs Salomon und auch zur Verwunderung des Herrn Haidinger, durch Zufall mehr oder weniger, das BIA Ermittlungen parallel zur SOKO BAWAG gestartet. – Haben Sie da eine Wahrnehmung, wie das abgelaufen ist und warum das der Fall war?

Mag. Philipp Ita: Herr Klubobmann Westenthaler, zu diesem Punkt kann ich Ihnen Folgendes sagen: Ich kann mich erinnern, dass sich Herr Dr. Haidinger darüber echauffiert hat, dass das BIA im BAWAG-Komplex Ermittlungen führt. Diesbezüglich gibt es auch ein E-Mail von ihm, und ich habe das zum Anlass genommen ... – Wie gesagt, da geht es wieder nicht um inhaltliche Geschichten, sondern da geht es darum, dass man der Struktur die Möglichkeit gibt, ordentlich zu arbeiten. Ich hatte auch ein Gespräch mit dem Leiter der BIA, mit dem Mag. Kreutner, in dem ich ihn dazu befragt habe. Er hat mir gesagt, das sei der ausdrückliche Auftrag der Staatsanwaltschaft. Das habe ich so zur Kenntnis genommen, und ich gehe natürlich davon aus, dass seine Angaben mir gegenüber korrekt waren.

Wie gesagt, ich habe das zur Kenntnis genommen und habe ihn aber gleichzeitig gebeten, mit Herrn Dr. Haidinger diesbezüglich auch ein Gespräch zu führen und allfällige Dissonanzen aus dem Weg zu räumen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Noch eine ganz kurze Frage, weil es ja so viel um Mails geht, um Vertraulichkeit, und jetzt möchte ich auch einmal die anderen Seiten prüfen. Haben Sie eigentlich der SOKO Vorarlberg, der SOKO Marent, von sich aus oder auch auf Aufforderung E-Mails übergeben?

Mag. Philipp Ita: Ja, das habe ich gemacht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Haben Sie die selber ausgesucht und übermittelt? Oder haben Sie da einfach einen ganzen Pack von Mails hingeschickt?

Mag. Philipp Ita: Nein, das war so, Herr Klubobmann – das ist vorher schon besprochen worden, als Sie nicht hier waren –: Ich habe gesagt, dass ich ja rechtmäßig teilweise noch meinen E-Mail-Verkehr aus meiner Zeit im Innenministerium habe, und in Vorbereitung auf die Vorwürfe habe ich meine E-Mails natürlich gesichtet. Und da habe ich die E-Mails, die mir wesentlich erschienen sind, um mich dort verteidigen zu können, vorgelegt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Können Sie sich erklären, wie es sein kann, dass – und ich zitiere jetzt sicherlich nicht daraus – äußerst private Mails von Ihnen an die SOKO Vorarlberg gelangt sind, die auch im Akt, der hier im Haus liegt, nachlesbar sind?

Mag. Philipp Ita: Nein. Und ehrlich gesagt erschüttert mich das auch. Ich habe davon vor rund einer Woche gehört. Wie Sie wissen, gibt es zwei Vorhabensberichte der Staatsanwaltschaft gegen mich: Einer betrifft meine Tätigkeit als Kabinettschef, der andere meinen privaten Bereich, zu dem ich hier auch sicher nie Auskunft geben werde. Im Zuge dieser privaten Sache oder Prüfung habe ich E-Mails, die auch meiner Verteidigung dienen, vorgelegt, und ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt darüber, dass das dem Ausschuss vorgelegt wurde. Nicht nur, dass es **nicht** den Prüfgegenstand dieses Ausschusses betrifft, halte ich das für einen massiven Eingriff in meinen Datenschutz. Und ich wäre dem Ausschuss auch dankbar, wenn er dem nachgeht und schaut, wie diese E-Mails ins Parlament gekommen sind.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Was wir mit Sicherheit machen werden, denn es ist völlig unverständlich, dass das Ministerium jetzt mit Schwärzungen durchgeht und uns erklärt, was alles wichtig ist, aber in diesem Marent-Akt und Vorarlberger SOKO-Akt höchst private Mails bereits vorhanden sind. Das erachte ich auch als bedenklich.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Das ist sicher eine Verletzung des Datenschutzes.

Abgeordneter Christian Hursky (SPÖ): Herr Mag. Ita, eine ganz kurze Frage, eine Verständnisfrage. Sie haben zuerst die Akten betreffend gesagt:

Ich hätte mir jederzeit in Form einer Weisung die Akten bringen lassen können.

Eine Verständnisfrage: Wie hätten Sie diese Weisungen formell durchgeführt?

Mag. Philipp Ita: Schriftlich. Und zwar haben wir, wenn es wirklich darum gegangen ist, Weisungen der Ministerin oder des Ministers weiterzugeben, eine Formulierung gewählt, und da hat jedes Schreiben, entweder an den Funktionsträger, an den Leiter der Sektion, wie auch immer, dann ein Rufzeichen, begonnen mit: Auftragsgemäß wird ersucht um ...

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich mache aufmerksam, der Herr Mag. Ita kommt zum Punkt 1.4. Das ist die Masse dessen, was Sie vorhin auch gefragt haben. Darüber ist er zu befragen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich lege Ihnen einen Aktenvermerk, unterzeichnet von Walter Folger, vom 8. Juni 2006 vor. – Vielleicht will man Herrn Mag. Ita Zeit geben, sich damit vertraut zu machen?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich unterbreche für eine Minute. Bitte es zu lesen. – (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Können Sie antworten? Worum geht es? Ich kenne den Aktenvermerk auch nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ein Aktenvermerk mit der Geschäftszahl 1984 537/1-II/BK/34W21. Das ist in der Lieferung Nr. 011-BMI-2. Sitz, 2.Blg\1.L\002.T\0201-0250 129/GO XXIII. GP-UntersuchungsA NR, Seite 231 von 456. – Das nur, damit man das dann auch seitens der anderen Fraktionen findet. Wir haben ja auch eine etwas kompliziertere Zahlenangabe.

Können Sie sich erinnern, dass Sie diesen Aktenvermerk am Berichtsweg bekommen haben oder auf einem anderen Weg?

Mag. Philipp Ita: Erinnern nicht, aber jetzt bei der Durchsicht meiner Unterlagen habe ich gesehen, dass ich den in meinem Account habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aha. Den haben Sie also bekommen.

Mag. Philipp Ita: Den habe ich bekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und was haben Sie mit dem gemacht?

Mag. Philipp Ita: Ich gehe davon aus, dass ich den wie alle anderen BAWAG-Sachen dem zuständigen Referenten weitergeleitet habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können Sie uns vielleicht, weil die Einleitung ist in Amtsdeutsch, kurz sagen, was das heißt: Betreffend Anfrage wurde seitens des Meldungslegers ... ? Können Sie kurz den Inhalt dieses Aktenvermerks darlegen?

Mag. Philipp Ita: Ich kann es gerne vorlesen: AV von Folger, Oberstleutnant:

„Betreffend Anfrage beziehungsweise Auftrag der StA vom 9.6.2006 über Geldflüsse seitens der BAWAG zur SPÖ wurde am 8.6.2006, gegen 15.00 Uhr Herr Mag. Krakow vom Meldungsleger über folgenden Sachverhalt ergänzend telefonisch informiert.

„Ich habe im Rahmen der Ermittlungen in der BAWAG-Zentrale gemeinsam mit anderen Kollegen (Kollarits u.a.) die Protokolle der Vorstandssitzungen samt vorhandener Beilagen hauptsächlich die Jahre 1998 und 1999 genau gesichtet. Gesucht wurde nach Schlüsselbegriffen wie REFCO oder Namen von zirka 40 ‚Karibik‘-Firmen. Weiters nach anderen augenscheinlichen Unregelmäßigkeiten oder Eigenheiten, die für die Ermittlungen relevant sein könnten.

Dabei ist mir aufgefallen, dass bei allen Kreditanträgen und Vergaben, die in Millionenhöhe (Schilling) getätigten wurden – Zustimmung Vorstand – es immer Sicherheiten gab. Lediglich bei Kreditvergaben an die Bundesgeschäftsstelle der SPÖ, Löwelstraße, Wien schienen nie Sicherheiten auf und war in dem Antragsformular unter der Rubrik Sicherheiten lediglich ‚blanco‘ angeführt. Soweit mir noch in Erinnerung waren es 1998 und 1999 mehrere Kreditfälle (Aufstockungen) mit letztlich einem Gesamtvolumen von glaublich 60–70 Millionen Schilling.

Andere Kreditfälle an politische Parteien (KPÖ) mit geringerem Volumen (glaublich 10 Millionen) waren grunbücherlich (Eintragung 1. Geldrang) besichert.“

Mag. Krakow ordnete keine schriftliche Zusendung, sondern lediglich die Evidenznahme mittels Aktenvermerk an. Ein konkreter Erhebungsauftrag wird, falls erforderlich, seitens der StA an die SOKO ergehen.

Walter Folger, Obstlt

Wien, am 8. Juni 2006“

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann gibt es einen zweiten wenige Tage später. (*Der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück vorgelegt.*) Wenn Sie sich kurz mit dem vertraut machen. Er ist auch von Walter Folger.

Mag. Philipp Ita: Soll ich ihn wieder vorlesen?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Darf ich nur fragen, was die Frage jetzt im Zusammenhang mit dem ersten Aktenvermerk ist? (*Abg. Mag. Kukacka: Das ist der Nachweis, dass es Parteienfinanzierung gegeben hat!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie diesen Aktenvermerk bekommen?

Mag. Philipp Ita: Der sagt mir jetzt nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also erinnerlich ist Ihnen dieser nicht?

Mag. Philipp Ita: Erinnerlich ist er mir nicht. Da müsste ich nachschauen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ausschließen können Sie es jetzt auch nicht, dass Sie ihn bekommen haben?

Mag. Philipp Ita: Ich kann es weder ausschließen noch einschließen. (*Abg. Neubauer: Es wäre für die Mitglieder des Ausschusses schon interessant zu wissen, worum es hier geht!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich sage das gerne. Das ist im Prinzip genau dasselbe, nur eine Seite davor in den Aktenvorlagen. Das ist ebenfalls ein Aktenvermerk von Walter Folger vom 14. Juni 2006, also sechs Tage später. Ich zitiere den Aktenvermerk:

„Betreffend eventueller Unregelmäßigkeiten bei der Handhabung von Krediten seitens der BAWAG an die SPÖ wurden am 13.6.2006 von Beamten des BKA-SOKO-Flip“ – kurzer Einschub von mir: SOKO Flip, dazu habe ich das letzte Mal den Herrn Salomon befragt, das war der ursprüngliche Name für die SOKO BAWAG; jetzt folgen vier Namen von Beamten –, „die folgenden Vorstandssprotokolle gesichtet: 1998 (...); 1999 (...); 2000 (...)

Es wurden zwar mehrere Kreditvergaben an die SPÖ mit dem Vermerk ‚blanko‘ unter der Rubrik Sicherheiten vorgefunden, aber es waren auch bei anderen Kreditnehmern der Vermerk ‚blanko‘ vorhanden. Hauptsächlich bei Gebietskörperschaften wie Länder oder Gemeinden, aber auch bei ‚normalen‘ Firmen.

Es konnten daher keine Hinweise auf eine ‚Sonderstellung‘ der SPÖ diesbezüglich vorgefunden werden.

Eine nähere Erhebung bei den Kreditvergaben (...) entbehrt derzeit jeglicher Verdachtslage.

Walter Folger, Obstlt

Wien, am 14. Juni 2006“

Ist Ihnen der Inhalt dieses Aktenvermerks geläufig?

Mag. Philipp Ita: Nein, ist mir nicht, weil, wie gesagt, ich habe mich inhaltlich mit dem nicht auseinandergesetzt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mit dem ersten haben Sie sich inhaltlich schon auseinandergesetzt?

Mag. Philipp Ita: Nein, ich habe auch nicht gesagt, dass ich mich inhaltlich damit auseinandergesetzt habe. Sie haben mich gefragt, ob ich ihn kenne, und da habe ich gesagt: ja.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich **unterbreche** nun kurz die Sitzung auf Wunsch der Auskunftsperson.

*(Die Sitzung wird um 15.25 Uhr **unterbrochen** und um 15.27 Uhr **wieder aufgenommen.**)*

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt als nächstem Fragesteller Abg. Steinhauser das Wort.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Herr Mag. Ita, waren Sie im gesamten Zeitraum Ihrer Mitgliedschaft im Kabinett des Innenministers Vertragsbediensteter des Innenministeriums?

Mag. Philipp Ita: Während meiner gesamten Zeit im Innenministerium? – Nein, im Kabinett nicht, und zwar in dem Zeitraum, in dem ich Stellvertretender Kabinettschef

war, war ich angestellt beim Institut für Bildung der Industriellenvereinigung und zugeteilt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Institut für Bildung der Industriellenvereinigung: Wie darf ich das verstehen? Sie kennen Ihren eigentlichen Dienstnehmer von damals nicht?

Mag. Philipp Ita: O ja, kenne ich schon, aber das Institut, der Name ist mir nicht mehr geläufig. Ich war zuerst Vertragsbediensteter im BMI, dann war ich verliehen, und dann war ich wieder Vertragsbediensteter des BMI.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Haben Sie bei besagtem Institut irgendeine Tätigkeit ausgeübt?

Mag. Philipp Ita: Nein, weil ich ja verliehen war ins Innenministerium. Ich habe meine Tätigkeit im Innenministerium erbracht.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Das heißt, Sie waren im Innenministerium, sind dann Dienstnehmer des Instituts geworden und sofort wieder zurück überlassen worden an das Innenministerium?

Mag. Philipp Ita: Das ist korrekt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Was war der Hintergrund dieser Rochade?

Mag. Philipp Ita: Ich weiß nicht mehr, ob es damals eine planstellenmäßige Frage war oder ob das andere Gründe hatte. Wie gesagt, es war nur so, dass es klar war, dass die Funktion des Kabinettschefs – das war, glaube ich, damals gängige Linie – die Planstelle A1/7 war.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): An sich gibt es im Kabinett **keine** Planstellen. Insofern ist mir die Erklärung „Planstelle“ nicht plausibel. Jeder Minister hat unterschiedlich große Kabinette; das ist vollkommen unlogisch.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Ich glaube, dass die Planstellen im Innenministerium dem Kabinett zugeordnet waren. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Aber da müsste man sich den Stellenplan jetzt anschauen. Entschuldigung, dass ich den Stellenplan nicht im Kopf habe.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Kann es sein, dass sich mit Ihrer neuen Dienstnehmerschaft bei besagtem Institut Ihre Bezahlung geändert hat, dass Sie mehr verdient haben, als Sie beim Institut beschäftigt wurden – und dann zurück überlassen worden sind?

Mag. Philipp Ita: Schauen Sie, ich habe begonnen in A1/4. Als Stellvertretender Kabinettschef habe ich mehr verdient, allerdings, soweit ich mich erinnere, war das dann eine All-in-Verwendung. Das heißt, ich habe vorher Überstunden einzeln verrechnet – und dann nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Hätten Sie bei einer Anstellung nach dem Vertragsbedienstetengesetz das Gleiche verdient, was Sie dann verdient haben, als Sie beim Institut waren?

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, aber hier sind wir nicht mehr beim Beweisbeschlussthema!

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Hoher Ausschuss! Ich möchte nur ganz kurz darauf zu sprechen kommen, was Kollege Westenthaler angesprochen hat, warum das BIA im Zusammenhang mit der BAWAG ermittelt hat. Ich erinnere daran, was Herwig Haidinger in seiner Einvernahme bei der Staatsanwaltschaft gesagt hat, und würde den Herrn Kabinettschef ersuchen, mir zu sagen, ob er das in der Form bestätigen kann.

Warum also die BIA ermittelt hat, dazu sagt Herwig Haidinger – ich zitiere –:

Schließlich wurde mir von Staatsanwalt Krakow mitgeteilt, dass er diese beiden Beamten für diese Ermittlungshandlungen beigezogen habe. Der Hintergrund war, dass für den Fall, dass wieder Ermittlungsergebnisse öffentlich gemacht würden, der Verdacht nicht auf die SOKO BAWAG falle. – Zitatende.

Also da gibt es gar keine dramatischen Hintergründe, dass da irgendwer im Auftrag der ÖVP ermittelt hätte, schon gar nicht die BIA, sondern das war ein ganz normaler Auftrag der Staatsanwaltschaft. Dasselbe gilt auch für das, was immer Herr Dr. Pilz hier darzustellen versucht.

Deshalb frage ich jetzt Herrn Mag. Ita. Alle diese Aktenvermerke, die er hier zitiert hat, von Herrn Folger, von Herrn Buxbaum, von Herrn Haidinger, tragen den Hinweis „Anfrage“ oder „Auftrag Staatsanwalt Krakow“.

Das heißt, es hat hier keine Linie gegeben von der ÖVP oder von irgendeinem Kabinett, sondern alle diese Ermittlungen und auch die Schreiben, die hier vorgelegt wurden, beziehen sich ausschließlich auf den Auftrag und auf die Anfrage der Staatsanwaltschaft.

Mag. Philipp Ita: Das kann ich bestätigen. Nämlich ab dem Zeitpunkt, wo der Auftrag – das ist mein Verständnis von der StPO damals zumindest – der Staatsanwaltschaft da war, war Herr des Verfahrens, also Auftraggeber der Ermittlungsschritte, die Staatsanwaltschaft. Und somit ist das Bundeskriminalamt für die Justiz tätig geworden.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Kollege Krainer noch ganz kurz. Alle anderen heute nicht gestellten Fragen sind beim nächsten Ladungsbeschluss der Auskunftsperson zu stellen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben den ersten Aktenvermerk bei den E-Mails gefunden. – Könnten Sie uns dieses E-Mail bitte zur Verfügung stellen? (*Mag. Ita: Ja!*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer dankt der Auskunftsperson Mag. Ita für ihr Erscheinen, erklärt deren heutige Befragung für ***beendet*** – und unterrichtet sodann sie Sitzung für eine Fraktionsführerbesprechung.

15.33

*(Die Auskunftsperson Mag. Ita verlässt den Sitzungssaal. – Die medienöffentliche Sitzung wird um 15.33 Uhr **unterbrochen**, um 16.44 Uhr **wieder aufgenommen** und als solche fortgesetzt.)*

16.44

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer nimmt – um 16.44 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, weist darauf hin, dass auch dem für heute geladenen Herrn Mag. Schneider mitgeteilt wurde, dass seine Befragung anstelle von heute am 26. Mai stattfinden werde, und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Generaldirektor Dr. Erik Buxbaum** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Dr. Erik Buxbaum wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt den **Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Dr. Erik Buxbaum** als Auskunftsperson, stellt fest, dass dieser nicht von einer Vertrauensperson begleitet wird, dankt für sein Erscheinen, erinnert ihn an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt seine Personalien wie folgt wieder, die von Dr. Buxbaum in dieser Form als korrekt bestätigt werden:

Dr. Erik Buxbaum; geboren 1943, Adresse: Bundesministerium für Inneres.

Der Obmann weist Herrn Dr. Buxbaum als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, seine vorgesetzte Dienstbehörde, das BMI, von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei und keine Mitteilung gemacht habe, dass die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage erforderlich wäre.

Der Obmann erinnert Herrn Dr. Buxbaum an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und ersucht ihn, falls er bei einer Frage einen Aussageverweigerungsgrund erkennen sollte, darauf hinzuweisen. Eine generelle Möglichkeit zur Aussageverweigerung bestehe nicht. Eine generelle Entschlagung sei von Herrn Dr. Buxbaum auch nicht ins Treffen geführt worden. Der Obmann erinnert Herrn Dr. Buxbaum an die vor Eingang in die Befragung bestehende Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen, fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen möchte, was dieser **verneint**.

Der Obmann erteilt sodann Abg. Westenthaler als erstem Fragesteller das Wort.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sehr geehrter Herr Generaldirektor! Zunächst ganz kurz ein, zwei allgemeine Fragen. Können Sie uns kurz erzählen, wie das Dienstverhältnis, Arbeitsverhältnis zwischen dem BKA-Leiter Haidinger und Ihnen war: Haben Sie sehr intensiv zusammengearbeitet? Haben Sie sich oft getroffen? Hat sich das mehr auf Ebene von Mails abgespielt? – Können Sie uns da ein bisschen einen Einblick in den Tagesablauf Ihrer Tätigkeit geben?

Dr. Erik Buxbaum (Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit): Herr Abgeordneter, das Verhältnis war rein dienstlich, um das zu klären. Bei der wöchentlichen Teamsitzung war Herr Dr. Haidinger meistens dabei – oder die Vertreterin –, oder bei Sitzungen, wo es eben aus konkretem Anlass notwendig war. Also es war ein laufender dienstlicher Kontakt, soweit das notwendig war.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sie haben gesagt: wöchentliche Teamsitzung. – Können Sie uns sagen, wer an diesen Teamsitzungen wöchentlich teilgenommen hat?

Dr. Erik Buxbaum: Wenn sie stattgefunden hat – manchmal sind sie aus Termingründen ausgefallen –, haben die Direktoren von BKA und BVT, alle Abteilungsleiter, die beiden Bereichsleiter B-1 und B-2 und der EKC-Leiter teilgenommen, also alle leitenden Funktionäre der Generaldirektion.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger berichtet in einigen Mails immer wieder von Missständen, zum Teil schweren Missständen, zum Teil auch von gesetzwidrigen Missständen im Ressort, machte mehrere Stellen darauf aufmerksam. – Hat Herr Dr. Haidinger Sie persönlich auch aufmerksam gemacht beziehungsweise im Detail von derartigen Missständen informiert? (**Dr. Buxbaum:** *Nein!*) – Auch in diesen Teamsitzungen wurde so etwas nie besprochen?

Dr. Erik Buxbaum: Nein. Es gibt von jeder Teamsitzung ein Resümeeprotokoll – wir haben uns das aufgeteilt, jeder ist einmal im Radl drangekommen –; die sind beischauffbar. Ich kann mich beim besten Willen nicht erinnern, dass er ... – Wenn wo diskutiert wurde, mag sein. Aber von irgendwelchen schweren Verfehlungen, Rechtswidrigkeiten war nie die Rede.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Dr. Haidinger hat uns mehrmals erzählt und auch in Mails mitgeteilt, dass ihn die Ressortleitung – wer auch immer das in dem Fall dann konkret war, aber jedenfalls: die ***Ressortleitung*** – dazu bewogen hat, alles, was im Zusammenhang mit der Causa BAWAG passiert, vordringlich zu behandeln, mitzuteilen – wem auch immer, ich nehme an, auch seiner direkten dienstvorgesetzten Stelle.

Sind Sie jemals in der ganzen Causa BAWAG-Ermittlungen et cetera von Haidinger informiert worden, eingebunden worden oder haben Sie mit ihm darüber diskutiert? Sind Sie da irgendwie eingebunden gewesen? Hat es Gespräche mit Herrn Haidinger über diese von der Ressortleitung beauftragten Ermittlungen gegeben?

Dr. Erik Buxbaum: Nein. Darüber gab es nie ein Gespräch, und ich habe das auch bei meiner ersten Befragung gesagt. Ich habe nie einen Hinweis von irgendjemandem bekommen – und von ihm schon gar nicht –, dass die Ressortleitung irgendwelche „Spezialwünsche“ – unter Anführungszeichen – an ihn oder seine Mitarbeiter gehabt hätte.

Ich habe lediglich die Routineberichte – so fünfzig an der Zahl – über die SOKO Flip bekommen – die waren nicht allzu inhaltsschwanger –, ein paar andere Mails. Ich habe ja bereits gesagt, meine Mails sind Dienststücke. Ich habe dann alle im Zusammenhang mit der Vorlage der Sammelstelle übergeliefert.

Also konkret: Nein, ich habe nie einen Hinweis oder eine Mitteilung von ihm oder von sonst jemandem bekommen, dass das Ministerbüro spezielle Anforderungen hatte oder von ihm irgendetwas wollte.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Im Nachhinein – nehme ich an – dann schon, über diverse Berichte, die dann an die Oberfläche gekommen sind. Haben Sie den Herrn Haidinger dann eigentlich dazu befragt, warum er nicht an Sie berichtet hat, sondern möglicherweise direkt an das Kabinett?

Dr. Erik Buxbaum: Spätestens im Juli – oder wann das war – hat er ja eine Anzeige an die BIA erstattet. Die BIA ist zuständig dafür. Ich habe ihn nicht gefragt, denn wer mir nichts mitteilt und wer die BIA einschaltet, bei dem sehe ich keine Veranlassung, ihn dann weiter um irgendetwas zu fragen, weil die Sache ist dann ... Spätestens mit der erstmalig mir ersichtlichen Mitteilung, wo er behauptet hat, die Ressortleitung hatte an

ihn „Wünsche“ – unter Anführungszeichen –, ist die Anzeige an die BIA erstattet gewesen.

Ich habe draufgeschrieben „für mich kein Handlungsbedarf“ und habe dieses Mail in meinem Panzerschrank verwahrt. Ich habe keine Aktivitäten gesetzt, war auch nicht zuständig dafür.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ist die BIA dann in dieser Causa an Sie herangetreten? **Dr. Buxbaum: Nein!)** – Sie persönlich haben von der Ressortleitung nie irgendwelche dementsprechenden Aufträge oder Wünsche mitgeteilt bekommen?

Dr. Erik Buxbaum: Nein. Weder schriftlich, noch mündlich, weder von der Ministerin, noch von einem Kabinettsangehörigen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Es hat bei der Hausdurchsuchung am 21. Juni diesen „Weninger-Fund“ am PC gegeben. – Wie sind Sie über diesen Fund in Kenntnis gelangt?

Dr. Erik Buxbaum: In Kenntnis gelangt bin ich durch ein Mail des zuständigen Bearbeiters, der Herrn Dr. Haidinger berichtet hat, dass da Unterlagen aufgetaucht sind. Ich habe meine Unterlagen natürlich in Vorbereitung angeschaut, und da war eine Beilage nicht dabei, über ein Ergebnis.

Ich habe dann noch draufgeschrieben, weil ich habe das ... – Wie üblich habe ich alle Berichte mit halbwegs Substanz dem Kollegen Ita und später dem Kollegen Wechner geschickt, aus Informationsgründen, und da habe ich gesehen, dass eine Beilage nicht dabei ist. Und ich sage offen hier in diesem Raum: Ich habe mich schwer gehütet, diese Beilage über angebliche Geldflüsse von der SPÖ oder besser gesagt an die SPÖ anzufordern.

Ich habe nur draufgeschrieben, die Beilage ist nicht dabei, ich fordere sie auch nicht an, denn ich habe es mir abgewöhnt – ich habe das auch in der letzten Befragung gesagt, es ist immer mehr an die Öffentlichkeit gekommen –, einen Bericht anzufordern, den ich persönlich nicht brauche, der dann nur irgendwo aufscheinen kann.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Haben Sie von dieser angeblichen Übergabe oder Weiterleitung dieses Weninger-Fundes, dieser Unterlagen – ein oder zwei Seiten – an das Kabinett – im Konkreten an den Herrn Treibenreif – irgendetwas erfahren?

Dr. Erik Buxbaum: Nein, ich habe nichts erfahren. Ich habe das dann lediglich in den Medien verfolgt, diese Behauptung, dass irgendwelche Unterlagen an den Generalmajor Treibenreif übergeben wurden. Ich hatte bis heute keine Kenntnis davon, ob das stimmt oder nicht.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Wir haben das das letzte Mal schon kurz besprochen, aber ich frage Sie noch einmal: Im Zusammenhang mit der SOKO BAWAG hat es doch eine Verwunderung des SOKO-Leiters Salomon und auch des Herrn Dr. Haidinger gegeben, dass ab einem gewissen Zeitpunkt auch das BIA eingeschalten war und Ermittlungen durchgeführt hat, ohne es irgendjemandem mitzuteilen, sondern es ist so herübergekommen, dass das zufällig bekannt geworden ist, dass auch das BIA ermittelt.

War Ihnen das auch bekannt, dass das BIA parallel ermittelt?

Dr. Erik Buxbaum: Mir ist es lediglich durch die Mails bekannt geworden, die eben zwischen Salomon und Haidinger gewechselt wurden. Das war meine einzige Informationsquelle. Ich habe es nicht gerade als optimal empfunden, dass zwei Stellen unabhängig voneinander an einer Sache arbeiten, aber erst später hat sich dann im U-Ausschuss ... – Im Ausschuss wurde ja vom Kollegen Kreutner gesagt, es gab einen staatsanwaltlichen Auftrag dafür, speziell an die BIA. – Ich kannte ihn nicht. Dieses

Geplänkel hat sich dann, glaube ich, auch bereinigt, weil man gesagt hat, okay, wenn bei der BAWAG Amtsdelikte dabei sind, macht das die BIA, und ansonsten ist einzig und allein die SOKO zuständig. Dieser Schriftverkehr ist dann auch versiegt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Aber Sie haben das nicht als sehr optimal empfunden?

Dr. Erik Buxbaum: Nein. Das kann nicht optimal sein, wenn an einer Sache zwei Leute oder zwei Organisationseinheiten arbeiten, die voneinander nichts wissen. Das hat allerdings die Ermittlungen in der Causa BAWAG selber wohl nicht behindert. Die hat die SOKO meiner Meinung nach tadellos gemacht. (Abg. **Krainer:** *Die BIA hat nicht gewusst, dass es die SOKO BAWAG gibt, oder die SOKO BAWAG hat nicht gewusst, dass die BIA ...?*)

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Entschuldigung, es ist der Kollege Westenthaler am Wort!

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Aber Sie können gerne antworten, wenn Sie wollen.

Dr. Erik Buxbaum: Ja, ich antworte gern. Ich kann nur Kaffeesud lesen. Ich gehe davon aus, sie haben es gewusst, aber da ich keinen Kontakt mit der BIA hatte, kann ich das nicht beantworten. Ich nehme wohl an, dass es bekannt war, auch bei der BIA, dass es eine SOKO BAWAG gibt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ist Ihnen bekannt, dass die BIA sonst noch wo parallel ermittelt – zu Ermittlungen, die eigentlich de facto die BIA nichts angehen?

Dr. Erik Buxbaum: Nein, ist mir nicht bekannt. Die BIA ist mir nicht berichtspflichtig. Ich bekommen nur auch heute noch ab und zu Anzeigen oder dann auch Einstellungen vom Gericht gegen Polizisten, wo es um Amtsdelikte geht. Mir ist persönlich kein Fall vergleichbarer Art bekannt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Haben Sie mit Herrn Mag. Kreutner persönlich einmal etwas zu tun gehabt?

Dr. Erik Buxbaum: Nein, außer allenfalls irgendwo bei ein, zwei Besprechungen in den acht Jahren. Persönlich hatte ich kaum Kontakt mit ihm.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Können Sie uns etwas über einen Herrn Mag. Gerhard Schneider erzählen, by himself genannt „engster Mitarbeiter Haidingers“, der da auf eigene Faust sozusagen ermittelt hat? Welche Position hatte der, welche Rolle hat der gespielt?

Dr. Erik Buxbaum: Die Person des Kollegen Schneider war mir an sich bekannt, sehr vage, wie er früher in der Fremdenpolizei war, dann in der Sicherheitsakademie tätig war. Dann hat sich die Spur aus meinem Gedächtnis verloren, und er ist dann wieder aufgetaucht, wie er als engster Mitarbeiter und Aufdecker in den Medien aufgetaucht ist. Dann habe ich erst nachvollziehen können, dass er inzwischen im Bundeskriminalamt gelandet ist. Ich hatte von seinen Aktivitäten keine Ahnung. Ich wusste nicht einmal, dass er dort sitzt.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Es gibt diese Geschichte mit dem Flug, den Sie gemeinsam mit Dr. Haidinger nach Tirana gemacht haben, wo er Ihnen – laut Aussagen Haidinger – einiges über das BIA und Herrn Major Lang erzählt haben soll. – Wissen Sie da etwas? Können Sie uns da etwas mitteilen?

Dr. Erik Buxbaum: Erstmalig wurde ich mit dieser Behauptung im „NEWS“ konfrontiert, wo etwas abgedruckt war. Damals wusste ich nicht, stimmt das oder nicht. Es kann ja bald etwas in den Medien stehen.

Dann wurde ich von der SOKO Marent befragt. Ich habe mein Gewissen erforscht, habe auch mit dem Kollegen Lang gesprochen: Dies war kein Thema während dieses Fluges, sondern es war einzig und allein ein Thema, dass ich diese Konstruktion BIA als nicht optimal empfunden habe, wofür die BIA nichts kann, weil die wurde eingerichtet, und ich finde, es ist gut, wenn sich eine Stelle mit solchen Dingen – mit Vergehen von Beamten, mit Amtsdelikten – beschäftigt, und ich glaube, der jetzige Gesetzentwurf, den ich schon flüchtig angesehen habe, bestätigt eigentlich meine Meinung, dass es wichtig ist, dass auch die BIA kontrolliert wird – wie jeder andere Beamte. (*Obmann-Stellvertreter Parnigoni übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Das heißt, die ursprüngliche Idee des BIA war eben, intern zu ermitteln (*Dr. Buxbaum: Ja!*) gegen Korruption, was auch immer, was sich dann aber nach einer gewissen Zeit verselbständigt hat, weil das BIA ja auch nach dem Selbstverständnis des Herrn Kreutner ein Amt beziehungsweise eine Institution ist, wo jedermann hingehen kann, anzeigen kann und die dann sofort ermittelt. – Erachten Sie das als Aufgabe des BIA?

Dr. Erik Buxbaum: Wenn dem so ist – aber ich habe keinen Einblick in die Arbeit der BIA, ich kann dazu nichts sagen. Ich kann nur das eine sagen: Mir ist sehr recht, wenn jetzt in etwa so eine Regelung kommt, wie sie in dem Entwurf enthalten ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben in der letzten Sitzung von zwei Sitzungen gesprochen, die mit Ihnen und den Abteilungsleitern des Hauses stattgefunden haben, betreffend welche Akten diesem Ausschuss zu übermitteln sind. Ich hätte gerne die Frage beantwortet, wann diese Sitzungen stattgefunden haben.

Dr. Erik Buxbaum: Ich kann mich zwar nicht genau erinnern, was ich gesagt habe, aber ich habe sicher nicht gesagt, dass ich eine Sitzung mit den Abteilungsleitern hatte, sondern was zu schicken ist ... (*Abg. Krainer: Mit den Sektionsleitern!*) – Es gab eine Sitzung, die vom Ministerbüro einberufen wurde, wo wir zusammengekommen sind, aber nicht eigentlich, **was** zu schicken ist – das ergibt sich ja aus dem Beweisbeschluss, da fährt ja die Eisenbahn darüber –, sondern es sind die Akten vorzulegen. Ich habe in der Sitzung mehrfach die Meinung vertreten – räume ein, allerdings fokussiert auf kriminalpolizeiliche Akten –, dass die tutto completo möglichst schnell vorzulegen sind, aus dem simplen Grund, um die Sache zu beschleunigen. Dann kamen auch Bedenken von anderen – in Personalakten et cetera insbesondere –, dass das da nicht so einfach ist wegen der personenbezogenen Daten.

Also es war eine technische Besprechung, aber nicht, **welche** Akten vorzulegen sind, sondern dass das möglichst gut organisiert ist. Es ist dann eine Clearingstelle eingerichtet worden. Es gab Sektionsverantwortliche, die die Akten im Bereich der Sektion zusammengestragen. Es war also eine technische Besprechung, und sie drehte sich auch darum, wie man mit dem Datenschutz umgeht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage aber war, **wann** diese beiden Sitzungen stattgefunden haben.

Dr. Erik Buxbaum: Ich weiß das nicht mehr, ich habe es in meinem Kalender vermerkt, da kann ich ... – Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Könnten Sie das dem Ausschussvorsitzenden per Brief mitteilen?

Dr. Erik Buxbaum: Ja, ich kann das selbstverständlich machen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie mitbekommen, dass es verschiedene Überlegungen gab, wie man den Fall BAWAG jetzt rein von der Struktur her seitens der Polizei aufklären soll? Dass da verschiedene Varianten in Diskussion waren?

Dr. Erik Buxbaum: Nein, das habe ich nur – wenn ich ehrlich bin – in der APA gelesen, die Aussage, dass diskutiert wurde, wer nun die BAWAG löst. Ich habe gesehen, eine SOKO wurde eingerichtet. Ich habe das eigentlich für vernünftig und richtig empfunden, und das war es.

Ich war nicht beteiligt, mir war auch nicht bekannt – wenn es so war –, dass eine Diskussion stattgefunden hätte, wer sich nun im Auftrag des Gerichtes um die Causa BAWAG kümmert. Ich war an einer allfälligen Diskussion nicht beteiligt, sondern ich habe diese Lösung auf den Tisch bekommen, vom Direktor eingerichtet, und das war meiner Meinung nach eine gute Lösung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben ja im Berichtsweg Salomon-Haidinger Informationen bekommen, die Sie in aller Regel an den Mag. Ita weitergeleitet haben. Hat er manchmal bei Ihnen nachgefragt – jemals?

Dr. Erik Buxbaum: Nein. Ich kann es mit 99-prozentiger Sicherheit ausschließen. Dass er halt irgendwann einmal angerufen hätte – das liegt jetzt schon ein bisschen zurück – ... Ich kann mich nicht daran erinnern und schließe es nahezu aus, dass er irgendeine Frage hatte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn da irgendwelche Vermerke oder Attachments dabei waren – also Dokumente angehängt –, haben Sie die angeschaut?

Dr. Erik Buxbaum: Den Berichten Salomon waren wohl kaum, soweit ich mich erinnern kann ... – Es waren ungefähr 50, es waren ja keine Attachments, es waren Berichte über den Fortgang, über die Maßnahmen, nach Amerika fliegen, wie viele Kisten Akten, wie viele Leute sind bei der SOKO. Es waren mehr Formalberichte. Es waren auf jeden Fall keine Niederschriften oder konkrete Ermittlungsergebnisse in speziellen Sachen dabei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aktenvermerke oder dergleichen?

Dr. Buxbaum: Nein! – Sie haben ja erzählt, dass Sie einmal ein Mail bekommen haben, wo auf ein beiliegendes Dokument verwiesen wurde, das aber nicht beigelegt ist. (**Dr. Buxbaum:** Ja!) – Ist es möglich, dass ein anderes Mal schon welche dabei waren, die Sie weitergeleitet haben? Wenn ich Ihnen jetzt etwas vorlege, könnten Sie sagen, ob Sie das kennen? **Dr. Buxbaum:** Bitte, gerne!!)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Fürs Protokoll: Das ist derselbe Aktenvermerk, der bereits dem Mag. Ita vorgelegen ist, vom 8. Juni 2006 vom Herrn Folger. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*)

Dr. Erik Buxbaum: Wenn ich ehrlich bin, ich bin überfragt. Kommt mir irgendwie bekannt vor, die Geschichte, aber beschwören kann ich es nicht. Ich kann es momentan nicht sagen. (*Obmann Dr. Fichtenbauer übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann darf ich Ihnen einen zweiten vorlegen, vom 14. Juni. (*Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*)

Dr. Erik Buxbaum: Das ist dasselbe in Grün. Die Erinnerung ist nicht sehr frisch. Ich weiß allerdings, dass ja die SOKO beziehungsweise der Herr Folger darauf aufmerksam gemacht hat, dass es Kredite gibt, wo die SPÖ aufscheint, wo der Vermerk Sicherheit blanko ausgefüllt ist.

Da hat sich dann der Kollege Haidinger damit beschäftigt, dem genau nachzugehen. Daran kann ich mich erinnern. Ob diese beiden Aktenvermerke dabei waren, weiß ich nicht mehr. – Einer zummindest, der nicht mit der Protokollnummer, kommt mir sehr bekannt vor, weil dieses Faktum ist mir in Erinnerung, dass man eben bei der BAWAG Unterlagen solcher Kredite geortet hat und sich mit der Frage beschäftigt hat, ob da nicht Untreue vorläge, was aber offensichtlich nicht der Fall ist.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Herr Generaldirektor! Es sind da eben im Zusammenhang mit der Übermittlung der BAWAG-Akten Vorwürfe an die Ressortführung, an Mitglieder des Kabinetts gerichtet worden.

Wie hat jetzt eigentlich diese Übermittlung der BAWAG-Akten an den Ausschuss Ihrer Meinung nach stattgefunden? Wie war das geregelt? Hat es da Ihrer Meinung nach irgendwelche Probleme gegeben, irgendwelche Verzögerungen, die durch Einflussnahme von Dritten geschehen sind? Wer war eigentlich dafür verantwortlich? Wie ist der Aktenlauf gewesen?

Dr. Erik Buxbaum: Die Anforderungen sind vom Ausschuss ans Haus gekommen. Ich habe das Bundeskriminalamt – im Speziellen den Kollegen Haidinger – beauftragt, dafür Sorge zu tragen. Die haben die Akten zusammengesucht und in Eigenregie dem Ausschuss vorgelegt. Also verantwortlich war das Bundeskriminalamt für das Suchen und für die hoffentlich – unter Anführungszeichen – „Vollständigkeit“ der Akten. Ich habe ja bei meiner ersten Befragung schon darauf Bezug genommen, dass ich nicht bereit war zu unterschreiben, dass alle Akten vorgelegt werden, denn ich hatte keine Akten und habe sie auch nicht gezählt.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Die Weisung, wie das zu geschehen hat und wer das durchzuführen hat, die ist aber von Ihnen gekommen? (**Dr. Buxbaum:** Ja!) Das Bundeskriminalamt hat sie erstellt. Wer hat dann diese Akten abgezeichnet und wie sind sie dann weitergeleitet worden?

Dr. Erik Buxbaum: Einmal hat es mein Stellvertreter – ich habe eben nachgeschaut, sonst hätte ich das nicht gewusst – unterschrieben, das Abadressat, und mehrfach der Kollege Zwettler, meiner Erinnerung nach. Aber das war ein Routinevorgang, nämlich die Akten wurden beigeschafft, entsprechend formatiert und abgeschickt. Sie sind meines Wissens auch nicht meinem Stellvertreter vorgelegen, nämlich dass er jetzt die Kisten untersucht hätte, und meines Wissens waren die Akten auch nicht im Ministerbüro. Das war ja eine unheimliche Menge, und die sollten ja dringend vorgelegt werden.

Es war meiner Meinung nach eine Formalunterschrift oder ein Formalbericht, der dann dem Ministerbüro vorgelegt wurde, sozusagen eine Vollzugsmeldung, die Akten sind jetzt weg.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Es sind ja dann Vorwürfe erhoben worden, dass diese Übermittlung nicht ganz korrekt war. Haben Sie jemals ein Indiz dafür gehabt oder ist Ihnen jemals berichtet worden, dass es diesbezüglich einen Missstand gegeben hätte oder dass nicht alles korrekt gelaufen wäre?

Dr. Erik Buxbaum: Mir ist im Zuge dieser Aktion nichts berichtet worden. Ich wurde genauso wie bei der angeblichen Äußerung während der Flugreise meines Wissens im „NEWS“ damit konfrontiert, wo Haidinger laut „NEWS“ ... Dann wurde ich auch von der Marent-Kommission befragt, es wäre ein Papier unzulässigerweise unkenntlich gemacht worden. Das hätte ihm der Kollege Zwettler berichtet. Haidinger hätte das nicht als ordentlich, nicht als korrekt empfunden und hätte Zwettler beauftragt, mir das zu sagen. – Das stimmt nicht.

Mich hat nie jemand informiert, dass etwas nicht in Ordnung gewesen wäre. Es wäre auch völlig sinnlos gewesen, mich anzurufen und zu sagen, es war nicht in Ordnung. Es wäre, glaube ich, Aufgabe des Dr. Haidinger gewesen, allfällige Unkorrektheiten zu beseitigen und zu korrigieren.

Der langen Rede kurzer Sinn: Nein, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Das heißt, es stimmt nicht, dass – wie Herwig Haidinger behauptet hat – Sie und der stellvertretende Kabinettschef Dr. Wechner über diesen Sachverhalt informiert worden sind.

Dr. Erik Buxbaum: Nein – sofern dieser Sachverhalt sich überhaupt ereignet hat.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Sie haben dann auch in Ihrer Zeugenaussage gemeint, Haidinger hätte da eigentlich selbst aktiv werden müssen. Wie ist das zu verstehen?

Dr. Erik Buxbaum: Wenn ich in meinem Amt – wenn ich mich in die Rolle des BKA-Direktors hineinversetze – einen Mangel entdecke – ich rede nicht vom Strafgesetzbuch –, ist es meine Aufgabe, diesen Mangel, wenn er behebbar ist, zu beseitigen und nicht den Generaldirektor anrufen zu lassen.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Das heißt, es wäre eigentlich die Dienstpflicht des Herwig Haidinger gewesen, wenn es Missstände gegeben hätte oder er solche irgendwo konstatiert hätte, die zuständigen Dienstvorgesetzten auf der einen Seite oder allenfalls die Staatsanwaltschaft auf der anderen Seite oder das BIA einzuschalten.

Dr. Erik Buxbaum: Wie immer, Herr Abgeordneter, Haidinger das gelöst hätte – es hätte ja auch ein Missverständnis sein können, ein Fehler, ich will das jetzt nicht beurteilen –: Unter der Voraussetzung, es hat sich mit diesem geheimnisvollen Papier wirklich so abgespielt, wäre es wohl seine Aufgabe gewesen, die Sache in Ordnung zu bringen.

Aber der langen Rede kurzer Sinn: Ich habe nie eine Mitteilung bekommen, außer im „NEWS“ vor einigen Monaten und dann bei der Marent-Kommission.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang ganz generell das Führungsverhalten Haidingers? – Diese Frage ist ja auch deswegen wichtig, weil er ja nicht wiederbestellt wurde. Was waren denn Ihrer Meinung nach die Gründe, warum er nicht als BKA-Chef wiederbestellt wurde?

Dr. Erik Buxbaum: Das kann ich schwer bis nicht beantworten, denn ich wurde im Zuge der Nicht-Weiterbestellung nicht eingebunden, nicht gefragt. Ich bitte um Nachsicht: Ich kann das nicht beantworten, weil ich in den Prozess der Nichtbestellung nicht eingebunden wurde.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Sie haben im Zusammenhang mit der Weiterbestellungskommission dort keine Stellungnahme abgegeben?

Dr. Erik Buxbaum: Da wurde ich als Auskunftsperson geladen, um ein Gutachten für den Minister abzugeben, und ich habe dort meine Meinung deklariert: fachlich in Ordnung, aber schwierig – um es vornehm auszudrücken.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Es wurde jetzt schon mehrfach angesprochen, dass Herr Dr. Haidinger diverse Vorwürfe erhoben hat, etwa Rechtswidrigkeiten, Manipulationen, Versagen im Management et cetera. Das geht etwa aus einem E-Mail von Herrn Dr. Haidinger an Philipp Ita am 7. 3. 2006 hervor. Dieses E-Mail wurde auch von Herrn Abgeordnetem Westenthaler am 23. 4. 2008 in unserer Sitzung angesprochen. Wurden Sie über derartige doch nicht ganz unmassive Vorwürfe überhaupt nicht informiert?

Dr. Erik Buxbaum: Mir hat der Kollege Haidinger – ich habe das auch vorige Woche gesagt – in keiner Weise irgendeinen Hinweis gegeben, dass da Dinge passieren, die abgestellt gehören, die allenfalls sogar strafrechtswidrig sind – mir nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Aber wäre da nicht von ihm der Dienstweg einzuhalten gewesen? Hat er diesen Dienstweg eingehalten? Ich gehe schon davon aus, dass es einen Dienstweg gibt, wie man solche Beschwerden vorbringt, das es

ja nicht normal ist, dass jeder Beamte damit gleich an die Öffentlichkeit geht, sondern dass es sehr wohl Regelungen gibt, wie man sich bei solchen Vorwürfen zu verhalten hat. Hat sich Herr Dr. Haidinger daran gehalten oder nicht?

Dr. Erik Buxbaum: Ich bin nicht sozusagen der Richter des Kollegen Haidinger. Ich kann nur sagen, ich hätte mir erwartet, dass er sich, wenn er ernste Probleme hat – mit wem auch immer –, mit mir bespricht. Das hat er nicht gemacht. Ich kann nicht beurteilen, was ihn dazu bewogen hat, und ich weiß auch nicht, was stimmt oder nicht stimmt. Mit mir hat er nie ein Wort über ernste – bis zum Strafrecht – Rechtsverfehlungen im Haus gewechselt.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Ich finde das vor allem auch deshalb erstaunlich, denn wäre Haidinger ein „normaler Angestellter“ gewesen, hätte ein solches Verhalten sogar zur Entlassung wegen Vertrauensunwürdigkeit berechtigt.

Deshalb: Welche Konsequenzen hätte ein solches Verhalten eigentlich in Ihrem Ministerium gehabt, wenn sich Herr Dr. Haidinger nicht an den Dienstweg hält? Da muss es doch irgendwelche Konsequenzen geben – oder ist das völlig sanktionslos?

Dr. Erik Buxbaum: Ich bin Gott sei Dank nicht Disziplinarvorgesetzter seit der Reform der Generaldirektion. Ich meine, man soll hier die Kirche im Dorf lassen. Dienstweg ist gut, aber wir alle wissen, er ist nicht immer einhaltbar. In diesem konkreten Fall hätte ich mir erwartet, dass Dr. Haidinger mir seine Probleme, seine Wahrnehmungen mitteilt, und dann hätten wir das gemeinsam besprochen. Ich möchte aber die hypothetische Frage, was gewesen wäre, wenn, nicht beantworten, wenn mir das erlaubt ist.

Mir wäre es lieber gewesen, er hätte das mit mir besprochen. Das wäre vielleicht eine Gelegenheit gewesen, es zu bereinigen. Die Chance hat er nicht ergriffen, und ich hatte sie auch nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Von der SOKO Vorarlberg wurde Ihnen folgende Frage gestellt: Sie haben am 12., 14., 15. und 20. 9. 2006 Mails von Haidinger erhalten, aus denen im Fall Kampusch ein Konflikt zwischen ihm und Generalmajor Koch ersichtlich ist. Sie wurden dann gefragt, ob Sie daraufhin jemanden kontaktiert haben, etwas veranlasst haben oder eine Anordnung getroffen haben.

Ihre Antwort war:

Dieser Mail-Verkehr war von äußerst niedrigem Niveau und aus persönlichen Gründen geführt. Ich hatte keine Veranlassung, einzugreifen. – Zitatende.

Haben Sie von Herrn Dr. Haidinger öfters solche E-Mails von so – wie Sie sagen – „niedrigem Niveau und aus persönlichen Gründen“ bekommen?

Dr. Erik Buxbaum: „Niedriges Niveau“, man sagt solche Sachen halt wahrscheinlich, man kann sie nicht einfangen. Es war sicher kein hohes Niveau, und es war nicht das einzige und das erste ... – Mein Niveau ist es nicht. Wenn ich jemanden mit einem Mail beteile, dann ist das für mich ein Schreiben wie jedes andere. Da bin ich höflich und enthalte mich in aller Regel sarkastischer oder sonstiger Bemerkungen. Das ist mir nur besonders aufgefallen. Jeder hat seinen Stil. – Ich habe einen anderen.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): In dieser Einvernahme vor der SOKO Vorarlberg haben Sie auf eine Frage geantwortet:

Ich gehe aber davon aus, dass diese Kollegen im BKA in dieser Zeit unter starkem Druck von Haidinger standen. – Zitatende.

Hatte Dr. Haidinger öfter Druck auf seine Mitarbeiter ausgeübt? Ist eine solche Druckausübung als üblich oder als Besonderheit des Dr. Haidinger anzusehen? Ist es im Innenministerium üblich, dass dort Druck auf Mitarbeiter ausgeübt wird?

Dr. Erik Buxbaum: Ich würde sagen, es ist in keinem Ministerium üblich, aber Druck muss manchmal auch ausgeübt werden, wenn es notwendig ist. Es gibt Menschen, die arbeiten nur, wenn man sie drückt. Das ist eine Erfahrungstatsache. Ich weiß nur, dass Mitarbeiter es mit ihm nicht immer leicht gehabt haben – vorsichtig ausgedrückt –, aber da bitte ich um Verständnis, da würde ich anregen oder bitten, die Mitarbeiter selber zu fragen. Ich hatte mit Haidinger persönlich kein Problem.

Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP): Herr Dr. Haidinger hat Ihnen auch zirka Mitte 2007 schriftlich mitgeteilt, dass er gerne eine Evaluierung in der Causa Kampusch hätte. – Wie haben Sie darauf reagiert?

Dr. Erik Buxbaum: Wir haben das in einer Teamsitzung besprochen und haben gemeint, in eine Evaluierung muss man sehr viel investieren, wenn man sie ehrlich meint, wenn man nicht Schuldige suchen oder ein Theater machen will – um es nicht vornehm auszudrücken.

Da muss man in die Vergangenheit zurückgehen, einmal die Spielregeln und die Arbeitsbedingungen prüfen, die die Leute damals hatten, ihre Gerätschaften, ihre EDV-Unterstützung, das Personal, die Ausbildung, wie es ihnen gegangen ist. Man muss Interviews machen, man muss den ganzen Prozess nachvollziehen, aber nicht aus der Sicht, dass Mängel passiert sind, sondern eine Evaluierung, wie ich sie verstehe, ist, dass man einen Prozess – einen schwierigen – nachvollzieht und daraus Verbesserungs-, Optimierungsmöglichkeiten herausliest.

Die Bewertung der beiden Ermittlungen – ich weiß ja, worauf Sie hinauswollen –, die Ermittlungen zu evaluieren, das war nicht notwendig, die waren ja evident. Da gab es zwei Hinweise, denen man nachgegangen ist – retrospektiv betrachtet in einer Art und Weise, die man anders machen hätte können. Kriminalroman von hinten gelesen.

Aber eine Evaluierung dafür habe ich nicht für notwendig gefunden. Die Vorgangsweisen waren evident. Die waren dem Haus bekannt, die waren der Ministerin bekannt, mir bekannt, dem Staatsanwalt bekannt. Eine Evaluierung ist ein Prozess, der sich über Monate hinzieht und der möglichst von einer Stelle gemacht werden soll, die nicht direkt beteiligt ist.

Ich habe das also nicht als vordringlich empfunden. Eine Evaluierung hat dann zu geschehen, wenn Ruhe in der Sache eingekehrt ist, wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind, der Aktendeckel zu ist und nicht sozusagen aus einer Aufgeregtheit heraus.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Herr Generaldirektor, ich habe noch eine Zusatzfrage. Sie haben davon gesprochen, dass es immer wieder Kontakte mit Dr. Haidinger gegeben hat, insbesondere bei den Teamsitzungen.

Ist bei diesen Teamsitzungen die Causa BAWAG und vor allem die Sache Vorlagen Weninger in irgendeiner Art und Weise von Haidinger angesprochen worden, oder hat es bei diesen Teamsitzungen konkrete Gespräche in diese Richtung gegeben?

Dr. Erik Buxbaum: Meiner Erinnerung nach nicht. Ich glaube, es wäre auch völlig verfehlt gewesen, ein Spezialproblem ... – Teamsitzungen dienten dazu, eher aktuelle Sachen, die für die anderen von Interesse sind, wo die Meinung der Kollegen eingebracht werden kann, informativ ... Ich will es jetzt nicht hundertprozentig ausschließen, aber nahezu. Wer wann vorgeladen wird, das wusste nicht einmal ich, geschweige denn wäre es ein Gegenstand für die Teamsitzung gewesen. Das ist ja für neun Zehntel aller Anwesenden völlig uninteressant.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Eine Zusatzfrage, Herr Generaldirektor: Hat Herr Dr. Haidinger Ihnen irgendwann einmal erklärt, dass er diesbezügliche Unterlagen an Generalmajor Treibenreif weitergegeben hat? **Dr. Buxbaum: Nein!**

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Das Fragerecht geht an die Grünen über.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Herr Generaldirektor, Ihr Ansprechpartner im Kabinett in der Causa BAWAG war immer Kabinettschef Ita?

Dr. Erik Buxbaum: Das klingt fast so, als ob ich das Ministerbüro in der Causa BAWAG ständig angesprochen hätte. – In der Regel war es der Kabinettschef, dem ich die Berichte geschickt habe, das ist korrekt. Aber die Causa BAWAG war für mich eigentlich kein Ansprechthema, sondern hier hat die SOKO Flip für die Staatsanwaltschaft gearbeitet. Und mein Prinzip war, diese in Ruhe unbeeinflusst arbeiten zu lassen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Ich wollte Ihnen auch nichts anderes unterstellen, falls Sie das so aufgefasst haben.

Dr. Erik Buxbaum: Nein, ich habe es nicht so aufgefasst; nur weil Sie „ständiger Ansprechpartner“ sagen.

Ja, korrekt: Wenn es da irgendetwas gegeben hat, habe ich das normalerweise mit Kollegen Ita besprochen, vielleicht auch mit Treibenreif. Aber es war fast nichts inhaltlich zu besprechen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Ich frage das auch deshalb, weil ja sämtliche Ihrer E-Mails (**Dr. Buxbaum: Ja!**), die an das Kabinett gegangen sind, an Ita gegangen sind.

Meine nächste Frage wäre gewesen: Hat sich die Ansprechperson Ita aus der Funktion ergeben? Oder wurde Ihnen die Ansprechperson Ita vom Kabinett als in dieser Causa zuständig mitgeteilt?

Dr. Erik Buxbaum: Die hat sich für mich aus der Funktion ergeben.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Aus der Funktion. (**Dr. Buxbaum: Ja!**) – Ist davon auszugehen, dass Kabinettschef Ita in der Causa BAWAG vollinhaltlich informiert war?

Dr. Erik Buxbaum: Herr Abgeordneter, können Sie mir bei der Präzisierung dieser Frage helfen? Wie soll ich wissen, ob und wie weit Ita informiert war?

Ich kann nur sagen, dass er das, was ich ihm geschickt habe, wahrscheinlich gelesen und, so nehme ich an, auch der Ministerin berichtet hat. Das war der Sinn des Ganzen; nicht, um den Kollegen Ita zu sponsern, sondern dass die Ressortleitung über den Fortgang der Ermittlungen im Wesentlichen Bescheid weiß.

Was er sonst gewusst oder nicht gewusst hat – wenn die Frage darauf abzielt –, das kann ich nicht beantworten, weil ich darüber keine Informationen habe.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Das heißt, der Hauptzweck der Information Itas war das Bindeglied zur Ministerin? **Dr. Buxbaum: Jawohl!** – Wissen Sie, ob die Berichtslinie Salomon – Haidinger – Sie – Ita immer eingehalten wurde? Oder gibt es auch Indizien dafür, dass diese Berichtslinie mitunter andere Wege gegangen ist?

Dr. Erik Buxbaum: Ich muss gestehen, ich habe selbst ein, zwei Mal, als ich mir die SOKO-Berichte wieder zu Gemüte geführt habe, vergessen, sie ins Ministerbüro zu schicken. Es hat aber keiner nachgefragt.

Ich habe keine Indizien dafür, dass diese Routineberichte – ich rede von diesen Routineberichten – auf einem anderen Wege geschickt wurden. Wer sonst sich Berichte über Einvernahmen, Ladungstermine oder sonstige Ermittlungsergebnisse geholt hat, darüber habe ich keine Informationen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Weil Sie jetzt sehr bewusst die Berichte angesprochen haben: Haben sie irgendwelche Anhaltspunkte dafür, dass es einen sonstigen Informationsfluss jenseits der Wochenberichte gegeben hat?

Beispielsweise jemand aus der SOKO mit einem anderen Kabinettsmitglied?

Dr. Buxbaum: *Nein!)* – Keine Beobachtungen? **Dr. Buxbaum:** *Nein!)* – War diese Berichtslinie von unten nach oben immer nur eine Berichtslinie von unten nach oben? Oder war es auch so, dass manchmal aus dem Kabinett heraus diese Linie benutzt wurde, um Aufträge nach unten zu vergeben?

Dr. Erik Buxbaum: Im Wege von mir schließe ich das zu 99 Prozent aus. Die Erinnerung ist vielleicht nicht immer so, dass Aufträge kamen, sondern Haidinger hat ja selbst festgelegt: Salomon soll ihm berichten, er berichtet mir. Ich habe dann in Eigenregie – ohne dass er mich dazu aufgefordert hat – die Routineberichte oder ein, zwei andere Mails einschlägiger Art dem Kollegen Ita geschickt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Hat es irgendwann einmal, vom Kabinettschef Ita an Ihre Person herangetragen, Wünsche, Aufträge et cetera im Zusammenhang mit der Causa BAWAG gegeben? **Dr. Buxbaum:** *Nein!)* – Das heißt, hier war es ein ausschließlicher Kommunikationsfluss von Ihnen – in Ihrer Funktion in der Berichtslinie – zu Ita? **Dr. Buxbaum:** *Ja!)* – Und nicht umgekehrt? **Dr. Buxbaum:** *Nein!)* – Das heißt, das ist auszuschließen?

Dr. Erik Buxbaum: Das schließe ich aus.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Dann möchte ich Ihnen beispielhaft den Sachverhalt oder den Zeitablauf zur Einvernahme Zwettler – „vorhalten“ ist jetzt vielleicht der falsche Begriff, Sie sind ja nicht unmittelbar dafür verantwortlich. Am 7. April war die Einvernahme Zwettler. Am 8. und 9. April hat es bereits Berichte in der „Kronen Zeitung“ gegeben.

Meine Frage an Sie ist: Wer alles könnte über die sensiblen Ergebnisse dieser Einvernahme in diesem kurzen Zeitablauf informiert gewesen sein? Die erste Frage dazu ist: Waren Sie informiert, beziehungsweise wer könnte sonst noch informiert gewesen sein?

Dr. Erik Buxbaum: Ich war nicht informiert – Klammer auf: Gott sei Dank!, Klammer zu. Ich war nicht informiert.

Im Gelegenheitsverhältnis – auch das habe ich mir erlaubt, vorige Woche zu sagen – steht theoretisch jeder, der über diese Informationen verfügt. Wer alles außer der SOKO darüber verfügt hat ... – Haidinger hat sich offensichtlich – das habe ich eigentlich auch erst hinterher durch all die Vorwürfe, die er erhebt, erfahren – die Einvernahmen, glaube ich, schicken lassen.

Ich habe nie eine Einvernahme irgendeines Verdächtigen im BAWAG-Prozess gesehen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Teilen Sie die Einschätzung, dass davon auszugehen ist, dass die sensiblen Informationen entweder aus der SOKO oder – das kann man nie ausschließen – vom Betroffenen und seinem Anwalt selbst gekommen sind? Kämen noch andere Personen in Frage?

Dr. Erik Buxbaum: Ich glaube, jeder, der über so ein Papier verfügt, steht im Gelegenheitsverhältnis. Wer das in concreto war, weiß ich nicht. (Abg.

Mag. Steinhauser: *Danke!)*

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Kollege Neubauer, bitte.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Herr Generaldirektor, eingangs meine Frage: Haben Sie als Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit es eigentlich mitbekommen, dass die eingerichtete SOKO BAWAG ziemlich unzureichend ausgerüstet war? Haben Sie das in irgendeiner Form festgestellt? Wurden da Wünsche an Sie herangetragen, oder wie auch immer?

Dr. Erik Buxbaum: Nein. An mich wurde weder ein personeller, geschweige denn ein technischer oder ausrüstungsmäßiger Wunsch oder eine Sorge herangetragen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ich frage Sie das nicht ohne Grund, denn in seiner Befragung hat Herr Dr. Salomon hier die Feststellung getroffen:

„Wir mussten Dinge löschen, weil wir diese Menge an Bits und Bytes nicht mehr abspeichern konnten. Daher sind auch einige Sachen von mir im Zuge der Notwendigkeit, den Speicher zu bereinigen, vor einem Jahr oder vor einem halben Jahr gelöscht worden, ohne zu wissen, dass das für uns wesentlich ist.“

Ist das bei solchen Daten nicht ein bemerkenswertes Vorgehen? – Ich meine, es gibt immerhin schon die technische Möglichkeit eines USB-Sticks; es gibt die Möglichkeit, solche Daten auf einer externen Festplatte zumindest einmal zwischenzusichern.

Kommt Ihnen das nicht irgendwie merkwürdig vor?

Dr. Erik Buxbaum: Ich habe ja bereits gesagt, dass ich über Mängel oder über unzureichende EDV-Ausstattung keine Informationen hatte.

Ich habe diese Aussagen auch bereits gelesen und mitbekommen. Da hat es mich schon ein bisschen gerissen – das muss ich gestehen –, dass man aus Speicherkapazitätsmängeln Unterlagen löscht!

Ich glaube, es wäre wohl möglich gewesen, etwas aufzustellen. Das hätte aber vorausgesetzt, dass man sich röhrt. Ich hätte selbstverständlich die Kollegen in jeder Weise unterstützt. Aber an mich ist kein einziger Hinweis ergangen, dass irgendwo Mängel bestehen, dass Ausrüstung nicht vorhanden oder Speicherkapazität nicht da ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Um auf diese Reise zurückzukommen, die Sie gemacht haben – mittlerweile muss ich schon fragen: Haben Sie diese Reise nach Tirana gemacht?

Dr. Erik Buxbaum: Ja, es war das Projekt **PAMECA**, Unterstützung für Albanien, woran das BKA sehr stark beteiligt war. Ich war von PAMECA nach Albanien eingeladen, aber das ging so vor sich: am Abend hin und am nächsten Tag zurück. Das ist korrekt.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Darf ich Sie fragen, wer an dieser Reise insgesamt noch teilgenommen hat?

Dr. Erik Buxbaum: Kollege Haidinger wohl auf jeden Fall. Da wurde mir ja in Erinnerung gerufen, dass er mit mir im Flugzeug war, nämlich von ihm selbst via Medien.

Ich weiß das nicht mehr genau. Vielleicht Zwettler, aber ich weiß es nicht mehr. Von der Abteilung I/4 sicher, von der internationalen Abteilung, Haidinger und noch jemand. Ich gestehe offen ein, ich weiß es nicht mehr. Aber das lässt sich ...

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Können Sie sich noch daran erinnern, wer von den Medien mitgereist ist?

Dr. Erik Buxbaum: Von den Medien ist auf meinen Dienstreisen nie jemand mitgereist. Ich gehe davon aus, dass auch da niemand mitgereist ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Was die Unterhaltung betrifft, die Sie mit Herrn Dr. Haidinger auf dieser Reise geführt haben: Können Sie sich noch an einige Dinge erinnern, die beim Hinunterflug zwischen Ihnen ausgetauscht wurden?

Dr. Erik Buxbaum: Ich kann mich im Detail nicht erinnern. Allerdings zu den Behauptungen, ich hätte Informationen weitergegeben, die die BIA weitergegeben hätte: Das stimmt nicht! So etwas ist sicherlich nicht erfolgt. Wir haben wahrscheinlich über Gott und die Welt geplaudert, wie es auf einem Eineinhalb-Stunden-Flug eben so ist, aber im Detail ist mir nichts in Erinnerung.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Haben Sie Herrn Dr. Haidinger in irgendeiner Form beauftragt, konkrete Unterlagen zu Daten über Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ an Sie/das Kabinett zu übermitteln? (**Dr. Buxbaum: Nein!**) –

Wurden Ihnen Informationen über Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ selbst übermittelt?

Dr. Erik Buxbaum: Nein, keine Informationen, sondern nur allgemein der Hinweis – ich habe das bereits erwähnt –, dass es Kredite gibt, wo in der Rubrik Sicherheit ein Blanko sein soll, und dass man bei der Überprüfung festgestellt hat, dass das normale Bankgeschäfte waren und dass keine Geldflüsse festgestellt wurden.

Irgendwelche Hinweise oder Unterlagen dafür, dass so etwas stattgefunden hätte, habe ich nicht bekommen und schon gar nicht angefordert.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): In welcher Weise haben Sie Kenntnis vom Ergebnis der Hausdurchsuchung Weninger erhalten?

Dr. Erik Buxbaum: Überhaupt nicht.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): In überhaupt keiner Form? (**Dr. Buxbaum:** Nein!) Auch in der Folge nie? (**Dr. Buxbaum:** Nein!) – Wie ist denn Ihr persönliches Verhältnis zu Mag. Ita?

Dr. Erik Buxbaum: Es war ein korrektes dienstliches Verhältnis, wie es eben zu einem Kabinettschef besteht. Es war kein privates, freundschaftliches, aber es war ein gutes, korrektes Verhältnis, das von gegenseitigem – zumindest aus meiner Sicht, und ich nehme an, auch von ihm her – Respekt getragen war.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Gibt es jemanden Speziellen, der Ihnen von der SOKO BAWAG Bericht erstattet hat?

Dr. Erik Buxbaum: Nein, mit der SOKO BAWAG hatte ich nie einen direkten Kontakt.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Nächste Fraktion: BZÖ. – Da gibt es keinen Fragewunsch.

Nunmehr für 10 Minuten die Sozialdemokraten. – Bitte, Herr Abgeordneter Parnigoni.

Abgeordneter Rudolf Parnigoni (SPÖ): Herr Generaldirektor, wir haben jetzt sehr häufig aus Ihrem Mund gehört: Da haben Sie keine Informationen gehabt; das können Sie nicht wissen; das ist nicht an Sie herangetragen worden.

Sie sind sozusagen der oberste Beamte im Bundesministerium, der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit. Ihnen untersteht de facto alles in der Linie, auch das BVT, auch das BKA, weil ja der damalige Wunsch, diese beiden Ämter sozusagen selbstständig zu stellen, nicht beschlossen wurde. Es unterstehen Ihnen de facto alle Sektionschefs. Wie ist da dieses Berichtsverhältnis ganz generell gewesen? – SOKOs haben also an Sie nichts berichtet. Haben die Sektionschefs Ihnen laufend Informationen darüber gegeben, was sich in ihren Bereichen getan hat? Haben die Chefs des BVT oder auch des BKA Ihnen laufend berichtet, was sich in deren Bereich so tut? Ich nehme an, Sie müssen ja irgendwie auch die Verantwortung dafür getragen haben. Oder haben Sie das Gefühl gehabt, dass Sie oftmals sogar aus der Linieninformation ausgeschlossen waren? – Dies fürs Erste: Wie war dieses Verhältnis?

Dr. Erik Buxbaum: Ich möchte meine Gefühle einmal beiseite oder außen vor lassen. Ich meine, in einem so großen Apparat ist es selbstverständlich, dass es Bypässe und Wege gibt, wo man sich gegenseitig informiert. Ich habe das auch bei meiner gestrigen Befragung gesagt: Auch ich selbst bin ein Sünder und habe schon Kollegen gefragt, nicht den Chef. Das ist also in einem so großen Apparat unvermeidlich. Ich kann aber Verantwortung nur für das übernehmen, was ich amtlich erfahre oder wo ich eingebunden werde.

Außerdem haben Sie es gesagt, Herr Abgeordneter – wahrscheinlich haben Sie sich nur versprochen –: Die Sektionschefs sind „frei“. Ich bin Leiter der Sektion II; die Sektionen I, III und IV (**Abg. Parnigoni:** *Selbstständig!*) sind selbstständig. Die

Kollegen haben mir fallweise berichtet, bei der Teamsitzung oder in Einzelgesprächen. Ein regelmäßiger Rapport in dem Sinn hat nicht stattgefunden. Das war auch nicht sinnvoll, denn wenn kein Vertrauen gegenüber diesen Amtsleitern besteht, dann hat es keinen Sinn, mit ihnen einen Rapport zu machen. Ich bin davon ausgegangen, dass sie mich über das Wesentliche informieren.

Meine Informationswünsche wurden immer erfüllt, das möchte ich in diesem Sinne auch sagen. Ob und was sie mir nicht erzählt haben oder jemand anderem erzählt haben – da bitte ich um Nachsicht, das kann ich nicht sagen, weil ich dann nicht Empfänger dieser Meldungen war.

Abgeordneter Rudolf Parnigoni (SPÖ): Aber das BVT war schon, so wie das BKA, sozusagen ein bisschen unter Ihrer Obhut?

Dr. Erik Buxbaum: Natürlich war es unter meiner Obhut. Sie haben auch in wichtigen Dingen berichtet. Ich kann aber nicht ausschließen, dass man in irgendeiner Causa auch einmal berichtet hat, ohne mir etwas zu sagen.

Abgeordneter Rudolf Parnigoni (SPÖ): Von Ihrem Gefühl her: Hat Haidinger weniger oder schlechter informiert als etwa der Chef des BVT oder andere Abteilungsleiter Ihrer Linie?

Dr. Erik Buxbaum: Ich würde meinen, das sind große Ämter, die sozusagen nicht einmal Tür an Tür sitzen. Da muss es gestattet sein – so fair muss man sein –, dass sie auch einmal woanders berichten oder dass ich sie nicht gängle, dass sie mir jeden Schmarren erzählen; daran bin ich gar nicht interessiert. Außerdem habe ich ein Lebensprinzip: Wer mir etwas nicht sagt, wovon ich amtlich aus anderer Quelle nichts weiß, dann soll er es bleiben lassen.

Abgeordneter Rudolf Parnigoni (SPÖ): Es gibt keinen gravierenden Unterschied, dass man sagen kann, das BVT hat laufend, täglich ...?

Dr. Erik Buxbaum: Ich möchte es so formulieren: Die waren beide gleich gut.

Abgeordneter Rudolf Parnigoni (SPÖ): Okay, das reicht mir fürs Erste.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie dem Vorsitzenden mitteilen, wann diese zwei Besprechungen stattgefunden haben, für die Übermittlung der Akten, habe ich gleich eine Frage: Waren Sie auch in die Übermittlung der Akten an den Untersuchungsausschuss zur Finanzmarktaufsicht eingebunden? – Wir haben schon darüber gesprochen, dass Sie das nicht unterschreiben wollten.

Dr. Erik Buxbaum: Na ja, eingebunden – das ist schon gefragt worden. (Abg. **Krainer:** Ja, ja!)

Die Einlaufstücke sind gekommen, nämlich die Aufforderung, die Akten vorzulegen, und diese sind dann hurtig dem Direktor des Bundeskriminalamtes zur Erledigung zugewiesen worden. Insoweit eingebunden, aber nicht mehr und nicht weniger. Dann kam die Meldung im Durchschlag: Akten übermittelt. Und die wird dann dem Ministerbüro vorgelegt – oder Kollege Lang, wenn er mich vertreten hat –, dass die wissen, die Akten sind weg.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Könnten Sie da auch die jeweiligen Termine mitteilen?

Dr. Erik Buxbaum: Ich mache es selbstverständlich. Es müssten aber in den BAWAG-Akten auch die Abadressate – es sind, glaube ich, drei oder vier – drinnen sein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann die Sachen hier im Haus eingegangen sind, wissen wir. Nur: Wann waren Sie eingebunden, zu welchem Zeitpunkt?

Dr. Erik Buxbaum: Ich war in der Absendung überhaupt nicht eingebunden. (Abg. **Krainer:** Okay!) Denn eines hat Kollege Lang und drei Kollege Zwettler unterschrieben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay, dann nicht.

Dr. Erik Buxbaum: Aber ich mache alles, was gewünscht wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nur Sachen, die einen Sinn machen, bitte.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Darf ich nur fragen: Sie meinen *diesen* Untersuchungsausschuss, nicht den ...? (Abg. **Krainer:** *Es ist jetzt um beide gegangen! Aber ...!*)

Dr. Erik Buxbaum: Ja, ich habe es schon verstanden. Die jetzigen Akten werden überhaupt von den Stellen sofort geschickt. Es hat ja keinen Sinn, irgendwelche formale Unterschriften draufzugeben.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Ich bekomme also darüber eine schriftliche Note.

Dr. Erik Buxbaum: Nämlich darüber, wann diese Sitzungen waren, diese beiden Sitzungen. Es waren zwei.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer: Worüber wir vorhin schon geredet haben. (Abg.

Krainer: *Da waren Sie draußen!*) – Aha, Entschuldigung.

Abgeordneter Christian Hursky (SPÖ): Herr Generaldirektor, zwei kurze Fragen. Sie haben zuerst gesagt, von Ita sind im Fall BAWAG nie irgendwelche Anfragen oder Weisungen an Sie gekommen. – Das ist richtig? (Dr. **Buxbaum:** *Ja!*) – Hat Mag. Ita generell Weisungen auch an Sie erteilt, oder hat er diesen Weg nie genommen?

Dr. Erik Buxbaum: Ich meine, wie in jedem Ministerbüro kann der Minister nicht selbst seine Aufträge verteilen, sondern es war eben diese Praxis: Wenn ein Dienstzettel kam oder wenn angerufen wurde, ist das, wenn auch ein Ersuchen, natürlich eine Weisung. Denn ich kann nicht sagen: Heute habe ich keine Lust und erfülle die Aufträge des Ministers nicht.

Routinemäßig unterschreiben die Angehörigen des Kabinetts – damals bei Prokop, Strasser, Schlögl – alle die Dienstzettel „im Auftrag“, so wird das formuliert, und das sind de facto Weisungen. Ich kann ja nicht darüber zu diskutieren anfangen: Hat wirklich der Minister den Wunsch, dass das so geschieht?

Also: jawohl, hat er! Wie alle anderen Referenten des Ministerbüros im Rahmen ihrer Zuständigkeit.

Abgeordneter Christian Hursky (SPÖ): Und das ist immer schriftlich erfolgt?

Dr. Erik Buxbaum: In aller Regel schriftlich. Aber er wird schon ab und zu einmal angerufen haben: Dies und das sollte man tun und machen. In der Regel ist es schriftlich gekommen, aber auch mündliche Aufträge sind manchmal, sind irgendwann vorgekommen. Die waren natürlich in der Minderzahl. (Abg. **Hursky:** *Danke schön!*)

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Herr Generaldirektor, Herr Dr. Haidinger war ja über einen gewissen Zeitraum Ihr Stellvertreter. Hat es da regelmäßige Gespräche gegeben, Absprachen über verschiedene Vorgangsweisen in Ihrer Sektion?

Dr. Erik Buxbaum: Es war so: Ich war auch jahrelang Stellvertretender Generaldirektor und habe eigentlich die Funktion so gesehen, dass ich den Platz halte und nichts unternehme und mache, was dem Chef nicht recht ist oder nicht recht sein könnte, und auch keine großartigen Entscheidungen treffe. So habe ich die Funktion eines Stellvertreters bei mir gesehen, und das habe ich mir von Kollegen Haidinger erwartet. Im Wesentlichen hat er seine Arbeit aus meiner Sicht ordentlich gemacht.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Es hat eine Umstrukturierung gegeben, wodurch an und für sich diese Position nicht mehr gegeben war. – Hat es von Dr. Haidinger Ihnen gegenüber in irgendeiner Art und Weise einen Mailverkehr gegeben, in dem er sich beschwert hat? Oder hat er Sie persönlich in diese Richtung angesprochen? **Dr. Erik Buxbaum:**

Mich weniger, sondern den Kabinettschef hat er angesprochen – diese berühmten Mails darüber, dass er das nicht hinnimmt, und dergleichen mehr.

Ich sage in dem Kreis ganz offen, mir war dieser Wechsel nicht unlieb, schon wegen der geographischen Nähe zum Kollegen Lang. Er ist nämlich ein paar Zimmer weiter, und da ist es viel leichter, als Stellvertreter zu agieren, als im Bundeskriminalamt. Der Leiter des Bundeskriminalamtes hatte es viel schwerer – das muss man einräumen –, immer herüberzufahren. Allein deswegen schon war dieser Wechsel eigentlich ganz angenehm.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Es hat von Dr. Haidinger Ihnen gegenüber in keiner Weise Beschwerden über irgendwelche Gespräche gegeben, in denen er verschiedene Missstände, rechtswidrige Anordnungen oder sonst irgendetwas erhalten hätte oder Ihnen gegenüber hätte aufzeigen wollen? Hat es von seinen Untergebenen im BKA Ihnen gegenüber in irgendeiner Art und Weise Beschwerden darüber gegeben, dass Dr. Haidinger nicht unbedingt immer die nötige Wortwahl gefunden hat? (Abg.

Neubauer: Ist das zum Beweisthema? – Obmann Dr. Fichtenbauer: ... keine Geschäftsdebatten!)

Dr. Erik Buxbaum: Ich kann das nicht beantworten. Ich kann nur antworten, dass, während Dr. Haidinger die Stellvertretung ausgeübt hat, teilweise die Kollegen – nämlich meine Mitarbeiter, nicht die vom BKA – über eine etwas unfreundliche, herrische Wortwahl und Vorgangsweise nicht sehr amüsiert waren. Das kann ich bestätigen beziehungsweise aussagen. Da haben sie sich nämlich dann bei mir ausgeweint, wenn ich wiedergekommen bin.

Obmann Dr. Peter Fichtenbauer dankt, da keine weiteren Fragen vorliegen, der Auskunftsperson Dr. Buxbaum für ihr Erscheinen und erklärt deren Befragung für **beendet**.

17.41

(Die Auskunftsperson Dr. Buxbaum verlässt den Sitzungssaal.)

Der Obmann leitet nun zum **nichtöffentlichen Teil** der Sitzung über.

(Fortsetzung: 17.42 Uhr bis 17.47 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.)
